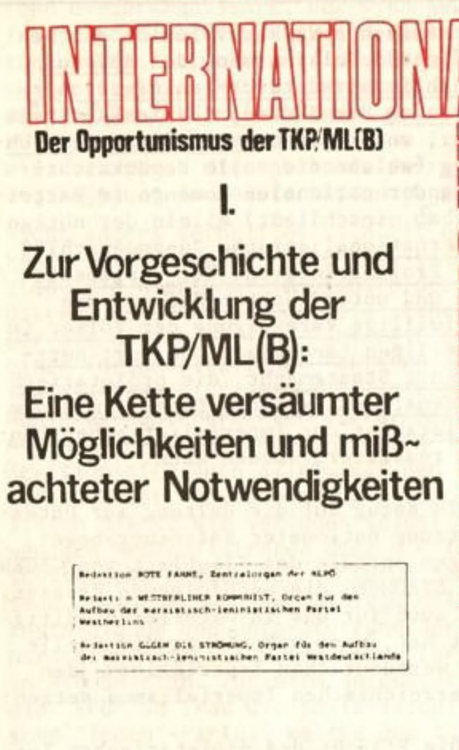
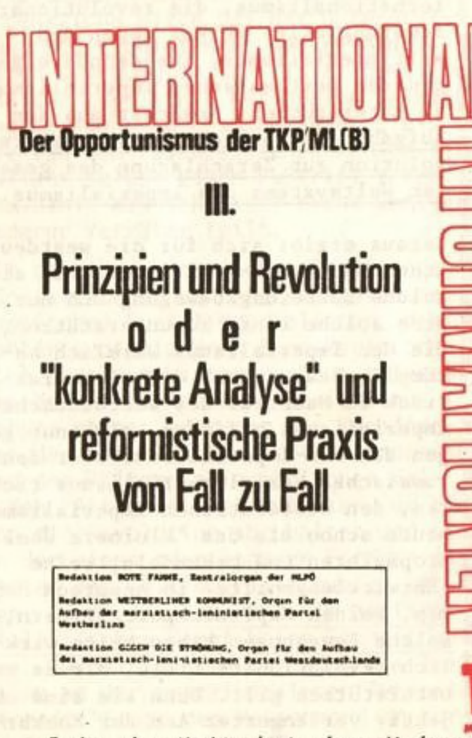
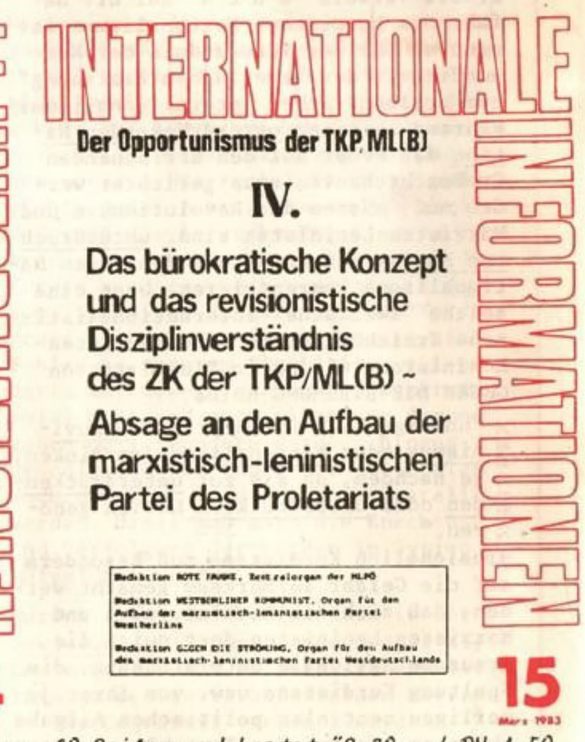








Jedes der Hefte hat einen Umfang von ca. 80 Seiten und kostet öS 30,- / DM 4,50

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz S t r o b l
Alle, sowie Adresse der Redaktion: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64
Verlags- und Herstellungsort: Wien

P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 210 | 2. Ausgabe 1983 | Preis S 28.-

DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE BRINGT DEN FASCHISMUS HERVOR!

Noch vor der Konstituierung der ungeachtet ihres Namens ebensowenig sozialistischen wie freiheitlichen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ nach den Nationalratswahlen im April 1983 hat besonders eine "Affäre" in der politischen Öffentlichkeit Österreichs einen - allerdings rasch vorübergehenden - "Wirbel" verursacht: Gemäß dem hinter den Kulissen ausgeschacherten "Koalitionspakt" zwischen SPÖ und FPÖ sollte kein anderer als der berüchtigte SS-Peter zum 3.Nationalratspräsidenten bestellt werden.

Wer SS-Peter ist, dürfte hinlänglich bekannt sein. Peter gehörte als "SS-Obersturmführer" einer SS-Mordbrigade an, die während des 2.Weltkriegs in den faschistisch besetzten Gebieten Rußlands, im "Hinterland" der hitlerfaschistischen Aggression nur einer einzi-

Aus dem Inhalt

	Die bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus hervor !	1
I.	Die bürgerliche Demokratie - Demokratie für die kapitalistischen Geldsäcke, Diktatur über das Proletariat und die arbeitenden Massen !	7
II.	Bürgerliche Demokratie und Faschismus - Zwei Formen der Klassenherrschaft der Bourgeoisie	12
III.	Die Faschisierung der bürgerlichen Demokratie - Eine Grundtendenz der Herrschaft des Finanzkapitals	19
IV.	Reformisten und Revisionisten - Wegbereiter des Faschismus !	40
V.	Für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei, für eine revolutionäre Orientierung der Massen, für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats !	45
	Abschied von unserem Genossen "Beppo" Pechinger	49
	Stalin und das internationale Proletariat	52
	Von der 1.Mai-Veranstaltung 1983	57
	Nur die wirklich antiimperialistische Solidarität hilft dem kurdischen Volk in seinem nationalen und sozialen Befreiungskampf !	65
	Impressum	72

gen "Tätigkeit" nachging: Verübung von Greueltaten, Morden, Massakern und sonstigen Verbrechen gemeinster Art gegen die Bevölkerung. Daß SS-Peter sein blutiges Handwerk verstanden haben muß, zeigt die Tatsache, daß er zu den dekorierten "Helden" dieser Massenmörderbande gehört, die für ihre barbarischen "Verdienste" mit höchsten Orden ausgezeichnet wurden.



Hitlerfaschistische Mörder am Werk

Daß dieser SS-Scherge als Nationalratsabgeordneter der "demokratischen" Zweiten Republik und als FPÖ-Klub-Obmann schon seit Jahren führend in das politische Geschehen dieses Landes eingreifen kann, gehört vor allem dank der flammenden Verteidigung SS-Peters durch Kreisky, Benya und Konsorten schon längst zu den "Selbstverständlichkeiten" der "modernen Demokratie" Österreichs.

Dennoch: Daß ausgerechnet dieser SS-Peter zum 3.Nationalratspräsidenten gewählt werde, war dann doch etwas zu starker Tobak. Mochten auch Regierungs-"Sozialisten" wie der Nationalrats- und ÖGB-Präsident Benya "die großen menschlichen Leistungen" (!) des SS-Peters in den höchsten Tönen rühmen; mochte auch SS-Peters FPÖ-Kumpan Steger alle Register der Demagogie ziehen und den Gegnern einer Bestellung von SS-Peter eine "neofaschistische Grundhaltung" vorwerfen - die öffentliche Meinung in Österreich äusserte sich überwiegend g e g e n die Bestellung von SS-Peter zum 3.Nationalratspräsidenten. Im "Profil" veröffentlichten mehr als 300 Professoren, Künstler usw. eine gemeinsame Erklärung gegen die Wahl Peters, "oppositionelle Sozialisten" und Revisionisten riefen zu Protestkundgebungen auf und selbst offen reaktionäre bürgerliche Zeitungen wie der "Kurier" empfanden die Peter-Wahl als zu offensichtliche Provokation.

Schließlich und endlich hielten es die Konstrukteure der SPÖ/FPÖ-Koalition - mit einem "tiefen Bedauern" zwar - im Interesse des politischen "Konsenses" doch für zweckmäßiger, von einer Bestellung SS-Peters zum 3.Nationalratspräsidenten Abstand zu nehmen.

DER RÜCKZIEHER SS-PETERS - EIN ANTIFASCHISTISCHER ERFOLG ?

Glaubt man all jenen, die ein sehr materielles Interesse daran haben, Österreich als eine Art "Insel der Seligen" und als einen wahrhaften "demokratischen Musterstaat" erscheinen zu lassen, so ist mit dem Rückzieher SS-Peters ein großer Sieg "für Österreich", "für die Demokratie" errungen worden. Was machts, daß SS-Peter seinen Verzicht auf die Kandidatur zum Amt des 3.Nationalratspräsidenten neuerlich mit einem unüberhörbaren Bekenntnis zu seiner "Pflichterfüllung" in der faschistischen SS-Verbrecherbande verbunden hat; allein sein Verzicht zeige einmal mehr, daß er sich "bei Lebzeiten geläutert" habe. Von dem faschistischen SS-Saulus habe er sich in den demokratischen FPÖ-Paulus gewandelt und bewiesen, "daß er ein aufrichtiger Demokrat ist" ("Kurier", 18.5.1983). Für das bürgerliche Österreich ist Sache damit gelaufen. "Der Fall ist, wie man so sagt, erledigt... bald wird Gras gewachsen sein über die Affäre Peter" (ebenda).

Tatsächlich muß man schon sehr von politischer Blindheit geschlagen sein oder zu den ärgsten demagogischen Weißwäschern der in Österreich bestehenden reaktionären politischen und gesellschaftlichen "Ordnung" gehören, um die Nichtbestellung Peters zum 3.Nationalratspräsidenten als fortschrittliches Ereignis oder gar als Erfolg des antifaschistischen Kampfes zu feiern.

Läßt man sich nicht von schönen Worten blenden, zeigt sich rasch, daß keinerlei "Antifaschismus" dazu führte, daß SS-Peter nicht auf die Position des 3.Nationalratspräsidenten gestellt wurde. Ganz im Gegenteil, den Ausschlag dafür gaben im Grunde einfach die "gewöhnlichen" Profitinteressen der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs und insofern erwies sich einmal mehr die herrschende Meinung als die Meinung der Herrschenden. Warum ? Das österreichische Monopolkapital hat momentan kein Interesse daran, daß an der Spitze seiner politischen Repräsentativorgane eine international berüchtigte Figur vom Schlage eines SS-Peters steht, weil ihm das - zur Zeit jedenfalls noch - mehr schadet als nützt. Dabei geht es den Herrschenden in erster Linie nicht einmal darum, daß ein SS-Peter in einer solchen betont repräsentativen staatlichen Spitzenfunktion nicht gerade dazu beitragen würde, daß sich die breiten Massen, und besonders die Jugendlichen, mit dem bürgerlichen Staat "identifizieren".

Mehr als das befürchteten das österreichische Finanzkapital und seine politischen Wetterfahnen bei einer Wahl Peters international eine ungünstige, d.h. ihren Profitinteressen abträgliche Reaktion. Deshalb traten von der bürgerlichen ÖVP bis hin zur revisionistischen "KPÖ" besorgte Verfechter des "Ansehens" Österreichs gegen eine Wahl Peters

* Bekanntlich wurde zum Beispiel 1971 eine österreichische Parlamentarierdelegation unter Leitung des damaligen SPÖ-Unterrichtsministers und heutigen Bürgermeisters von Wien, Gratz, in den Niederlanden als "naziverseucht" abgewiesen. Siehe dazu: "Die am meisten naziverseuchte Regierung der 2.Republik !" (RF 128, S.14/15).

Ein "würdiger" Ersatzmann

Welcher Art großartiger "Sieg" die Nichtbestellung von SS-Peter zum Nationalratspräsidenten darstellt, zeigt sich auch daran, wer nun a n s t e l l e von SS-Peter das formal "fünfthöchste Amt im Staate" bekleidet. Es ist das der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Gerulf Stix, der in seiner Antrittsrede sogleich deutlich machte, daß es überhaupt nicht wesentlich ist, daß SS-Peter "verzichten" mußte. Denn was dieser Stix an großdeutschem, dem Wesen nach faschistischen Dreck von der Tribune des Parlaments der "demokratischen" Zweiten Republik aus vom Stapel ließ, hatte SS-Peter kaum "gelungener" bringen können. Demonstrativ erklärte Stix, daß er sich keiner österreichischen Nation verpflichtet sehe, sondern sich als österreichischer "Deutscher" fühle. Faktisch erklärte Stix, daß er den selbständigen österreichischen Staat nur insofern "respektiere" und "anerkenne", als dieser heute nun mal da ist. Das erklärte Stix - wohlgemerkt unwidersprochen - vor dem versammelten "hohen Haus", wohlwissend, daß er damit unverkennbar die Tone derer anschlug, die schon in der Ersten Republik den "Anschluß" ans "Reich" herbeisehnten, darauf hinarbeiteten und diesen schließlich begeistert begrüßten, als er von Hitlerdeutschland vollzogen wurde. Das war eine deutliche "deutsch-nationale", d.h. großdeutsch-faschistische Provokation aus dem Munde jenes Tiroler FPÖ-Abgeordneten und nunmehrigen 3.Nationalratspräsidenten Stix, der dem "Kurier" in einem Interview zwei Stunden vor seiner Angelobung "lachend erzählt", "daß der Dritte Nationalratspräsident bei jener Nationalratssitzung im März 1933, als sich das Parlament selbst ausschaltete, ebenfalls ein Tiroler und ebenfalls ein Angehöriger einer nationalen Partei gewesen war" ("Kurier" v.30.5.1983) - für Stix offensichtlich eine begeisternde Vorstellung !

auf. Der ÖVP-Nationalratsabgeordnete und Präsident der österreichisch-israelischen Gesellschaft, Schwimmer, wies besorgt darauf hin: "Sicher würde man im Ausland mit einem Friedrich Peter als 3.Nationalratspräsidenten keine Freude haben, er wäre dem Ansehen Österreichs abträglich" ("Profil" 20/83, S.19). Ein "Profil"-Redakteur erinnerte in dieser Hinsicht an einige "unangenehme Erfahrungen" der Vergangenheit. Es gehe bei der ganzen Sache um die geradezu traumatische Frage, "ob ein Nationalratspräsident Friedrich Peter bei Parlamentarierbesuchen in Holland oder diplomatischen Anlässen in Österreich wieder ausgeladen werden soll, wie es schon passiert ist"* ("Profil" 20/83, S.19).

Mit anderen Worten: SS-Peter mußte zurückstehen, damit das "Ansehen" des ach so "demokratischen" und "friedliebenden" Österreich nicht beeinträchtigt würde, damit

die "guten Beziehungen" zu aller Welt maximal in klingende Münze umgesetzt werden können. Der "saubere" Anschein soll gewahrt bleiben, damit das schmutzige Geschäft, darunter mit den finstersten faschistischen Regimes in aller Welt, umso besser läuft ! Das, und nichts anderes, steckt dahinter, wenn der "Kurier" faselt, es mache einen erheblichen "Unterschied, ob jemand einfacher Abgeordneter ist oder das fünfthöchste Amt im Staate bekleidet" ("Kurier", 18.5.1983).

Daß bei der Nichtbestellung von SS-Peter zum 3.Nationalratspräsidenten in Wahrheit die imperialistischen Interessen der in Österreich herrschenden Bourgeoisie den Ausschlag gaben, wird auch noch durch die Tatsache illustriert, daß SS-Peter nun ja keineswegs "nur" ein "einfacher" Nationalrats-Abgeordneter ist. SS-Peter wurde zwar nicht zum 3.Nationalratspräsidenten gekürt, dafür wurde er - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - auf eine vom Standpunkt der effektiven Machtausübung der Bourgeoisie nicht minder bedeutende Position gehieft. SS-Peter gehört jetzt nämlich zu einem kleinen auserwählten Stab von kaum einem dutzend "Spitzenfunktionären" eines "Koordinationsausschusses" von SPÖ und FPÖ, in dem auf die entsprechenden Winke des Finanzkapitals hin maßgebliche "Vorentscheidungen" getroffen werden, wo faktisch das zubereitet wird, was den Volksmassen dann verlogen als Frucht einer "echten parlamentarisch-demokratischen Willensbildung" präsentiert wird.

Sicherlich, für die herrschende Bourgeoisie kann "der Fall" damit "erledigt" sein, denn bei der Nichtbestellung von SS-Peter zum 3.Nationalratspräsidenten handelte es sich wirklich nur um eine kosmetische Korrektur, um die Fassade der bürgerlichen "Demokratie" in Österreich in aller Welt als "intakt" und "gesund" erscheinen zu lassen. Schließlich ist es für die Machtausübung der Bourgeoisie ganz gleichgültig, welche Figur auf welchen Platz gerückt wird, wenn nur ihr auf die Erzielung von Maximalprofit gerichtetes reaktionäres Klasseninteresse gesichert ist.

DEN HINTER DER "AFFÄRE" UM SS-PETER STEHENDEN FRAGEN MUSS AUF DEN GRUND GEGANGEN WERDEN !

Für jeden, der den Dingen wirklich auf den Grund gehen will, kann "der Fall" mit dem Rückzieher von SS-Peter allerdings nicht "erledigt" sein, denn offensichtlich handelt es sich hierbei keineswegs um ein isoliertes Phänomen oder eine einmalige "Entgleisung". Wer nur etwas tiefer geht, dem stellen sich brennende Fragen wie:

- Was ist das eigentlich für eine "Demokratie", in der selbst ein SS-Peter noch das Prädikat eines "aufrichtigen Demokraten" bekommt ?
- Was ist das für eine "Demokratie", in der bei den letzten Nationalratswahlen winzige Stimmenverschiebungen genügten, um die für viele naive Leute überraschende und bestürzende "Wendung" zu legalisieren, daß plötzlich gleich drei FPÖ-Minister vom Schlage des ehemaligen Demonstrierers für den Erzfaschisten Borodajkewycz*, Steger, des ehemaligen Vorsitzenden des deutsch-faschistischen RFS, Frischenschlager, und eines Ofners, der von sich selbst erklärt:

"Das Dritte Reich stellt für mich die Heimat dar" in der Regierung sitzen ?

- Wieso ist eigentlich der ganze "demokratische" Staatsapparat der 2.Republik, Polizei, Gendarmerie, das Offizierskorps des Bundesheers, die Justiz usw. so stark mit alten und neuen Faschisten durchsetzt ?
- Wie kommt es, daß die Exekutive, die Polizei und Gendarmerie des Staatsapparates der "demokratischen Republik" Österreich i m m e r die Faschisten und n i e die Antifaschisten unterstützt - egal, ob SP- oder VP-Führer das entsprechende Ressort verwalten oder sogar ein revisionistischer hoher Polizeioffizier wie Zalel Schwager das Kommando führt ?
- Was ist das für eine "demokratische Republik", in der die offiziell des Landes verwiesenen Habsburger "Otto" und "Zita" unter höchster offizieller Ehrerbietung seit geraumer Zeit in ganz Österreich regelrechte monarchistische Propagandafeldzüge durchführen können, welche reaktionäre und faschistische Kräfte anziehen wie der Misthaufen die Fliegen ?
- Was ist das für eine "Demokratie", die in einem fort die von ihr selbst erlassenen Gesetze und die von ihr selbst abgeschlossenen Verträge verletzt und verhöhnt, wenn es um die Begünstigung und Förderung der Faschisten, um die Hofierung der Habsburger usw. geht ?

Allerdings müssen diese Fragen nicht nur und nicht einmal vor allem gegen die offen reaktionäre Propaganda gestellt und beantwortet werden, die zwar diesen oder jenen vereinzelten "Mißstand" zugibt, aber solche Zustände alles in allem gerade als begrüßenswerten Ausdruck eines echten "Pluralismus", als Beweis der "Stärke" unserer "modernen Demokratie" verherrlicht. G e f ä h r l i c h e r sind jene sich als "progressiv", "revolutionär", "sozialistisch" oder "kommunistisch" gebärdenden Demagogen der "linken" Sozialdemokratie, der "KPÖ" und der verschiedenen in deren Fahrwasser segelnden Kräfte, die gerade an diesen Fragen ansetzen, bisweilen sogar im Stile großartiger "Enthüllungen" einzelne üble Erscheinungsformen "anprangern" und sich theatralisch über "Mißstände" und "unhaltbare Zustände" empören. In Wirklichkeit aber vertuschen sie den die einzelnen Phänomene bestimmenden politischen Zusammenhang, reißen ihn auseinander oder stellen ihn auf den Kopf, um auf die genannten Fragen ganz falsche, vom Wesen der Sache ablenkende Antworten zu geben.

DIE KPÖ-REVISIONISTEN UND DIE "LINKEN" SOZIALISTEN BENÜTZEN DIE "AFFÄRE" UM SS-PETER, UM IHRE "ANTIFASCHISTISCHE" DEMAGOGIE ZU VERBREITEN !

Ein B e i s p i e l dafür ist die Erklärung des Politbüros der revisionistischen KPÖ "Bestellung Peters darf nicht durchgehen !" ("Volksstimme" vom 15.5.1983). Neben dem "Protest" gegen die Kandidatur von SS-Peter für das Amt des 3.Nationalratspräsidenten, wodurch die KPÖ das internationale "Ansehen" Österreichs gefährdet sieht, "verurteilt" sie darin, daß Bomben-Burger für das Amt des

---

* Borodajkewycz war Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, wo er offen faschistische und antisemitische Hetzreden hielt. Gegen Borodajkewycz kam es wiederholt zu Protestkundgebungen. 1965 ermordete der Faschist Kümel auf einer Anti-Borodajkewycz-Demonstration bei einem Überfall einer Faschistenhorde, die im Schutz der Polizei vorgehen konnte, Genossen Ernst Kirchweger (siehe dazu

Fortsetzung der Fußnote auf S.5

Fortsetzung der Fußnote von S.4:

RF 159, S.3/4). Steger demonstrierte seinerzeit mit seinen braunen Kumpanen für Borodajkewycz, der erst nach heftigsten Protesten seinen Professoren-Posten aufgeben mußte, der aber weiter sein faschistisches Unwesen treiben konnte. Der Mörder Ernst Kirchwegers wurde nach der Abbüßung einer lächerlich geringen Haftstrafe wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bundespräsidenten kandidieren durfte und bei den letzten Nationalratswahlen die faschistische "AUS" zugelassen wurde usw. Doch von welchem Standpunkt aus tut sie das? Die KPÖ-Revisionisten vertuschen alles Wesentliche und werten die von ihnen kritisierten Erscheinungen nur als Ausdruck von "Haltungen", die in Widerspruch zum "Demokratieverständnis" der Gründer der Zweiten Republik stünden !

In Wirklichkeit gibt es da überhaupt keinen wesentlichen Unterschied zu der Heuchelei der unverhüllt reaktionären Schreiberlinge der Bourgeoisie und all der besorgten "Demokraten", die es nicht für opportun hielten, ausgerechnet den SS-Peter zum 3.Nationalratspräsidenten zu machen. Nur sind die KPÖ und all jene, die im Kern diese Demagogie mitmachen, der Meinung, daß halt nicht nur SS-Peter gehen soll, sondern auch Ofner, Frischenschlager usw., daß darüberhinaus die NDP, ANR usw. verboten werden sollen. D.h., sie sprechen sich dafür aus, daß die bürgerliche Demokratie in Österreich etwas "radikaler" verwirklicht werden solle, eben so, wie sie auf dem Papier, in der Verfassung und im Staatsvertrag steht. Dabei appellieren sie besonders an den bestehenden Staat, "mit aller Härte" gegen faschistische Gruppen und Elemente durchzugreifen, das heißt eben an jenen bürgerlichen Staat, der den Faschismus in sich trägt wie die Wolke den Regen.

Eben das bedeutet aber, die faschistische Gefahr als isolierte Erscheinung hinzustellen, sie von ihrer Basis, ihren Wurzeln und Hintergründen zu trennen, es heißt, die Demagogie des bürgerlich-demokratischen Systems mitzumachen, den kapitalistischen Staatsapparat als außerhalb und über dem Klassenkampf stehenden "Ordnungsfaktor" zu verklären, mit dem Schreckgespenst der "Gefahr von rechts" die bestehende Diktatur der Bourgeoisie, die Herrschaft des Finanzkapitals zu beschönigen und zu verteidigen, mit einem Wort, die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen nach Strich und Faden zu b e t r ü g e n !

DER KAMPF GEGEN DIE "DEMOKRATISCHE" UND "ANTIFASCHISTISCHE" DEMAGOGIE DER REVISIONISTEN UND OPPORTUNISTEN MUSS VERSTÄRKT WERDEN !

Mit Artikeln wie "Stoppt jetzt den Neonazismus !" (RF 112), "Auf dem Weg zum Polizeistaat" (RF 114), "Die Selbsthilfe gegen den Faschismus organisieren !" (RF 120), "Die Kreisky-Regierung - Wegbereiter der extremen Reaktion" (RF 123), "NDP-Faschismus und SPÖ-Justiz" (RF 153) hat die "Rote Fahne" immer wieder gegen dergleichen "links"sozialistische und revisionistische Demagogien einen hartnäckigen Kampf geführt.

Manch einem könnte es scheinen, daß sich jetzt viele dieser revisionistischen und reformistischen Auffassungen, viele der in den Köpfen der meisten sich als Antifaschisten verstehenden Menschen vorherrschenden Illusionen, an den Tatsachen der jüngsten politischen Entwicklung weitgehend von selbst zerschlagen würden. Liegt es jetzt etwa nicht sonnenklar vor Augen, daß die sogenannten "Sozialisten" sogar in einer Regierung mit SS-Peters FPÖ pakkeln, einer Partei, die im Spektrum der bürgerlichen Parteien noch weiter "rechts" steht als die ÖVP ?

Mit allem Nachdruck muß festgestellt werden, daß die Vorstellung von solch einem spontanen "Selbstentlarvungsprozeß" der kapitalistischen Wirklichkeit ganz falsch ist. Nach dreizehnjähriger "sozialistischer" Alleinregierung

spiegelt sich der Übergang zur SPÖ/FPÖ-Koalitionsregierung, der lediglich eine Veränderung i m R a h m e n der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform der Bourgeoisie markiert, keineswegs in einem spontanen "Desillusionierungsprozeß" der Massen wider. Ein solcher "Wechsel", so zweitrangig er auch vom Standpunkt der politischen Grundfragen aus ist, ist Ausdruck der Manövriermöglichkeiten der Bourgeoisie und bringt spontan nur eine Verstärkung der bürgerlich-parlamentarischen Illusionen mit sich.

In bezug auf die reformistische und revisionistische Ideologie äußert sich dieser "Wechsel" hauptsächlich in Form einer kosmetischen Anpassung der im Kern gleichen Demagogien an die "gewandelten" politischen Gegebenheiten. Einzelne Schlagworte ändern sich, der Charakter und die Ziele des Revisionismus und Reformismus bleiben aber unbedingt die gleichen. Die Phrasen vom "Kampf gegen rechts", von der "Verteidigung der Demokratie gegen den Neofaschismus" udglm. werden nur ergänzt durch Losungen wie "Ofner raus aus der Regierung", "3 Prozent und Ofner rennt" usw. Dem liegt der gleiche parlamentarische Kretinismus, die gleiche Theorie des "kleineren Übels", die gleiche faule Gegenüberstellung einer "Demokratie" an sich und eines "Faschismus" an sich zugrunde wie eh und je.

Das alles zeigt, daß der Kampf gegen Reformismus und Revisionismus unbedingt v e r s t ä r k t und v e r t i e f t werden muß.

I.

DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE - DEMOKRATIE FÜR DIE KAPITALISTISCHEN GELDSÄCKE, DIKTATUR ÜBER DAS PROLETARIAT UND DIE ARBEITENDEN MASSEN !

Das Buch "Rechtsextremismus in Österreich nach 1945", das im Bücherschrank vieler sich als Antifaschisten verstehender Menschen in Österreich steht, ist ein typisches Beispiel für jenen "Antifaschismus", der den Faschismus von seiner gesellschaftlichen Grundlage loslöst, ihn als schlimmen Feind von Österreichs "Demokratie" hinstellt und zugleich jene kapitalistische Ausbeuterordnung in Österreich verteidigt, welche zwangsläufig zum Faschismus tendiert. Als "gefährlich" wird darin jede "Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft" hingestellt, "die in Denunzierung ihrer demokratischen Standards umschlägt" ("Rechtsextremismus in Österreich nach 1945", hrgg. vom "Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes", Wien 1979, S.463/464). Als "Denunzierung" wird also jede revolutionäre Kritik verunglimpft, die den reaktionären und verlogenen Charakter der bürgerlichen Demokratie grundsätzlich entlarvt.

Genau in diesem, die Diktatur der Bourgeoisie prinzipiell nicht antastenden Rahmen verbleibt auch die revisionistische "KPÖ", welche dem Faschismus ein über den Klassen stehendes "Demokratieverständnis" der Gründer der Zweiten Republik, gerade also auch der reaktionären, ganz und gar dem Kapitalismus verpflichteten damaligen Führer der ÖVP und SPÖ, gegenüberstellt.

Auf dem Boden einer solchen, die bürgerliche Demokratie grundsätzlich bejahenden "Kritik" stehen auch die reaktionären "Grünen" und die pseudo-progressiven "Alternativen", die versprechen, dem "plebiszitären" und "basisdemokratischen" Element dieser "Demokratie" durchschlagende Geltung zu verschaffen. Wie die "demokratischen Sozialisten" und die "KPÖ", die vom "demokratischen Weg zum Sozialismus" faselt, wollen sie im Grunde nur die bürgerliche Demokratie "verwirklichen", sie "weiter ausbauen" und "vervollkommnen".

Sie alle b e t r ü g e n das Proletariat und die arbeitenden Massen mit ihrem Gerede von der "reinen" Demokratie, die es in einer Klassengesellschaft nicht gibt und nicht geben kann. Sie vertuschen allesamt das Wesentliche, die Frage nämlich:

● W e s s e n Demokratie
● herrscht heute eigentlich in
● Österreich ? F ü r w e n
● gibt es auf dieser "Insel der
● Seligen" eigentliche Demokratie ?

Sie alle lassen den spezifisch b ü r g e r l i c h e n, den k a p i t a l i s t i s c h e n Charakter der heutigen "Demokratie" in Österreich verschwinden. Lenin dagegen forderte von den wirklichen Revolutionären, den echten Kommunisten die schonungslose Entlarvung des wahren Charakters der bürgerlichen Demokratie und schrieb:

◆ "Die bürgerliche Demokratie,
◆ die im Vergleich zum Mittelal-
◆ ter ein gewaltiger histori-
◆ scher Fortschritt ist, bleibt
◆ stets - und im Kapitalismus
◆ kann es gar nicht anders sein
◆ - eng, beschränkt, falsch und
◆ verlogen, ein Paradies für die
◆ Reichen, eine Falle und Betrug
◆ für die Ausgebeuteten, die Ar-
◆ men." (Lenin, Die proletari-
◆ sche Revolution und der Rene-
◆ gat Kautsky, LW 28, S.241,
◆ 1918)

BÜRGERLICHE DEMOKRATIE - HEUCHELEI UND GEWALT GEGENÜBER DEN ARBEITENDEN MASSEN !

Lenin prangerte den Renegaten Kautsky an, der Loblieder auf die bürgerliche Demokratie anstimmte. Gegen eine solche verräterische Propaganda forderte Lenin von den Kommunisten die allseitige Entlarvung der Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie:

◆ "Auf Schritt und Tritt stoßen
◆ die geknechteten Massen auch
◆ im demokratischsten bürgerli-
◆ chen Staat auf den schreienden
◆ Widerspruch zwischen der von
◆ der 'Demokratie' der Kapitali-
◆ sten verkündeten f o r m a -
◆ l e n Gleichheit und den Tau-
◆ senden t a t s ä c h l i c h e r
◆ Begrenzungen und Manipulatio-
◆ nen, durch die die Proletarier
◆ zu L o h n s k l a v e n gemacht
◆ werden. Gerade dieser Wider-
◆ spruch öffnet den Massen die
◆ Augen darüber, wie verfault,
◆ verlogen und heuchlerisch der
◆ Kapitalismus ist. Gerade die-
◆ sen Widerspruch entlarven die
◆ Agitatoren und Propagandisten
◆ des Sozialismus ständig vor
◆ den Augen der Massen, u m s i e
◆ v o r z u b e r e i t e n für die
◆ Revolution ! Als jedoch die
◆ Ära der Revolution a n b r a c h,
◆ da kehrte Kautsky ihr den Rük-
◆ ken zu und stimmte ein Loblied
◆ auf die Herrlichkeiten der
◆ s t e r b e n d e n bürgerlichen
◆ Demokratie an." (Ebenda, S.244/
◆ 255, Sperrungen im Original)

Letzteres trifft voll und ganz auf die modernen Kautskys, die KPÖ-Revisionisten und alle möglichen anderen Opportunisten zu, die den Widerspruch zwischen dem, was die bürgerliche Demokratie den Massen formal verheißt und dem, was diese Massen ständig am eigenen Leib erfahren, nicht entlarven, um die Notwendigkeit der

proletarischen Revolution, des Sturzes des Kapitalismus, bewußt zu machen, sondern mit der reaktionären Vertröstung auf eine angeblich mögliche "Erneuerung" der bürgerlichen Demokratie "von unten", durch "Druck von links" die arbeitenden Massen vom Kampf für die proletarische Revolution abhalten und an den Kapitalismus binden.

Mit ihrem Geschwafel von der reinen "Demokratie" unterstützen die "Sozialisten" und Revisionisten nicht nur die Demagogie der bürgerlichen Demokratie, sondern beschönigen auch schamlos, daß die bürgerliche Demokratie nur eine Form der gewaltsamen Unterdrükkung der werktätigen Massen ist, die für die M a s s e n der Arbeiter und Bauern tagaus tagein eine Unzahl an Schikanen, Gemeinheiten, Erniedrigungen und Verhöhnungen, offener und versteckter Gewalttaten und Repressalien aller Art mit sich bringt, was die "gebildeten" Bourgeois und die verspiesserten Kleinbürger, die nicht über ihre eigene Nasenspitze hinausschauen, geflissentlich zu übersehen pflegen.

Im besonderen machen diese Herren mit ihren Lobgesängen auf die bürgerliche Demokratie auch vergessen, daß die Bourgeoisie auch der allerdemokratischsten Republik die Arbeiter und Bauern hemmungslos niedermetzelt, wenn sie ihr Ausbeutungsparadies in Gefahr sieht. Lenin schrieb darüber gegen den Renegaten Kautsky:

◆ "J e e n t w i c k e l t e r d i e
◆ D e m o k r a t i e, d e s t o n ä -
◆ h e r r ü c k e n b e i j e d e r
◆ t i e f g e h e n d e n p o l i t i -
◆ s c h e n A u s e i n a n d e r -
◆ s e t z u n g, d u r c h d i e
◆ d i e B o u r g e o i s i e g e -
◆ f ä h r d e t w i r d, P o g r o -
◆ m e o d e r B ü r g e r k r i e g
◆ h e r a n. Dieses 'Gesetz' der
◆ bürgerlichen Demokratie hätte
◆ der gelehrte Herr Kautsky an
◆ der Dreyfus-Affäre im republi-
◆ kanischen Frankreich, am Lyn-
◆ chen von Negern und Internatio-
◆ nalisten in der demokratischen
◆ Republik Amerika, am Beispiel
◆ Irlands und Ulsters im demokra-
◆ tischen England, an der Hetze
◆ gegen die Bolschewiki und der
◆ Organisierung von Pogromen ge-
◆ gen sie im April 1917 in der
◆ demokratischen RepublikRuß-
◆ land beobachten können." (Eben-
◆ da, S.244, Sperrung im Origi-
◆ nal)

Dabei werfen die Herrschenden nicht nur überhaupt jegliche "Gesetzlichkeit" über Bord, wenn sie die Arbeiter und Bauern niedermachen, sondern sie bauen in ihre Ausbeuter"verfassungen" von vornherein auch "Klauseln" ein, die ihrem Terror einen "legalen" Anstrich geben sollen. Lenin schrieb dazu:

◆ "Es gibt keinen einzigen Staat
◆ und sei es auch der demokra-
◆ tischste, wo es in der Verfas-
◆ sung nicht Hintertürchen oder
◆ Klauseln gäbe, die der Bourge-
◆ oisie die Möglichkeit sichern,
◆ 'bei Verstößen gegen die Ruhe
◆ und Ordnung' - in Wirklichkeit
◆ aber, wenn die ausgebeutete
◆ Klasse gegen ihr Sklavendasein
◆ 'verstößt' und versucht, sich
◆ nicht mehr wie ein Sklave zu
◆ verhalten - Militär gegen die
◆ Arbeiter einzusetzen, den Be-
◆ lagerungszustand zu verhängen
◆ u.a.m. " (Ebenda, S.243)

Man muß schon über die Ignoranz der Revisionisten verfügen, um den "Nachweis" zu erbringen, daß ausgerechnet Österreich jener bürgerliche Staat sein soll, wo das angeblich nicht der Fall sei. Um dergleichen revisionistischen Blödsinn glaubhaft zu machen, muß man schon "übersehen", daß es da zum Beispiel den "Aufwiegelungsparagraphen" gibt, der aus dem Jahre 1852 stammt, also aus einer Zeit unmittelbar nach der Niederwerfung der 1848-er-Revolution durch die habsburgische Konterrevolution.*

* Auf diesen Paragraphen hat sich übrigens die bürgerliche Klassenjustiz der

Fortsetzung der Fußnote auf S.10

Tatsächlich ist die bürgerliche Demokratie, die Herrschaft des Kapitals, in vielen Fällen schon mit Massakern an den Arbeitern zur Welt gekommen. So war es etwa in Frankreich 1848, als die Bourgeoisie blutige Rache an den Arbeitern nahm, weil das Proletariat in der Revolution über den "zulässigen Rahmen" dessen hinauszugehen drohte, was für die Bourgeoisie annehmbar und ihrer eigenen Herrschaft förderlich war.



15.Juli 1927: Vorbereitung von Polizeiattacken gegen demonstrierende Arbeiter in der Nähe des Parlaments in Wien

Und war es denn anders in den bürgerlich-demokratischen Revolutionen 1918 in Österreich oder auch in Deutschland ? Da wurde die bürgerlich-demokratische Republik mit Gemetzeln an dem klassenbewußten Proletariat und seiner kommunistischen Vorhut durchgesetzt. Und wer leistete der Bourgeoisie in diesem für sie äußerst kritischen Moment die größten Dienste, um zu verhindern, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in die proletarische Revolution hinüberwächst ? Die Propagandisten der "reinen Demokratie", in Österreich die Renner, Bauer usw. und in Deutschland die Noske (von dem der Ausspruch stammt: "Einer muß den Bluthund machen") und Konsorten, die noch die "Demokratisierung" und "Sozialisierung" verkündeten, während sie der Revolution das Grab schaufelten und der Bourgeoisie die ganze Macht in die Hände spielten. Und bestand in Österreich 1927 nicht auch noch die "parlamentarisch-demokratische Herrschaftsverfassung", als die Regierung in Wien auf die demonstrierenden Arbeiter schiessen ließ und dabei 90 von ihnen ermordete ? Und bestand nicht die erst fünf Jahre junge "demokratische" 2.Republik, als 1950 die Bourgeoisie mithilfe ihrer Polizeikräfte und der sozialfaschistischen Olah-Banden den Oktoberstreik der Arbeiter terroristisch unterdrückte ? Man muß vollkommen von Sinnen oder ein ausgemachter Revisionist sein, um anzunehmen oder glauben zu machen, daß die herrschende Bourgeoisie Österreichs nicht wieder mit größter Rücksichtslosigkeit in die Arbeiter schießen läßt, wenn es ihre reaktionären Klasseninteressen erfordern.



Sonderausgabe

Die Rote Fahne

Preis 10 Groschen — Wien, Freitag 15. Juli 1927 (1 Uhr nachts) — Preis 10 Groschen

Generalstreik! Bewaffnung!

Der Faschismus schlägt los

1000 Verletzte, 60 Tote, die Regierung führt Krieg gegen die Arbeiterschaft!

Fortsetzung der Fußnote von S.9

2.Republik bereits vor Jahren berufen, nur weil in einem Flugblatt gegen die Mißhandlung jugendlicher Demonstranten protestiert und gefordert wurde, der reaktionären Gewalt der Behörden die revolutionäre Gewalt der Demonstranten entgegenzustellen (siehe RF 114, S.3).

DEN KONTERREVOLUTIONÄREN CHARAKTER DES BÜRGERLICHEN PARLAMENTARISMUS ENTLARVEN !

Ein Hauptmittel des Betrugs der Bourgeoisie an den Massen ist der bürgerliche Parlamentarismus mit all seinen "demokratischen" Institutionen, Parteien und Mechanismen. Für das heutige Österreich trifft dabei voll zu, was Lenin sagte:

◆ "Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber k ö n n e n im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus n i c h t geführt werden ohne ein weitverzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeicheleı, Lüge, Gaunereı, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und Wohltaten verspricht - wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten." (Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, LW 23, S.114/115, 1916, Sperrungen im Original)

Die kürzlichen Wahlen zum Nationalrat, bei denen auch die KPÖ-Revisionisten sowie die "Grünen" und "Alternativen" in heftiges Wahlfieber gerieten, haben wieder einmal deutlich gezeigt, daß das Wesen der bürgerlichen Demokratie darin besteht, daß den Unterdrückten in mehreren Jahren einmal gestattet wird, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll, daß in den Parlamenten nur geschwatzt wird, speziell zu dem Zweck, das "niedere Volk" hinters Licht zu führen, während die eigentlichen "Staatsgeschäfte" hinter den Kulissen abgewickelt, von den "Ausschüssen", Kanzleien und Stäben verrichtet werden.

Nehmen wir zum Beispiel die Frage, warum ausgerechnet eine SPÖ/FPÖ-Regierung gebildet wurde und keine andere. Wie kommt es, daß mit einem Schlag gleich drei FPÖ-Minister vom Schlage eines Stegers, Ofners und Frischenschlagers in der neuen Regierung sitzen ? Am "Wahlergebnis" kann es nicht liegen, denn mit der gegebenen "Stimmverteilung" hätte nahezu jede beliebige Regierung gebildet werden können, angefangen von einer SPÖ-"Minderheitsregierung" über eine ÖVP/FPÖ-Regierung bis hin zu einer "Großen Koalition" zwischen SPÖ und ÖVP oder einer sogenannten "Konzentrationsregierung" aller drei Parteien. Diese Frage läßt sich bestimmt n i c h t auf der Ebene der parlamentarischen Formalismen beantworten. In Wirklichkeit haben die österreichischen Monopolkapitalisten jene Regierung gebildet, die nicht nur ihre gegenwärtigen gemeinsamen Klasseninteressen am wirksamsten vertreten kann, am besten geeignet ist, die Massen zu betrügen, den Kurs der Abwälzung der Krisenlasten, der Massenentlassungen, der Teuerung und der "Belastungen" durchzuführen, sondern auch für die Zukunft reiche Manövriermöglichkeiten bietet.

Unter den heutigen Bedingungen bietet eine SPÖ/FPÖ-Regierung in dieser Hinsicht für die Herrschaft der Bourgeoisie große Vorteile. Eine SPÖ-"Minderheits"-Alleinregierung hätte angesichts der "unpopulären Maßnahmen" wie weitere Kürzung der Sozialleistungen, Erhöhung der Massensteuern usw. allzu rasch dazu geführt, daß die SPÖ die "Fähigkeit" verliert, größere Teile der Massen an sich zu binden, denen vorgegaukelt wird, daß diese politische Agentur des Monopolkapitals doch noch das "kleinste Übel" sei. Jetzt kann alles auf den FPÖ-"Partner" abgeschoben werden, dem man habe "Konzessionen" machen müssen - was aber allemal noch

"besser" sei als ein "Bürgerblock" von FPÖ und ÖVP oder eine ÖVP-Alleinregierung. Zugleich bietet diese "Lösung" auch der ÖVP eine gute Möglichkeit, sich als "harte Opposition" zu profilieren, die dann, wenn "die Sozialisten" gemeinsam mit den "Freiheitlichen" genügend "abgewirtschaftet" haben, in die Position der Regierungspartei befördert wird, um endlich "Ordnung" zu schaffen, während die SPÖ sich wieder mehr als "linke" Opposition ins Bild setzen darf, wie das heute zum Beispiel die SPD im westdeutschen Bundestag tut, nachdem sie mehr als ein Jahrzehnt lang die Regierungsgeschäfte des westdeutschen Imperialismus besorgt hat.

Solange sich die ausgebeuteten Massen von einer dieser Abteilungen der Monopolbourgeoisie ins Schlepptau nehmen lassen, solange sie dieser ganzen Demagogie Glauben schenken, werden sie immer die Betrogenen sein, denn dieses ganze Theater wird zu keinem anderen Zweck inszeniert. Was da oft lauthals als die größte "prinzielle Gegensätzlichkeit" zwischen den bürgerlichen Parteien hingestellt wird, ist in Wirklichkeit mehr ein wechselseitiges Zusammenspiel von "links" bis "rechts", das vor den Massen den Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, den prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Proletariat und der gesamten Klasse der Bourgeoisie verschleiern soll.

- Tatsächlich sind alle bürgerlichen Parteien Instrumente der herrschenden Klasse, deren sie sich je nach ihrem Klasseninteresse, innerhalb und außerhalb des Parlaments, in den verschiedensten Funktionen bedient, um die Massen zu täuschen.

Das gilt einschließlich für die arbeiteraristokratischen und kleinbürgerlichen Parteien wie "KPÖ" oder die "Grünen" und im Kern auch für die "Alternativen", die letztlich ebenso wie alle anderen bürgerlichen Parteien im Dienste der Stabilisierung der kapitalistischen "Ordnung" stehen und dabei "unverzichtbare" Funktionen erfüllen, gerade auch was die Propaganda des parlamentarischen Kretinismus unter den Massen angeht.*

II.

BÜRGERLICHE DEMOKRATIE UND FASCHISMUS - ZWEI FORMEN DER KLASSENHERRSCHAFT DER BOURGEOISIE

In dem Buch "Rechtsextremismus in Österreich nach 1945" wird auch in einer geschraubten Soziologensprache gegen die richtige Ansicht polemisiert, daß der Faschismus ein "Sohn des Kapitalismus" ist. "Gefährlich" sei die "Neigung zur tendenziellen Identifikation von Kapitalismus und Faschismus" (S.463).

Hier kommt exemplarisch der Kern nicht nur der sozialdemokratischen, sondern auch der revisionistischen "antifaschistischen" Demagogie zum Ausdruck, denn hier werden die entscheidenden Zusammenhänge auseinandergerissen:

> Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind in Wirklichkeit nicht unversöhnliche Gegensätze, sondern beides Erscheinungsformen der gleichen kapitalistischen Ausbeuterordnung, genauer gesagt, verschiedene Herrschaftsformen des Kapitals. Sie haben also gemeinsame Grundlagen, wurzeln in den gleichen ausbeuterischen Produktionsverhältnissen, gehen daher immer wieder auseinander hervor und ineinander über.

Selbstverständlich wäre es ein Fehler, den Unterschied zwischen der bürgerlichen Demokratie als der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und des Faschismus als der offen terroristischen Form der Diktatur der Bourgeoisie zu ignorieren. Denn besonders unter dem Blickwinkel der Formen und Taktiken des Klassenkampfes, speziell der Formen des Herankommens an die proletarische Revolution, ergeben sich große Unterschiede, ob das Kapital in Form der bürgerlichen Demokratie herrscht oder ob es eine faschistische Diktatur errichtet. Doch keinen Augenblick lang dürfen die hier bestehenden unlösbaren Zusammenhänge verkannt werden, weil sonst das Wichtigste übersehen würde: daß bürgerliche Demokratie wie Faschismus vom Kapitalismus hervorgebracht werden, heute nur verschiedene Formen ein und derselben Herrschaft des Finanzkapitals sind und folglich den gleichen Klasseninhalt, den gleichen Klassencharakter haben. Anders kann es auch nicht sein, weil

- "jeder Staat, in dem das Privateigentum am Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, wie demokratisch er auch sein mag, ein kapitalistischer Staat ist, eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu halten. Das allgemeine Wahlrecht aber, die Konstituierende Versammlung, das Parlament - das ist nur die Form, eine Art Wechsel, der am Wesen der Sache nicht das mindeste ändert...

- Das Kapital, ist es einmal da, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keinerlei demokratische Republik, keinerlei Wahlrecht ändern etwas am Wesen der Sache." (Lenin, Über den Staat, LW 29, S.476/477, 1919)

Das ist das "Wesen der Sache" auch in der demokratischsten Republik, in der das Kapital herrscht, das ist ebenso das Wesen der Sache, wenn die Bourgeoisie ihre faschistische Diktatur aufrichtet. Deshalb sagte Dimitroff auf dem VII.Weltkongreß der Komintern im Jahre 1935 auch über den Klassencharakter des Faschismus:

> "Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst." (Protokoll des VII.Weltkongresses der Komintern, Bd.I, S.322)*

DEMAGOGIE UND GEWALT - ZWEI METHODEN DES KAMPFES DER BOURGEOISIE FÜR IHRE INTERESSEN UND ZUR AUFRECHTERHALTUNG IHRER HERRSCHAFT

Die liberal-bürgerliche Gegenüberstellung von "Demokratie" und "Faschismus" als angeblich sich zutiefst feindlich gegenüberstehender Antipoden beruht letztlich auf der vollständigen Verkennung bzw. Leugnung dessen, daß das Kapital zur Aufrechterhaltung sei-

* So erklärte etwa der Pressesprecher der westdeutschen "Grünen" ganz ungeniert: "Die andern (CDU/CSU, FDP und SPD, AdV) haben noch gar nicht bemerkt, was das für eine systemstabilisierende Wirkung hat, daß die Grünen im Bundestag sind." ("Profil" 22/83, S.56)

* Eine ausführliche Entlarvung und Widerlegung der revisionistischen These, daß der Faschismus nur die Macht von einem Teil des Finanzkapitals, von einer "Fraktion" der Bourgeoisie sei, enthält GEGEN DIE STRÖMUNG Nr.18, S.22 - 25.

ner Klassenherrschaft sich nicht nur einer einzigen Methode bedient, sondern sowohl den Betrug wie auch den Terror, die Kanzel und den Kerker, Zuckerbrot und Peitsche braucht:

- "In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen... Die zweite Methode ist die Methode des 'Liberalismus', der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw." (Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, LW 16, S.356, 1910)

Gerade für ein Land wie Österreich gilt dabei, wie Lenin sagt:

- "In den Ländern mit alter demokratisch-parlamentarischer Kultur hat es die Bourgeoisie vortrefflich gelernt, nicht nur mit Gewalt, sondern auch mit Betrug, Bestechung und Schmeichelei, bis zu den raffiniertesten Formen dieser Methoden, zu operieren." (Lenin, Über die Aufgaben der III.Internationale, LW 29, S.494, 1919)

In der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution bedient sich das Kapital wesentlich zweier Formen seiner Diktatur: der bürgerlichen Demokratie als der verhüllten, demagogisch verbrämten Form, und des Faschismus als der offenen, unverhüllten Form. In der bürgerlichen Demokratie herrscht die Bourgeoisie vorwiegend mittels Demagogie, aber auch mittels Gewalt, während sich die faschistische Diktatur der Bourgeoisie vor allem auf die nackte Gewalt und den mörderischen Terror gegen die Arbeiterbewegung, aber auch auf Demagogie stützt.

Die Sozialdemokraten, Revisionisten und Opportunisten vertuschen gerade die grundlegenden Herrschaftsmethoden im System der Diktatur der Bourgeoisie, wenn sie gemäß ihrer reaktionären Theorie des "kleineren Übels" demagogisch fragen, was "besser" sei, die bürgerliche Demokratie oder der Faschismus.

Genauso gut könnte man fragen, was denn "besser" sei: der Betrug oder der Terror, der Pfaffe oder der Henker. In Wirklichkeit sind für das Proletariat die "Methode der Gewalt" und die "Methode des 'Liberalismus'" keine Alternativen, von denen die eine "besser" ist als die andere, weil das eine wie das andere, wie Lenin sagt, nur "Methoden des Kampfes" der Bourgeoisie "für die Verteidigung ihrer Herrschaft" gegen das Proletariat sind. Wenn es der Bourgeoisie gelingt, mittels der Methode des 'Liberalismus', "der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw." ihre geistige und materielle Herrschaft über das Proletariat zu festigen, so ist das keinesfalls etwas "Gutes" für die werktätigen Massen, sondern vom Standpunkt des klassenbewußten Kampfes für die proletarische Revolution ein verderbliches Übel.

Dementsprechend ist auch die bürgerliche Demokratie, die vor allem mit der Methode des Betrugs operiert, gegenüber dem Faschismus, der vor allem den unverhüllten Terror zum Einsatz bringt, keineswegs "besser" und auch nicht von vornherein für die Entfaltung des Klassenkampfes des Proletariats vorteilhafter. Wie Lenin sagt, ist die bürgerliche

Fortsetzung auf S.16

MIT ZUCKERBROT UND PEITSCHE - AM BEISPIEL DER "GASSERGASSE"

Zu der Zeit, als sich in Zürich, Amsterdam und Westberlin die Jugendproteste auf einem Höhepunkt befanden, kam es am 1. März 1981 auch in Wien zu einer Protestdemonstration, an der sich mehrere hundert Jugendliche beteiligten. Diese Demonstration wurde von einem Riesenaufgebot von Polizei und "Kobras" gewaltsam zerschlagen. Um die hundert Teilnehmer wurden nach einer regelrechten Hetzjagd durch die Wiener Innenstadt verhaftet und zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt. Ausländer wurden sogleich in "Schubhaft" genommen und nach ihrer Aburteilung ausgewiesen.

"Sowas gibts bei uns nicht" - das war die einhellige Reaktion der bürgerlichen Politiker in Wien auf die sogenannten "Zürcher Krawalle". Dabei stellten sie in Rechnung, daß dazu gewaltsame Unterdrükkung allein nicht ausreicht, um "Zürcher Zustände" zu verhindern. Deshalb stellten die Stadt-Mächtigen Wiens als "Ventil" damals auch das heruntergekommene Gebäude einer ehemaligen Möbelfabrik in der Gassergasse als "autonomes Kulturzentrum" zur Verfügung, in dem den Jugendlichen angeblich "keiner drein redet", wie es in einer Werbebroschüre der Gemeinde Wien heuchlerisch heißt.

In Wahrheit ist ein Kennzeichen all der pseudo-progressiven Einrichtungen wie der Gassergasse ("GAGA"), dem Amerlinghaus, WUK usw., daß sie mittels Subventionsgeldern an der langen Leine gehalten werden. Diese Gelder sind ein ständiges Druckmittel bzw. auch Mittel zur Korrumpierung, um ein "loyales", "staatsbejahendes" Verhalten bei den "Zielgruppen" dieser Einrichtungen zu gewährleisten.

Wie das funktioniert, zeigte die "GAGA". Schon einige Monate vor der endgültigen Schleifung der "GAGA" verweigerte die Gemeinde Wien die Auszahlung der Unterstützungsgelder, die erpresserisch auf einem "Sperrkonto" zurückgehalten wurden, weil die Besucher und die Bewohner der "GAGA" nicht ganz so spurten, wie sich das die Damen und Herren im Wiener Rathaus vorstellten. Dabei war die "GAGA" für die Bourgeoisie gewiß nicht gefährlich. Zum Teil gab es dort reformistische Projekte im "alternativen" Stil. Zum Teil artikulierte sich dort die Unzufriedenheit vorwiegend jener Jugendlichen, die sich - zumeist ohne die geringste Aussicht auf Arbeit und ohne ausreichende Existenzmittel - in einer äußerst verzweifelten Lage befinden und in der "GAGA" eine Art letzter Zuflucht sahen.

Ende Juni 1983 wurde dann "zu laute Musik" zum Vorwand genommen, um mit einer bürgerkriegsartigen Polizeiaktion die "GAGA" zu stürmen und gleich danach abzureißen. Vor den Augen der Polizei durften dabei zunächst faschistoide Anwohner, die eine reaktionäre "Bürgerwehr" bildeten, Steine und Brandsätze gegen die "GAGA" schleudern. Unterstützt wurden sie bei dieser Provokation von Faschisten der NDP-gesteuerten "Ausländer-Halt-Bewegung". Als die Jugendlichen in der "GAGA" zur Gegenwehr übergingen, war für die Polizei der "Grund" für die Erstürmung des Gebäudes da. Mit äußerster Brutalität wurden die Bewohner und die Besucher der "GAGA" herausgeprügelt und mußten in einer sogenannten "Watschengasse" zwischen den prügelnden Bullen regelrecht Spießruten laufen. Über 60 Jugendliche wurden verhaftet. Ausländer sogleich in "Schubhaft" genommen. Auch eine zwei Tage später stattfindende Demonstration zur Freilassung der Verhafteten wurde von der Polizei auseinandergehauen, die auch wieder dutzende Demonstrationsteilnehmer festnahm.

So wurde das "Experiment Gassergasse" nach dem Motto der Bourgeoisie beendet: Und willst du kein braver Untertan sein, dann schlag ich dir den Schädel ein !

Nach der Polizeistaatsaktion gegen die "GAGA" fingen eine ganze Reihe von sozialen Pfaffen zu jammern an, daß mit einem solchen Vorgehen die Jugendlichen nur noch mehr in die "radikale Ecke" getrieben würden. Die revisionistische "KPÖ" lamentierte, "wie schwer es junge Menschen heute haben, sich in die Gesellschaft einzufügen" (VS, 10.7.1983).

Dagegen müssen wir als Marxisten-Leninisten erklären, daß weder reformistische "Anpassung" noch eine aus der Verzweiflung entspringende "Verweigerung" irgendwas bringen, sondern nur der organisierte, bewußte und zielklare revolutionäre Kampf vorwärts bringt !

Demokratie sogar "die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus" (LW 25, S.405,.

- Die bürgerliche Demokratie ist für die Arbeiterklasse nur dann vergleichsweise vorteilhafter, wenn das klassenbewußte Proletariat und seine kommunistische Avantgarde nicht in die Falle des bürgerlichen Legalismus tappen, der bürgerlich-parlamentarischen Demagogie nicht auf den Leim gehen, sondern es verstehen, die dort bestehenden minimalen bürgerlich-demokratischen Freiheiten für die Entfaltung der revolutionären Bewegung auszunutzen.

Die mehr als 30 Jahre bürgerliche Demokratie in Österreich waren und sind für die Arbeiterklasse keineswegs ein "Segen", denn in diesen Jahren ist es der Bourgeoisie "mit Betrug, Bestechung und Schmeichelei, bis zu den raffiniertesten Formen dieser Methoden", mithilfe der sozialdemokratischen Demagogie und auch dank dem Verrat der KPÖ-Revisionisten weitgehend gelungen, die revolutionäre Arbeiterbewegung abzuwürgen und der Sache der proletarischen Revolution damit eine Niederlage beizufügen, die historisch womöglich nicht minder folgenschwer ist als der Sieg des Faschismus im Jahre 1934.

DIE WESENSVERWANDTSCHAFT VON BÜRGERLICHER DEMOKRATIE UND FASCHISMUS - AM BEISPIEL DER "SOZIALPARTNERSCHAFT"

Als eine der großartigsten Errungenschaften des "modernen" Österreich nach 1945 propagieren die Vertreter der herrschenden Bourgeoisie die Verwirklichung der "Sozialpartnerschaft", welche es möglich gemacht habe, mit dem leidigen Klassenkampf Schluß zu machen, diesen durch "zeitgemäßere" Formen der "Konfliktlösung" zu ersetzen. Ganz auf der Linie, bürgerliche Demokratie und Faschismus als qualitativ verschiedene Staatstypen hinzustellen, wird in dem schon zitierten Buch "Rechtsextremismus in Österreich nach 1945" erklärt, daß diese "Sozialpartnerschaft" auf gar keinen Fall etwas mit der faschistischen Ideologie und Politik von der "Volks- und Betriebsgemeinschaft" zu tun habe (siehe dort S.465).

Stimmt das? Ist denn nicht auch der Faschismus angetreten, ein für allemal mit dem "marxistischen Klassenkampf" Schluß zu machen, wobei er in der Praxis diese angeblich harmonische "Volksgemeinschaft" tatsächlich in Form der grausamsten Offensive des Klassenkampfs der Bourgeoisie, der terroristischen Unterdrückung des Klassenkampfes des Proletariats durchsetzte. Aber eine solche angeblich harmonische Klassengemeinschaft verkündet auch die "Sozialpartnerschaft", die ein umfassendes Regime von Maßregelungen, "Verboten" und "Geboten", einen Mechanismus des "Schlichtungswesens" darstellt und auf einem geradezu ständischen Vertretungswesen unter Patronanz des Staates der Kapitalisten beruht.

Der reaktionäre und unterdrückerische Charakter der "Sozialpartnerschaft" wird sich in vollem Umfang dann zeigen, wenn das Proletariat Österreichs sich wirklich zu b e w e g e n anfängt. Dann wird es zu spüren bekommen, daß diese angebliche "Errungenschaft", dieser vermeintliche "Fortschritt", in Wahrheit ein Würgeeisen an seinem Halse, eine es knebelnde Kette darstellt.

Wenn ein solcher Propagandist des Hitlerfaschismus wie der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Eigruber, vielversprechender Sprößling des 1947 hingerichteten hitlerfaschistischen "Gauleiters" von "Oberdonau", verkündet, von den Nazis könne man für heute lernen, was die Verwirklichung der "Mitbestimmung der Arbeiter" angeht, so ist das nicht nur eine faschistische Provokation, sondern spekuliert er auch mit einer wirklich bestehenden Gemeinsamkeit zwischen der bürgerlich-demokratischen "Sozialpartnerschaft" und der faschistischen "Volks- und Betriebsgemeinschaft", deren gemeinsame Grundlage die Leugnung des Klassenkampfes, die Leugnung entgegengesetzter Interessen von Proletariat und Bourgeoisie, ist.

Damit nicht genug. Wie eng hier scheinbar Entgegengesetztes beisammen liegt, zeigt auch das Beispiel der Muhri-KPÖ. Oberflächlich betrachtet ist sie der entschiedenste Gegner der "Sozialpartnerschaft" und erklärter Anhänger des Klassenkampfes des Proletariats. Doch mit welchem Ziel will die revisionistische KPÖ diesen "Klassenkampf" gegen "die Partnerschaftspackelei" führen ? Dieser soll gerade auch zur Verwirklichung der "Mitbestimmung" (siehe Muhri in der "Volksstimme" vom 12.5.1983) geführt werden, damit die Arbeiter "mitreden" können ! Diese "Mitbestimmung" beruht im Kern aber nicht anders als die faschistische "Volksgemeinschaft" und die bürgerlich-demokratische "Sozialpartnerschaft" auf der Leugnung des Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat, auf der Abwürgung des unversöhnlichen proletarischen Klassenkampfes, auf der Unterordnung unter die reaktionären Klasseninteressen der imperialistischen Bourgeoisie.

Die angeblich so fortschrittliche "Mitbestimmung" ist tatsächlich nur ein weiteres Instrument in den Händen der Bourgeoisie, mit dessen Hilfe sie vermittels ihrer Agenten in der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbonzen, der Arbeiterbürokraten und der Arbeiteraristokratie überhaupt, die Arbeiterschaft an den Kapitalismus zu binden sucht.

In ihrer politischen Wirkung sind sowohl "Volksgemeinschaft" als auch "Sozialpartnerschaft" wie auch "Mitbestimmung" ungeachtet aller Unterschiede in der Erscheinungsform reaktionäre Unterdrükkungsmittel im Arsenal der mit Zuckerbrot und Peitsche arbeitenden Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie.

BÜRGERLICHE DEMOKRATIE UND FASCHISMUS ALS UNVERSÖHNLICHE GEGENSÄTZE HINZUSTELLEN, DIENT DER IMPERIALISTISCHEN BOURGEOISIE ÖSTERREICHS

Die österreichische Bourgeoisie und ihre Vertreter haben selbstverständlich ein Interesse daran, diese Zusammenhänge vergessen zu machen, eine Art "chinesischer Mauer" aufzurichten zwischen der bürgerlichen "Demokratie" mit ihren verschiedenen "demokratischen" Einrichtungen wie Parlament, "Mehrparteiensystem" usw. einerseits und der faschistischen "Diktatur" andererseits. Das erleichtert es ihr, die Befreiung vom Hitlerfaschismus im Jahre 1945 flugs zur Befreiung ü b e r h a u p t, zur "Freiheit" und "Demokratie" an sich umzulügen, gerade so, als ob der "sozialpartnerschaftliche" Kapitalismus in Österreich eigentlich schon keiner mehr sei und heute schon Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, die Freiheit von den Übeln, Lasten und Konsequenzen des kapitalistischen Systems herbeigeführt habe oder zumindest drauf und dran sei, auf dem "österreichischen Weg" dergleichen ideale Zustände herbeizuführen.

Auf dem Boden dieser verlogenen Propaganda von "freedom and democracy" erscheint dann auch der Faschismus als ein unbegreifliches "Unglück", als zufällige hi-

storische Panne und kann dementsprechend im wesentlichen als ein für allemal erledigter "Seitensprung" der Geschichte abgetan werden, damit die Menschen ja nicht erkennen, daß der Nährboden des Faschismus, die kapitalistische Ausbeuterordnung, nach wie vor besteht !

Mit einer solchen Heuchelei fällt es dann auch nicht schwer, die heute bestehenden faschistischen Tendenzen als ohnehin zum Absterben verurteilte Überreste einer längst vergangenen Zeit abzutun, die Faschisten als "Ewiggestrige" oder gar als "weltfremde Spinner" hinzustellen, die lediglich einem "Ungeist" anhängen, der schon deshalb nicht wirklich gefährlich werden könne, weil ihm heute angeblich dazu die Grundlage entzogen sei.

Wie gefährlich eine solche "Beruhigungspille" ist, welche die Menschen in einer einschläfernden, in der Realität ganz und gar nicht bestehenden "Sicherheit" wiegen soll, zeigt schon die Tatsache, daß in der sich verschärfenden kapitalistischen Krise auch in Österreich der Boden für faschistische Hetze, Rassismus usw. immer fruchtbarer wird. 140.000 Stimmen bzw. mehr als 3,5 Prozent der Wählerstimmen für den NDP-Häuptling Burger bei den letzten Bundespräsidentenwahlen sind ein alarmierendes Indiz, wenngleich auch in keiner Weise ein umfassender Spiegel dafür.

● So wichtig und wesentlich auch
● die vielen Brücken sind, die
● den "alten" mit dem "neuen" Fa-
● schismus verbinden - der entscheidende Nährboden des
● Faschismus liegt nicht in der
● Vergangenheit, sondern in der
● Gegenwart, in den heute gegebenen gesellschaftli-
● chen Verhältnissen und Zustän-
● den !

Das muß auch gegen jenen verlogenen österreichisch-patriotischen "Antifaschismus" betont werden, welcher "die faschistische Gefahr" als eine aus dem Ausland kommende

DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH,
AUS DEM DAS KROCH !

NIEDER MIT DEM KAPITALISMUS !
TOD DEM FASCHISMUS !



Die "Todesstiege" im KZ Mauthausen

Gefahr hinstellt und damit spekuliert, daß in Österreich der Faschismus vielfach ausgeprägt großdeutsch-chauvinistische Züge trägt. Nicht zufällig geht diese primitiv-"patriotische" Propaganda, die den Faschismus als für Österreich "wesensfremd" hinstellt und vergessen macht, daß der Faschismus in Österreich sehr wohl über eine eigene Basis verfügt, die geschichtlich vor allem in Form des "Grünen Faschismus" Gestalt annahm, mit der Befürwortung und Propaganda der sozialchauvinistischen Vaterlandsverteidigung des "demokratischen" Österreich einher. Eine solche Österreich-chauvinistische Propaganda betreiben sowohl die KPÖ-Revisionisten als auch Gruppen im Kielwasser der SPÖ wie die "VRA"-Sozialchauvinisten oder die "Longo Mai"-Polit-Geschäftsleute.

III.

DIE FASCHISIERUNG DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE - EINE GRUNDTENDENZ DER HERRSCHAFT DES FINANZKAPITALS

Wie gesagt, wäre die Ignorierung des Unterschieds zwischen der bürgerlich-demokratischen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und der offenen terroristischen Diktatur der Bourgeoisie ein ernster Fehler. Doch damit ist noch nicht alles gesagt. Die Revisionisten und Opportunisten vertuschen nicht nur den gemeinsamen Klassencharakter von bürgerlicher Demokratie und Faschismus als lediglich zweier unterschiedlicher Herrschaftsformen des Finanzkapitals, sondern sie vertuschen auf dieser Basis auch, daß zwischen diesen Formen der Diktatur der Bourgeoisie keine absoluten Trennungslinien gezogen werden können, weil sich in der Klassenrealität der bürgerlichen Diktatur Elemente dieser zwei Formen miteinander verflechten. Der Faschismus bricht nicht "von außen" als ein Unheil über die bürgerliche Demokratie herein, sondern wächst aus der bürgerlichen Demokratie selbst hervor.

Das kann nur mit Kenntnis der Charakteristika unserer Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, richtig verstanden werden. Lenin sagte über die politischen Konsequenzen der Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus:

◆ "Der politische Überbau über
◆ der neuen Ökonomik, über dem
◆ monopolistischen Kapitalismus
◆ (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die
◆ Wendung von der Demokratie
◆ zur politischen Reaktion.
◆ Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem
◆ Monopol entspricht die politische Reaktion." (Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, LW 23, S.34, 1916, Sperrungen im Original)

Imperialismus bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie. Davon ausgehend sagte Genosse Manuilski im Jahre 1931 in seinem Bericht vor dem XI.Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale:

"Dem Wachstum der Gegensätze und der Aggressivität des Imperialismus auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen entspricht in den Klassenbeziehungen im Innern der kapitalistischen Staaten ein verschärfter Klassenkampf und eine Verschärfung der bürgerlichen Diktatur, die immer mehr zu offen faschistischen Formen der Unterdrückung der Werktätigen übergeht. Die politische Reaktion als Regierungssystem hat mit der Entwicklung des Imperialismus ununterbrochen in allen kapitalistischen Staaten zugenommen und ist die zweite, die Kehrseite der imperialistischen Aggressivität geworden. Das faschistische Regime ist nicht irgendein neuer Staatstypus; es ist eine der Formen der bürgerlichen Diktatur der imperialistischen Epoche. Der Faschismus wächst organisch aus der bürgerlichen Demokratie hervor. Der Prozeß des Übergangs der bürgerlichen Diktatur zur offenen Form der Unterdrückung der Werktätigen stellt denn auch das Wesen der Faschisierung der bürgerlichen

Demokratie dar. Eine bürgerliche Demokratie von jenem Typus, wie er für die Ära der bürgerlichen Revolutionen des vergangenen Jahrhunderts charakteristisch war, besteht heute nirgends. In Wirklichkeit haben wir bürgerlich-demokratische Formen der kapitalistischen Diktatur der Epoche des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus, das heißt sich faschisierende bürgerliche Demokratien.

Die Gesamtheit der modernen kapitalistischen Staaten ist ein buntes Konglomerat faschistischer Länder (...) und sich mit Elementen des Faschismus verquickender bürgerlicher Demokratien, die auf verschiedenen Stufen ihrer Faschisierung stehen" (Manuilski, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus, Bericht vor dem 11.Plenum des EKKI, Hamburg 1931, S.41/42)

Während die Elemente des Faschismus in allen kapitalistischen Ländern vorhanden sind und heranreifen, muß zugleich betont werden, daß die Entwicklung des Faschismus und die Faschisierung in den verschiedenen Ländern je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes verschiedene Formen annimmt und in unterschiedlichem Tempo erfolgt.

In welcher Weise die Faschisierung bis hin zur Errichtung der offen terroristischen Diktatur der Bourgeoisie vorangetrieben wird, hängt dabei auch besonders von der Bewußtheit und Organisiertheit des Proletariats, seiner Kampfbereitschaft und der Stärke seiner kommunistischen Partei auf der einen Seite und dem Grad des Einflusses der Sozialdemokratie, der Revisionisten und Opportunisten auf der anderen Seite ab.*

Dort, wo eine faschistische Diktatur errichtet wird, kann diese ebenfalls die unterschiedlichsten Formen annehmen. Das muß vor allem deshalb betont werden, weil die Sozialdemokraten und Revisionisten mit Vorliebe bestimmte historisch aufgetretene Erscheinungsformen des Faschismus an der Macht mit dem Wesen des Faschismus gleichsetzen, um Verwirrung zu stiften. Dabei spekulieren sie am meisten mit dem Hitlerfaschismus, der bekanntlich das bürgerliche Parlament zerschlug und alle anderen Parteien verbot.

Dagegen hat Genosse Dimitroff bereits darauf hingewiesen, daß das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Parlaments kein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus ist. In seiner historischen Rede auf dem VII.Weltkongress der Komintern betonte Dimitroff, daß der Faschismus sich in bestimmten Situationen nicht sofort entschließt, das Parlamant zu liquidieren und er den anderen bürgerlichen Parteien und auch der Sozialdemokratie eine gewisse Legalität beläßt. In anderen Situationen macht der Faschismus Versuche, seine Basis zu erweitern und, ohne sein Klassenwesen zu ändern, die offene terroristische Diktatur mit einer groben Karikatur des Parlamentarismus zu k o m b i n i e r e n.

Die Entwicklung des Faschismus braucht auch gar nicht mit einer breiten faschistischen Massenbewegung einher zu gehen, wie das vor 1933 in Deutschland der Fall war. Bekanntlich hat es der "grüne" Faschismus in Österreich kaum zu einer wirklichen Massenbewegung gebracht.*

- Das Wesentliche des Faschismus
- ist nicht die Abschaffung der Ein-
- richtungen der bürgerlichen Demo-
- kratie wie etwa des Parlaments
- und auch nicht die Entwicklung
- und das Vorhandensein einer fa-
- schistischen Massenbewegung, son-
- dern ein System des brutalsten
- Terrors gegenüber der Arbeiter-
- klasse und den Volksmassen über-
- haupt zu errichten, jegliche Klas-
- senbewegung des Proletariats bru-
- tal zu unterdrücken und den Arbei-
- tern und werktätigen Massen
- selbst die minimalsten bürgerlich-
- demokratischen Rechte zu rauben.

UNTER DEM DECKMANTEL DER "DEMOKRATIE" TREIBT DIE BOURGEOISIE AUCH IN ÖSTERREICH DIE FASCHISIERUNG VORAN !

Heute herrscht in Österreich die bürgerlich-demokratische Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, welche für das österreichische Finanzkapital gegenwärtig immer noch die "denkbar beste politische Hülle" ist.

Vom Standpunkt der Sicherung der Klasseninteressen der Bourgeoisie ist die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur heute nicht aktuell, weil das für die Wahrung und Festigung ihrer Herrschaft weder nötig noch vorteilhaft wäre. Für die Erhaltung der Macht der Bourgeoisie ist es heute nicht notwendig, die bürgerlichen Freiheiten bereits vollständig zu vernichten und ein offen terroristisches Regime ihrer Diktatur zu errichten. Denn die Bourgeoisie braucht gegenwärtig überhaupt nicht zu befürchten, daß die noch vorhandenen bürgerlich-demokratischen Freiheiten ihr einen "bösen Streich" spielen könnten, weil die Arbeiterklasse drauf und dran sei, diese Freiheiten für die Entfaltung der revolutionären Bewegung auszunützen, sodaß das Bestehen dieser Freiheiten der Bourgeoisie somit mehr schadet als nützt, wie das zum Beispiel 1933 in Deutschland der Fall war. Heute ist in Österreich keine revolutionäre Kraft da, welche real fähig wäre, die bürgerlich-demokratischen Freiheiten in einem für die Bourgeoisie bedrohlichen Ausmaß auszunutzen. Anders wäre es schon, wenn an der Spitze des österreichischen Proletariats eine starke kommunistische Partei stünde. Doch aufgrund des Verrats der KPÖ-Revisionisten verfügt die österreichische Arbeiterklasse

---

* Genosse Manuilski sagte in der bereits zitierten Rede über die unterschiedlichen Wege der Faschisierung, der Errichtung einer faschistischen Diktatur in bezug auf Österreich einerseits und in bezug auf Deutschland andererseits:

> "Die Errichtung der faschistischen Diktatur kann auf verschiedene Weise erfolgen: nach und nach, d.h. auf dem sogenannten 'trockenen' Wege, dort, wo eine starke Sozialdemokratie vorhanden ist, die das Proletariat dadurch entwaffnet, daß sie es auffordert, auf dem Boden der Gesetzlichkeit zu bleiben, wobei sie dem Faschismus eine Position nach der anderen ausliefert und das Proletariat zur Kapitulation vor ihm führt, wie z.B. in Österreich. An der Durchführung der faschistischen Diktatur 'auf trockenem Wege' arbeitet die deutsche Sozialdemokratie. Aber gerade deshalb, weil es in Deutschland eine starke Kommunistische Partei gibt, die tagaus tagein die Arbeiter zum Kampf gegen die sich faschisierende bürgerliche Diktatur mobilisiert, kommt der österreichische Weg der Durchführung der faschistischen Diktatur für Deutschland nicht in Frage." (Manuilski, Bericht vor dem XI.Plenum des EKKI, S.42/43)

* Völlig falsch ist selbstverständlich die trotzkistische "Theorie", der Faschismus sei überhaupt eine "kleinbürgerliche Konterrevolution" oder die von Otto Bauer verbreitete Ansicht, der Faschismus sei die Diktatur der "faschistischen Gewalthaufen... über alle Klassen", also auch über die Bourgeoisie ! Mit dergleichen Unsinn soll nur davon abgelenkt werden, daß der Faschismus die Macht des Finanzkapitals selbst ist. Die soziale Zusammensetzung einer faschistischen Massenbewegung entscheidet zudem auf keinen Fall die Frage des Klassencharakters des Faschismus. Von entscheidender Bedeutung ist, welche Klassenpolitik er treibt, welcher Klasse er dient !

WARUM RIEF DIE DEUTSCHE BOURGEOISIE DIE HITLERFASCHISTEN AN DIE MACHT ?

Anläßlich des 50.Jahrstags des 30.Jänners 1933, des Machtantritts der Nazifaschisten in Deutschland, wurde in "Gedenksendungen", Fernsehdiskussionen usw. viel darüber "reflektiert", "wie es so weit kommen konnte". Da gab es die verschiedensten "Erklärungen", darunter die allerhaarsträubendsten, doch die Wahrheit darüber wurde sorgfältig zugedeckt.

Die wirklichen Umstände des Machtantritts der Hitlerfaschisten, die von der deutschen Bourgeoisie in den Sattel gehoben wurden und die reaktionärsten Elemente des machthabenden Finanzkapitals darstellten, werden sehr gut und prägnant in der Stalinschen "Geschichte der KPdSU(B)„ Kurzer Lehrgang" (1938) dargestellt:

Die Wirtschaftskrise verschärfte die Widersprüche des Kapitalismus nicht nur im Fernen Osten. Sie verschärfte sie auch in Europa. Die lang anhaltende Krise der Industrie und Landwirtschaft, die ungeheure Arbeitslosigkeit und die zunehmende Existenzunsicherheit der besitzlosen Klassen verstärkten die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern. Die Unzufriedenheit begann in revolutionäre Emporung der Arbeiterklasse umzuschlagen. Die Unzufriedenheit verstarkte sich besonders in Deutschland, einem Lande, das durch den Krieg, die Kontributionen an die englisch-französischen Sieger und durch die Wirtschaftskrise wirtschaftlich erschopft war, wo die Arbeiterklasse das Joch nicht nur ihrer eigenen, sondern auch der ausländischen, der englischen und französischen Bourgeoisie zu tragen hatte. Ein beredtes Zeugnis dafür waren die sechs Millionen Stimmen, die die Kommunistische Partei Deutschlands bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Machtantritt der Faschisten erhielt. Die deutsche Bourgeoisie sah, daß die in Deutschland noch erhalten gebliebenen burgerlich-demokratischen Freiheiten ihr einen bosen Streich spielen tonnten, daß die Arbeiterklasse diese Freiheiten für die Entfaltung der revolutionaren Bewegung ausnutzen konnte. Deshalb kam sie zu dem Schluß, daß es fur die Erhaltung der Macht der Bourgeoisie in Deutschland nur ein Mittel gebe – die burgerlichen Freiheiten zu vernichten, das Parlament (den Reichstag) vollig auszuschalten und eine terroristische burgerlich-nationalistische Diktatur zu errichten, die imstande ware, die Arbeiterklasse niederzuschlagen und unter den von Revanchestimmungen beherrschten kleinburgerlichen Massen eine Basis zu finden. Und sie rief die faschistische Partei, die sich zur Irreführung des Volkes nationalsozialistische Partei nennt, an die Macht, da sie sehr wohl wußte, daß die Partei der Faschisten erstens den reaktionarsten und arbeiterfeindlichsten Teil der imperialistischen Bourgeoisie darstellt und zweitens die extremste Revanchepartei ist, die die Millionenmassen des nationalistisch gestimmten Kleinburgertums mit sich zu reißen vermag. Dabei halfen ihr die Verrater der Arbeiterklasse, die Führer der deutschen Sozialdemokratie, die durch ihre Paktiererpolitik dem Faschismus den Weg ebneten.

Das waren die Umstande, die dafur ausschlaggebend waren, daß die deutschen Faschisten im Jahre 1933 die Macht erlangten.

Bei der Analyse der Ereignisse in Deutschland sagte Genosse Stalin auf dem XVII. Parteitag in seinem Rechenschaftsbericht:

„Den Sieg des Faschismus in Deutschland darf man nicht nur als ein Zeichen der Schwache der Arbeiterklasse und als Ergebnis der Verratereien an der Arbeiterklasse seitens der Sozialdemokratie betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muß ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als Zeichen dafur, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der burgerlichen Demokratie zu herrschen, und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen ..." (*Stalin*, Fragen des Leninismus, S. 522.)

heute über keine starke marxistisch-leninistische Partei. Dieser Umstand hat ohne Zweifel den Spielraum der österreichischen Imperialisten in bezug auf die Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie zur Festigung ihrer reaktionären Klassenherrschaft bedeutend erweitert.

Auch der gesamte objektive Stand des Klassenkampfes des Proletariats und der arbeitenden Massen überhaupt macht es für die österreichische Bourgeoisie gegenwärtig nicht nötig, die bürgerlich-demokratische Hülle ihrer Diktatur fallenzulassen und ihre faschistische Diktatur zu errichten. Die Streikstatistik illustriert deutlich, daß die herrschende Klasse durchaus noch nicht vor dem Ansturm der Arbeiterklasse zu zittern braucht.*

Doch so gut wie wir als Marxisten-Leninisten weiß auch die österreichische imperialistische Bourgeoisie, daß es so auf die Dauer nicht bleiben wird und auch nicht bleiben kann. Ganz falsch und verhängnisvoll wäre es daher zu glauben, daß die herrschende Klasse in Österreich die Faschisierung der bürgerlichen Demokratie nicht vorantreiben würde, um auf eine Änderung der Verhältnisse vorbereitet zu sein.

Man muß schon die grundlegenden Gegensätze des Imperialismus und die Gesetzmäßigkeiten ihrer unvermeidlichen Verschärfung völlig ignorieren, um anzunehmen, daß sich irgendeine imperialistische Bourgeoisie - und schon gar die österreichische ! - in unserem Zeitalter selbst in vergleichsweise "ruhigen" Zeiten ganz auf die bürgerliche Demokratie verlassen und auf die Entwicklung

* Insgesamt gab es 1982 laut offizieller Statistik ganze zwei Streiks, an denen 91 Werktätige beteiligt waren. Das bedeutet, daß im vergangenen Jahr auf jeden Arbeiter oder Angestellten im Durchschnitt nur 3,6 Sekunden Streikdauer entfallen !

faschistischer Elemente ihrer Herrschaft verzichten würde.

Die imperialistische Bourgeoisie Österreichs verfügt über genügend konterrevolutionäre Herrschaftserfahrung, um absehen zu können, daß ihre Politik der Abwälzung der ganzen Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen, ihre Politik der immer schärferen Auspressung und Verelendung der arbeitenden Massen über kurz oder lang deren Empörung, Widerstand und Kampf hervorruft. Die Bourgeoisie weiß auch sehr wohl, daß sie bei einer entsprechenden Verschärfung der politischen Lage nicht mehr imstande ist, mit den "alten" Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen und gezwungen sein wird, zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen - als notwendiges, zeitweilig unentbehrliches Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterklasse. Die herrschende Klasse betreibt die Faschisierung unter solchen Bedingungen als präventive Konterrevolution, um die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse möglichst schon im Keime oder vor einem ernsthaften Erstarken zu ersticken, um die terroristische Abrechnung mit den revolutionären Kräften des Proletariats schon vorausschauend zu organisieren.

Ganz falsch wäre es allerdings, die Faschisierung als eine rein innenpolitische Frage anzusehen. Die Faschisierung der bürgerlichen Diktatur steht auch im untrennbaren Zusammenhang mit der zunehmenden Militarisierung und den verschärften Kriegsvorbereitungen - auch in dem "kleinen" und "neutralen" Österreich. Die Bourgeoisie braucht die Faschisierung gerade auch zur Stärkung ihres "Hinterlandes" künftiger Kriegsfronten, um die "Ruhe und Ordnung"

* Darauf sind wir ausführlich in der RF 205 "GEHT DEN FRIEDENSHEUCHLERN NICHT AUF DEN LEIM ! - Der marxistisch-leninistische Standpunkt zu Krieg und Frieden" eingegangen. Siehe dort insbesondere die Seiten 25/26 und 33 - 36.


Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

GEHT DEN FRIEDENSHEUCHLERN NICHT AUF DEN LEIM !

Der marxistisch-leninistische Standpunkt zu Krieg und Frieden

I. DIE STELLUNG DER KOMMUNISTEN ZU KRIEGEN IST EINE GRUNDSÄTZLICH ANDERE ALS DIE DES BÜRGERLICHEN PAZIFISMUS, DER REVISIONISTEN UND "FRIEDENSPREDIGER"

II. "DAUERHAFTER FRIEDEN" IM KAPITALISMUS IST EINE REAKTIONÄRE ILLUSION - IMPERIALISMUS BEDEUTET KRIEG!

III. DIE MARXISTEN-LENINISTEN FÜHREN DEN UNVERSÖHNLICHEN KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG VOM STANDPUNKT DER PROLETARISCHEN REVOLUTION AUS

IV. AUCH IM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG GILT: DER KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS IST EINE HOHLE PHRASE, WENN ER NICHT UNZERTRENNLICH MIT DEM KAMPF GEGEN DEN OPPORTUNISMUS VERBUNDEN IST

V. DIE STELLUNG ÖSTERREICHS IM SYSTEM DES WELTIMPERIALISMUS UND DIE DEMAGOGIE DER ÖSTERREICHISCHEN OPPORTUNISTEN

an der "Heimatfront" zu gewährleisten.*

Daß h e u t e in Österreich praktisch noch keine kämpferische Klassenbewegung des Proletariats existiert, ist dabei ganz und gar kein die Faschisierung bremsender Faktor, sondern erleichtert es der Bourgeoisie sogar, die bürgerliche Demokratie, ihren Staat und die gesamte Gesellschaft weiter zu faschisieren, weil es kaum Widerstand dagegen gibt.

Somit ist die Hülle der bürgerlichen Demokratie für die herrschende Bourgeoisie unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur das günstigste Mittel, um die arbeitenden Massen mit demokratischen Illusionen an den Kapitalismus zu binden, sondern auch ein bequemer Deckmantel für die systematische Faschisierung der Herrschaft der Bourgeoisie. Ja, die herrschende Klasse unternimmt sogar alle Anstrengungen, um diese Faschisierung als "Festigung unserer wehrhaften Demokratie" hinzustellen ! **

** Ganz gemäß diesem Motto erklärte der neue SP-Innenminister Blecha bei einem

Fortsetzung der Fußnote auf S.24

DIE FAULE GEGENÜBERSTELLUNG VON "DEMOKRATISCHEN" PARTEIEN UND FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN HILFT DIE WIRKLICHE FASCHISIERUNG VORANZUTREIBEN !

Die herrschende Klasse Österreichs benützt den parlamentarischen Mantel ihrer Herrschaft zur Verschleierung der Faschisierung. Dabei helfen ihr die sozialdemokratischen und revisionistischen Demagogen. So wird etwa in dem Buch "Rechtsextremismus in Österreich nach 1945" vor allen Tendenzen "gewarnt", "welche die bürgerlichen demokratischen Parteien unangebracht eng an die Rechtsextremisten heranrücken" (S.476). Auch die revisionistische KPÖ begibt sich auf den Boden der lächerlichen Vorstellung, es gebe einerseits die "Familie" der braven "demokratischen" Parteien von der SPÖ und der KPÖ bis zur ÖVP und sogar bis hinein in die FPÖ, und andererseits eine streng davon getrennte und zu unterscheidende kleine Zahl faschistischer "Extremisten" und "Außenseiter", gegen die sich diese heilige "Familie" auf der Basis des "Demokratieverständnisses" der Gründer der Zweiten Republik zusammenschließen müßte. Dabei gelangt die KPÖ sogar zu der bedeutungsschweren Feststellung, "daß es in der Volkspartei Antifaschisten gibt" und entdeckt sogar in SS-Peters FPÖ hoffnungsvolle Entwicklungen. Angeblich könne die FPÖ "nicht mehr in ihrer Gesamtheit als deutsch-nationale Partei eingestuft werden" ("Weg und Ziel" 10/82, S.346), wirklich von übel sei nur mehr der "rechte, ausgefranste Rand der FPÖ" ("Volksstimme", 15.5.83).

Eine solche verlogene Gegenüberstellung: hier die faschistische NDP und andere "rechtsextreme" Gruppen - dort die "demokratischen" Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ, ist in höchstem Grade irreführend, weil sie die in a l l e n das kapitalistische System verteidigenden und bewahrenden Parteien ständig vorhandenen faschistoiden Kräfte und Tendenzen übersieht und leugnet, die jederzeit in den Vordergrund treten können, wenn das die Erhaltung des Systems zweckmäßig erscheinen läßt. Ist denn die ÖVP nicht direkte Nachfolgerin der Dollfuß-Schuschnigg-Partei, jener Partei des "Ständestaats" und des grünen Faschismus, die vor nunmehr fast 50 Jahren mit MGs und Kanonen auf Arbeiter schoß ? Ist es denn ein Zufall, daß eben die SPÖ-Regierung Kreiskys die am meisten mit ehemaligen Nazis durchsetzte Regierung der 2.Republik war und daß eine Figur wie Olah, der sich der Vorbereitung der blutigen Konterrevolution vor Gericht offen rühmte, das eben als prominenter Führer der SPÖ betrieb? Und ist nicht auch SS-Peters FPÖ die direkte Nachfolgerin des VdU, dieses Sammelbeckens von österreichischen Nazifaschisten nach dem Zweiten Weltkrieg ?

Und wie verhält es sich im übrigen mit der schon längst vollständig entarteten, bürgerlich degenerierten "KPÖ", die sich so sehr darum sorgt, nicht aus dem Kreis der "demokratischen" Parteien ausgeschlossen zu bleiben ? Diese scheute sich nicht, den alten Nazi Ruschitzka in ihr Politbüro und den Olah-Freund Bancsich in ihr ZK zu wählen. Vor allem aber beschönigt diese mit ihrer verlogenen revisionistischen Propaganda den Faschisierungsprozeß der bürgerlichen Klassenherrschaft in Österreich, hilft ihn somit voranzutreiben und übernimmt selbst immer offener direkte "Ordnungsfunktionen" zum Schutze der kapitalistischen Gesellschaft in Österreich.

In Wirklichkeit gibt es heute zwischen allen diesen Parteien untereinander und zwischen ihnen und den faschistischen Gruppierungen k e i n e scharfen Trennungslinien, sondern fliessende Übergänge, zahlreiche Berührungspunkte und mannigfaltige Querverbindungen. Das betrifft ausnahmslos a l l e erklärtermaßen oder faktisch auf dem Boden der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschafts"ordnung" stehenden politischen Parteien.

Die Tatsache dieser Querverbindungen ist zum Teil so offenkundig, daß selbst die Verfasser von "Rechtsradikalismus in Österreich nach 1945" nicht ganz daran vorbeikommen können und zum Beispiel in bezug auf den deutsch-faschistischen "Kärntner Heimatdienst" und den "Österreichischen Kameradschaftsbund" feststellen müssen:

> "In diesen beiden Organisationen sind nicht nur Anhänger, sondern auch führende Politiker der SPÖ und ÖVP tätig." (S.386)

Außerdem heißt es allgemein:

> "Politiker der Großparteien knüpften durch Äußerungen, Gesten und Aktionen zumindest latent an den Rechtsextremismus an." (S.387)

In dem Buch wird auch auf den "Fall Reder" eingegangen:

> "Die Politik der Integration rechtsextremer Elemente wurde von den beiden Parteien auch immer wieder in Einzelfragen geübt. Ein Beispiel dafür war der von beiden Großparteien getragene Einsatz zugunsten des (unrichtig als Major bezeichneten) SS-Offiziers Walter Reder. Zur Zeit der Koalition (zwischen SPÖ und ÖVP, AdV) wurde Reder, bereits des Massenmordes angeklagt, ohne zwingenden Grund die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Ebenso wurden von der Koalitionsregierung die gesamten Kosten der Verteidigung Reders übernommen. In der Geschichte der Zweiten Republik ist kein anderer Fall eines noch im Ausland Angeklagten, zum Zeitpunkt der Anklageerhebung noch Ausländers, bekannt, für den sich die offiziellen Organe dieser Republik - also die beiden Großparteien - so verwendet hätten wie für den späteren Österreicher Walter Reder." (S.388)

Das alles wird aber nur festgestellt, um dann SPÖ und ÖVP noch mehr in Schutz zu nehmen. SPÖ und ÖVP seien jedenfalls "demokratische Großparteien", die lediglich "ein in der politischen Praxis verschlamptes (!) Verhältnis zum Rechtsextremismus" hätten (S.392).

Selbstverständlich gibt es zwischen all diesen bürgerlichen Parteien auch Widersprüche und Rivalitäten . So werfen zum Beispiel die NDP-Burger und Co. der FPÖ tiges Taktieren, zu weitgehende "liberale" Konzessionen und nach der Bildung der SPÖ/FPÖ-Regierung mitunter sogar "Verrat" vor, während die FPÖ der NDP ihre "abenteuerlichen" Methoden vorwirft,

---

Fortsetzung der Fußnote von S.23

"Besuch" bei der "Kobra"-"Antiterror-Gruppe", "daß Österreich nie und nimmer ein Polizeistaat werde, daß aber (!) zur Aufrechterhaltung demokratischer Ordnung manche sicherheitspolitischen Maßnahmen schlichtweg notwendig seien." ("Kurier", 8.7.1983)

Abonnieren Sie

▼

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Inlandsabonnement für 10 Nummern . . . . S 165,-

Auslandsabonnement im Direktversand ö.S 280,-

Österr. Postscheckkonto Nr. 1738481

die der Sache mehr schadeten als nützten. Doch offensichtlich sind das lediglich taktische Differenzen, welche die prinzipielle ideologisch-politische Gemeinsamkeit kaum leugnen, sondern eher bestätigen.

Sicherlich können sich die Widersprüche unter den bürgerlichen Parteien im Prozeß der Faschisierung der bürgerlichen Diktatur sehr verschärfen und sogar zu bewaffneten Zusammenstößen führen, wie das in den Dreißigerjahren auch in Österreich der Fall war. In einer solchen Situation ist es für das Proletariat lebenswichtig, sich keinerlei Illusionen über den reaktionären Klassencharakter dieser Widersprüche zu machen, um sich nicht für die eine oder andere Stütze der Klassenherrschaft der Bourgeoisie einspannen zu lassen.

Gegenwärtig ist die Situation allerdings n i c h t so. Heute sind viele der gegenseitigen Angriffe der bürgerlichen Parteien und Gruppierungen bloßes T h e a t e r und entsprechen einer wohlorganisierten "Arbeitsteilung": Je demonstrativer sich der NDP-Teufel nämlich im traditionellen Aufzug der Hitlerfaschisten zeigt, umso leichter hat es der FPÖ-Beelzebub etwa, sich als "liberal", als "demokratisch" und mitunter gar als "antifaschistisch" zu tarnen, wobei der Teufel dem Beelzebub ununterbrochen mit grossem Stimmaufwand bestätigt, er sei ja garkeiner. Diese Schmierenkomödie wird dabei in den verschiedensten Variationen inszeniert, zum Beispiel indem die SPÖ von den Faschisten geradezu als "verkappte Bolschewisten" hingestellt wird, was dieser wiederum hilft, eine Politik als "links" und "progressiv" zu verkaufen, die in Wahrheit reaktionär und imperialistisch ist.

Dieses Spiel mit verteilten Rollen ist heute zweifellos eines der wirkungsvollsten Mittel, unter endlosen Litaneien über "Demokratie", "Freiheit" und "Humanismus" den durch und durch reaktionären Charakter der gesamten Politik des offiziellen Österreich zu vertuschen und von der "schleichenden", aber systematisch betriebenen Faschisierung abzulenken, damit diese der arbeitenden Bevölkerung nicht in vollem Umfang bewußt wird und sie keinen energischen Widerstand dagegen leistet.


GEGEN DIE STRÖMUNG

SCHMIDT ODER STRAUß?- PEST ODER CHOLERA!

* DER UNTERDRÜCKTEN WIRD IN MEHREREN JAHREN EINMAL GESTATTET, DARÜBER ZU ENTSCHEIDEN, WELCHER VERTRETER DER UNTERDRÜCKENDEN KLASSE SIE IM PARLAMENT VER- UND ZERTRETEN SOLL ! *

MARX

DER BETRUG VOM "KLEINEREN ÜBEL"
DIENT DER FASCHISIERUNG !

Hinter diesem schmutzigen Spiel steckt vor allem der Betrug vom "kleineren Übel", der einer der stärksten Trümpfe in den Händen der herrschenden Bourgeoisie ist, damit die Massen das Gift schlukken, das ihnen verabreicht werden soll.

Eine Hauptspielart dieser "Theorie" besteht darin, die arbeitenden Massen mit der Drohung der "faschistischen Gefahr" zu schrekken und einzuschüchtern, sie mit der "Gefahr von rechts" in Schach zu halten, das Gespenst des "Faschismus" an die Wand zu malen, um der Arbeiterklasse und den Werktätigen die real betriebene reaktionäre Politik als das "kleinere Übel" aufzuzwingen. Das sind Manöver, mit deren Hilfe die Bourgeoisie und ihre Lakaien die Schrauben immer fester anziehen können, weil es ja immer noch größere Übel gibt.

Die Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung und jedes fortschrittlichen, vorwärtsdrängenden Menschen kann es niemals sein, unter diversen Übeln das "Unterstützungswürdigste" herauszufinden, sondern gegen a l l e Übel zu kämpfen ! Die Politik der Begünstigung der "kleineren Übel" hat noch allemal schnurstracks zu den größten Übeln geführt. Wer mit "Besser SP als VP" beginnt, wird bald mit "Besser VP als FP", "Besser FP als NDP" fortsetzen und am Ende nach dem "besseren Faschismus" fragen - es ist eben der Weg in die faschistische Hölle, der mit solchen "Argumenten" gepflastert ist. Erst wenn die Massen das erkennen - das heißt, wenn es ihnen klar gemacht wurde ! - erst dann werden sie den Kopf und beide Hände frei haben für die entscheidende Auseinandersetzung mit dem vor unseren Augen verfaulenden kapitalistischen System und allen seinen Stützen !

DER KAMPF GEGEN FASCHISTISCHE STOSSTRUPPS DARF NICHT MIT DEM KAMPF GEGEN DIE FASCHISIERUNG ÜBERHAUPT VERWECHSELT WERDEN !

Der demagogischen Gegenüberstellung der "demokratischen" Kräfte und Parteien auf der einen Seite und der NDP und anderer faschistischer Gruppierungen auf der anderen Seite entspricht die gefährliche Tendenz, die faschistische Bedrohung ausschließlich im Auftreten der "Neofaschisten" und "Rechtsextremisten" zu sehen und den Kampf vor allem oder ausschließlich auf die Abwehr dieser besonderen Spielart dieser einen Erscheinungsform des Faschismus und der Faschisierung zu beschränken.

In den faschistischen Stoßtrupps das hauptsächliche Übel zu sehen und den Kampf darauf zu reduzieren, heißt die Klassenfunktion dieser Sondertrupps der herrschenden Klasse völlig zu verkennen. Woher stammen denn die reichen materiellen und finanziellen Mittel, auf die sich die NDP usw. stützen ? Die österreichischen Imperialisten selbst sind es, die den faschistischen Banden bei ihren Provokationen Schutz gewähren,

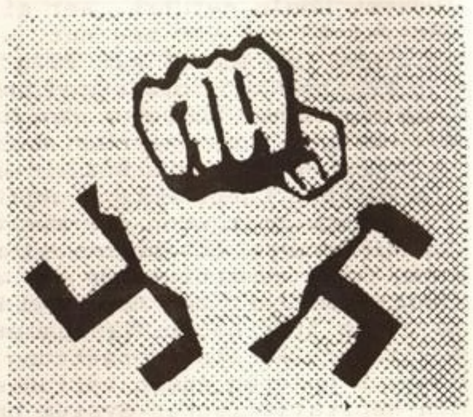


ihre Polizei zum Schutze der Faschisten gegen die Antifaschisten aufmarschieren und in Aktion treten lassen. Das österreichische Finanzkapital gewährt den faschistischen Stoßtrupps je nach Notwendigkeit mehr oder minder grosse Unterstützung, sei es mit Geld, sei es über den Staatsapparat oder sei es, indem es ihnen organisatorische und andere Unterstützung zukommen läßt.

Es wäre ganz falsch, sich dazu verleiten zu lassen, die notwendige energische Auseinandersetzung mit den Burger-Faschisten und den anderen faschistischen Stoßtrupps, die ungeachtet gewisser Rivalitäten allesamt mehr oder weniger eng zusammenhängen, als die Hauptfront des heutigen Politischen Kampfes zu betrachten, sich in Geplänkeln mit den Strolchen dieser Diversantenfirmen aufzureiben und dabei zu übersehen, was daneben geschieht und oft unvergleichlich folgenschwerer und einschneidender ist. Diese faschistischen Banden treten zwar mitunter recht spektakulär auf, sie sind aber nur ein T e i l der imperialistischen Konterrevolution, ein G l i e d in der Kette der Faschisierung und gegenwärtig ganz bestimmt n i c h t das wichtigste Instrument der herrschenden Klasse bei der Verfolgung ihrer konterrevolutionären Ziele.

Sicherlich wittern die Burger-Faschisten und ihresgleichen in der wachsenden Krise "Morgenluft" und werden als faschistische Stoßtrupps gegen die Arbeiterbewegung bereitgehalten. Und dennoch darf nicht übersehen werden, daß diese faschistischen Voraustrupps unter den Bedingungen der Gegenwart und der nächsten Zukunft nur relativ geringe Kräfte und Möglichkeiten und dementsprechend begrenzte Aufgaben im Dienste der herrschenden Bourgeoisie haben. Sie dienen teils als Versuchsballon, als Testfall, wie weit man schon gehen kann und wie weit sich die Arbeiterklasse schon wieder mit der Existenz offen faschistischer Organisationen abgefunden hat, teils als Werkzeug zur Ablenkung der Aufmerksamkeit der Massen von a n d e r e n, noch gewichtigeren und gefährlicheren Formen und Methoden der Faschisierung.

Daraus ergibt sich, daß die fortschrittlichen, antifaschistischen Kräfte unseres Landes, insbesondere die revolutionäre Arbeiterbewegung, die Provokationen der faschistischen Banden nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern gegen sie entschiedene, vernichtende Schläge führen müssen. Zugleich aber muß in Rechnung gestellt werden, daß die NDP, ANR usw. auch die Rolle jenes Diebskomplizen spielen, der an der Vorderfront des Hauses alle Aufmerksamkeit auf sich lenkt, während an der Hinterfront die anderen Diebe einsteigen !



DIE HAUPTGEFAHR DER FASCHISIERUNG IN ÖSTERREICH GEHT VOM IMPERIALISTISCHEN STAATSAPPARAT AUS !

Die Kehrseite der Einschränkung der "faschistischen Gefahr" auf die NDP, ANR, "Babenberger" udgl. ist praktisch die Blindheit gegenüber der Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates. Sofern von letzterem überhaupt mal die Rede ist, werden darüber zumeist ganz falsche und irreführende Ansichten kolportiert. Zum Beispiel haben verschiedene reformistische und revisionistische Kräfte ein großes Geschrei angestimmt, daß in der neuen SPÖ/FPÖ-Regierung nun ein Ofner und ein Frischenschlager sitzen. Die ganze "Empörung" rührte da offensichtlich daher, daß in den erlauchten Kreis der "demokratischen Parteien" und unseres "demokratischen Staatswesens" an führender Position zwei der "rechtsextremen Außenseiter" vom "rechten, ausgefransten Rand" der FPÖ gestellt wurden. Das aber heißt, die "Faschisierung" an einzelnen Personen festzumachen und bei diesen wiederum an deren Anschauungen, ihren Bekenntnissen etwa zum "3.Reich".

In Wahrheit heißt auch das, von dem wirklichen Prozeß der Faschisierung des imperialistischen Staates abzulenken. Dieser Faschisierungsprozeß hängt keineswegs davon ab, wieviele ehemalige NSDAP-Mitglieder in den Staatsapparat integriert sind. Maßstab des Faschisierungsprozesses sind auch nicht die mehr oder minder offenherzigen faschistischen Äusserungen der führenden Repräsentanten dieses Staatsapparates.

- Die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates bedeutet die schrittweise U m s t e l l u n g dieses Apparates auf die Ausübung terroristischer, faschistischer Herrschaftsmethoden, der Ü b e r g a n g zu faschistischen Formen der Unterdrückung und des Terrors gegen die Massen, die schrittweise Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten, die für die werktätigen Massen sowieso stets nur in verkrüppelter und eingeschränkter Weise bestehen.

Die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates hat in der Entwicklung der Zweiten Republik ständig zugenommen, ganz unabhängig davon, ob nun eine ÖVP-Regierung oder eine "sozialistische" SPÖ-Regierung den bürgerlichen Staatsapparat an höchster Stelle repräsentierte. Ja, jene, die heute so lautstark gegen Ofner usw. schreien, machen gerade vergessen, daß der Faschisierungsprozeß in den 13 Jahren "sozialistischer" Alleinregierung m e h r voran kam als in all den Jahren "schwarzer" Regierung vorher !

Zu den "modernen" Reformen der SPÖ-Regierung gehörte gerade auch die umfassende "Modernisierung" und Perfektionierung des Unterdrückungsapparates der österreichischen Imperialisten, der mit neuesten Waffen, Computerausrüstung usw. ausgestattet wurde. Dazu gehört im besonderen der Aufbau von Polizei-Spezialtruppen wie der "Kobra", die ganz eindeutig Bürgerkriegsfunktion haben und ihr "Können" schon verschiedentlich "beweisen" durften, so etwa gegen iranische Antiimperialisten.

Der österreichische Polizei- und Gendarmerie-Apparat zählt mit ca. 30.000 Beamten mittlerweile zu einem der relativ stärksten in Europa und hat heute größeren Umfang als zur Zeit des Dollfuß-Schuschnigg-Faschismus !



Die "Anti-Terror"-Truppe "Kobra" ist bis an die Zähne bewaffnet

Einem oberflächlichen Betrachter mag es so erscheinen, daß die Faschisierung des österreichischen Staates erst wenig weit fortge-

schritten ist und sie ist auch sicherlich noch nicht so weit entwickelt wie zum Beispiel in Westdeutschland. Will man die Wahrheit nicht beschönigen, dann darf man allerdings nicht bei dieser Feststellung stehen bleiben, denn sie erfaßt nicht die ganze Wahrheit.

Die herrschende Klasse Österreichs treibt die Faschisierung in einem solchen Tempo und in solchen Formen voran, die ihrem jeweiligen Klasseninteresse und Klassen"bedürfnis" entsprechen. So hat die SPÖ-Regierung 1975 die reaktionären Ausländergesetze verabschieden lassen, die im Kern faschistisch sind, weil sie die ausländischen Arbeiter und Studenten in einer völlig rechtlosen Lage halten. Sie tat das gerade zu einem Zeitpunkt, als mit Zunahme der krisenhaften Entwicklung absehbar war, daß für die Durchführung der reaktionären Politik der Bourgeoisie solche Gesetze nötig werden, um die ausländischen "Arbeitskräfte" nach Belieben und "ganz legal" außer Landes befördern zu können und im Land selbst die oft besonders kämpferischen ausländischen Arbeiter und ihre fortschrittliche und revolutionäre Tätigkeit ohne Schranken unterdrücken zu können.* Selbstverständlich halten die Sachwalter der Bourgeoisie auch in anderen Bereichen entsprechende Pläne und Maßnahmen bereit, die sie jederzeit durchführen, wenn es ihnen erforderlich erscheint. Es ist zum Beispiel nur eine Frage der Zeit, wann die Versammlungsfreiheit noch weiter eingeschränkt wird durch eine reaktionäre "Reform" des Demonstrationsrechts.

Bereits konkret angekündigt ist, daß es noch mehr Polizei geben soll. Der neue SP-Innenminister Blecha äußerte, daß man "zu einem völlig neuen Verhältnis zwischen Bürgern und Exekutive kommen" müsse und es "eine verstärkte Präsenz der Polizei auf Österreichs Straßen - den Patrouillen- und Rayondienst" ("Kurier", 28.5. 1983) geben solle. Angeblich geschieht das, um dem "Bürger" mehr "Sicherheit" zu geben, in Wahrheit bedeutet das aber ein noch dichteres Netz der Bespitzelung und anderen Polizeifunktionen.

In einigen Bereichen hat es der imperialistische Staat gar nicht eilig, mit verschärfenden Maßnahmen vorzugehen, weil die Verhältnisse dort von vornherein besonders reaktionär sind. Das rührt unter anderem daher, daß der bürgerliche Staatsapparat in Österreich nicht nur "kontinuierlich" aus der Habsburger-Monarchie übernommen wurde, sondern auch nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus der unter diesem Faschismus bestehende Apparat mehr oder minder unversehrt erhalten geblieben ist.

So verleihen nach wie vor eine Reihe von Herrschaftsmethoden der erzreaktionären Habsburger-Monarchie und des Hitlerfaschismus dem "modernen" Österreich sein Gepräge. Dazu braucht man sich nur die Lage in den Gefängnissen anzusehen. Die Gefangenen, darunter besonders die Frauen wie etwa in Schwarzau, unterliegen dort einem schikanösen Schinderregime, das sich nur ganz unwesentlich von dem unter den Habsburgern oder zur Zeit des "grünen" oder Hitlerfaschismus unterscheidet.

Das alles bedeutet auch, daß der in Österreich heute bestehende Staatsapparat viele Merkmale ei-

Fortsetzung auf S.32

* Die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft Österreichs ist in bezug auf die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter überhaupt schon ziemlich weit fortgeschritten. Die RF wird die sich aus dem proletarischen Klassenstandpunkt und aus dem proletarischen Internationalismus ergebenden Aufgaben des Kampfes gegen die doppelte Unterdrückung der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen Chauvinismus und Rassismus in einem eigenen Artikel genauer behandeln.

KAPITALISMUS, FASCHISMUS, MILITARISMUS –



Eine neue Waffe gegen den "inneren Feind": Die "neue österreichische Kavallerie"

drei einig sind sie, nicht zu trennen!



Schlägertrupps der ANR-Faschisten provozieren an der Uni Wien, um zu zeigen, wer "Herr der Straße" ist (März 1977)





1.März 1981



Jugendsemonstration am 1.März 1981 wird von Polizeikräften brutal unterdrückt

Was tut die Polizei? Sie steht den hohen Lumpen bei!

(Aus einem alten österreichischen Arbeiterlied)

nes ausgesprochenen Polizeistaates aufweist. Gemäß dem sogenannten Verfassungsübergangsgesetz von 1929 hat zum Beispiel die Polizei ein uneingeschränktes Verordnungsrecht. Die Polizei kann jederzeit zum "Schutz" der "Sicherheit von Menschen oder des Eigentums" selber Verordnungen treffen, die vorher weder verlautbar noch sonstwie festgelegt sein müssen. Damit wird die polizeistaatliche Willkür direkt legalisiert.*

"Traditionell" herrscht in Österreich eine extreme "Obrigkeitsstaatlichkeit", d.h. alles, was geschieht, wird höchst genau kontrolliert, registriert und observiert, um jederzeit "einschreiten" und "amtshandeln" zu können, wenn auch nur eine Kleinigkeit außerhalb der vielfach umzäunten "Freiräume" geschieht !

Man darf sich nicht dadurch irreführen lassen, daß da und dort einmal nicht verschärft, sondern "liberalisiert" wird. Wenn der Staat der österreichischen Bourgeoisie einzelne, aus dem letzten Jahrhundert stammende Gesetze "modernisiert", so haben die fortschrittlichen Menschen dem keinesfalls Beifall zu klatschen. Erstens erfolgen diese "Liberalisierungen" in ganz zweitrangigen Bereichen und fallen angesichts der allgemeinen Faschisierung praktisch nicht ins Gewicht. Zweitens ist die Bourgeoisie auf eine Reihe von verstaubten Paragraphen immer weniger angewiesen, weil sie auch ohne diese ihre Zwecke erreicht. Was macht es zum Beispiel schon, daß gemäß dem neuen "Mediengesetz" nicht mehr sämtliche Publikationen vor ihrem Vertrieb der Bundespolizeidirektion vorgelegt werden müssen. Die Staatsorgane haben genug Möglichkeiten, um auch so alles zu "überblicken" und "einzusammeln" (siehe dazu RF 201 "Zum neuen 'Mediengesetz' - einem neuen Beispiel der Verlogenheit der 'bürgerlichen Demokratie'").

Von der inneren Faschisierung darf auch die zunehmende Militarisierung nicht getrennt werden, die in wachsendem Tempo vorangetrieben wird, wobei besonders die ideologische Bearbeitung junger Menschen, ihre militaristische Verseuchung durch "Werbe-Shows" des Bundesheers jetzt noch massiver betrieben werden soll. Zu den widerwärtigsten Erscheinungsformen der Militarisierung gehört zum Beispiel aber auch, daß die Metallarbeitergewerkschaft unter Vorsitz des SPÖ-Bautenministers Sekanina die "Patenschaft" über die "Erste Panzergrenadierdivision" übernommen hat; über einen Teil jener imperialistischen Klassenarmee also, die nicht nur besondere "Objektschutztruppen" für den Einsatz bei Streiks auf die



"Objektschutztruppen" des Bundesheeres proben den "Ernstfall"

---

* Kürzlich bestätigte der Verfassungsgerichtshof, daß bereits die polizeiliche Aufforderung an Hausbesetzer "kummts ausse" als rechtswirksame "Verordnung" zu gelten habe, deren Nichtbefolgung eine Verwaltungsstrafe nach sich zieht. Die "Wochenpresse" schrieb dazu: "In Hinkunft müssen die uniformierten Freunde und Helfer nur mehr ihre Lautsprecher aufbauen, die passende Verordnung verkünden, die 'gemäß Artikel II Paragraph 4 Absatz 2 des Bundesverfassungsgesetzes vom 7.Dezember 1929' rechtens ist - und zugreifen."

Beine stellt, sondern auch insgesamt Instrument der Bourgeoisie zum Kampf gegen den "inneren Feind", sprich die Arbeiterklasse ist.

Will man auch nur ein ungefähres Bild von der Faschisierung der bürgerlichen Diktatur in Österreich erhalten, so muß man auch die Außenpolitik der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs betrachten. Lenin schrieb:

> "Die 'Außenpolitik' von der Politik schlechthin zu trennen oder gar die Außenpolitik der Innenpolitik entgegenzustellen ist grundfalsch, unmarxistisch, unwissenschaftlich. Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleichermaßen in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion." (Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, LW 23, S.34, 1916)

Diese reaktionäre Grundtendenz zeigt sich in der Unterstützung von allen möglichen reaktionären und faschistischen Regimes durch die österreichische Monopolbourgeoisie und ihren imperialistischen Staat. Österreich liefert bevorzugt an faschistische Regimes wie Argentinien, Marokko usw. militärische und polizeiliche Ausrüstungen für die blutige Unterdrükkung der werktätigen Massen. Dazu gehören unter anderem Munition aller "gängigen" Kaliber Handgranaten, Granatwerfer (für "lebende ungedeckte Ziele"), Sturmgewehre, Scharfschützenpanzer, Maschinenpistolen und Maschinengewehre sowie der Jagdpanzer "Kürassier". Das "Sortiment" der österreichischen Rüstungsproduzenten, deren größter der Staat selbst ist, ist weitgehend auf "innenpolitische" Waffen zugeschnitten. Man müßte nicht nur klassenmäßig blind sein, sondern auch mit einem gehörigen Maß Chauvinismus erfüllt sein, um anzunehmen, daß die herrschende Klasse Österreichs diese Bürgerkriegsausrüstungen nur zum Einsatz gegen andere Völker produziert und nicht auch für den "Einsatz" gegen das e i g e n e Volk bereit hält.

Es ist eine wichtige und unerläßliche Aufgabe aller Antifaschisten und an erster Stelle der Marxisten-Leninisten, den Prozeß der zunehmenden Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates und der gesamten bürgerlichen Gesellschaft in allen Bereichen zu entlarven und zu bekämpfen. Es muß bewußt gemacht werden, daß jeder "Kampf gegen den Neofaschismus" und jede "antifaschistische Aktion", die sich auf den Kampf gegen die NDP und auf Balgereien mit den Kreaturen des Herrn Burger beschränkt oder, was noch schlimmer ist, lediglich vom imperialistischen Staatsapparat das "Verbot der Neonazis" fordert, diesen Faschisierungsprozeß nicht nur nicht aufhalten kann, sondern faktisch begünstigt.

DIE FASCHISTEN "VERBIETEN" ? - EINE IRREFÜHRENDE UND LEGALISTISCHE FORDERUNG, DIE VOM WESEN DES PROBLEMS ABLENKT

Als zentrale Losung taucht bei den von den "linken" SPÖ-lern, den KPÖ-Revisionisten und GRM-Trotzkisten organisierten "antifaschistischen Aktionen" immer wieder die Forderung nach dem Verbot der "Neonazis" auf. So schreibt der KSV:

> "Der entscheidende Hebel zur Zurückdrängung und schließlichen Zerschlagung des Neofaschismus: Aufklären und verbieten ! Der Entzug jeder legalen Basis würde die faschistischen Organisationen nicht nur von vornherein beim Großteil der Bevölkerung diskreditieren, sondern vor allem deren öffentliches Auftreten entscheidend ein-

schränken" (KSV-Flugblatt "Neonazis: Aufklären und verbieten")

Auf der selben Linie fordert der eurorevisionistische "Gewerkschaftliche Linksblock":

"Von der österreichischen Bundesregierung verlangen wir, endlich die bestehenden Gesetze anzuwenden und eine weitere Tätigkeit der neofaschistischen Organisationen zu unterbinden". (Flugblatt "Gegen Neonazi-Kandidatur !")

Die GRM-Trotzkisten tönen ebenso:

"Eine Anwendung der Verbotsbestimmungen auf ANR und NDP... könnte die politische Formierung des Neonazi-Lagers in seinem heutigen Zustand beträchtlich erschweren, das Wohlwollen der rechten Honoratioren dämpfen, die Mitläufer entmutigen" ("Die Linke" Nr.17/83, S.12)

In der selben Nummer des Trotzkistenblättchens bezeichnet ein W. Neugebauer vom "Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands" gar "die staatliche Repression" als einen "Teilbereich des antifaschistischen Kampfs" (ebenda, S.11).

Das alles hat mit wirklichem antifaschistischem Kampf herzlich wenig, mit Propaganda für die kapitalistische Legalität und den imperialistischen Staat des österreichischen Monopolkapitals dagegen sehr viel zu tun. Es drückt sich darin zugleich eine unglaubliche Bagatellisierung der faschistischen Kräfte aus.

Sofern sich der bürgerliche Staat genötigt sieht, diese oder jene faschistische Gruppe zu "verbieten", so kann das im wesentlichen aus zwei Gründen geschehen. Erstens, weil das Auftreten einer oder mehrerer solcher Organisationen der herrschenden Klasse momentan nicht in den Kram paßt, zuviel "Wirbel" verursacht, keinesfalls aber aus Liebe zur "reinen Demokratie". Zweitens, weil der Druck der antifaschistisch gesonnenen Volksmassen so groß ist,

WER IST EIN "FASCHIST" ?

0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0=0

In dieser Frage betreiben die politischen Vertreter der Bourgeoisie die reinste "Umwertung aller Werte". So schmähte der Innenminister der letzten Kreisky-Regierung, Lanc, all jene, die in der "demokratischen" Republik Österreich revolutionäre Gewalt befürworten als "faschistoid". FPÖ-Steger denunzierte gar jegliche Kritik an der beabsichtigten Bestellung von SS-Peter zum 3.Nationalratspräsidenten frech als Ausdruck von "neofaschistischen Grundhaltungen". Während die politischen Demagogen der Bourgeoisie ganz nach Belieben alles als "faschistisch" bezeichnen können, wenn es links ist oder ihnen auch nur als links erscheint, sieht es umgekehrt anders aus. So verbot ein "unabhängiges Gericht" unter der SPÖ-Regierung, Bomben-Burger als Faschisten zu bezeichnen, wie das 1974 in einem Gerichtsurteil gegen die RF der MLPÖ geschehen ist. Erst recht versteht sich im bürgerlichen Österreich, daß ein SS-Peter als "aufrichtiger Demokrat" angesehen werden müsse. Ergänzt wird diese bürgerliche Demagogie durch die Hetze der Revisionisten, welche die Marxisten-Leninisten als "Provokateure im Dienst der Reaktion" verleumden.

Weiters wird diese schamlose Heuchelei noch durch den Umstand gesteigert, daß sich die Faschisten und Reaktionäre zum Teil selbst als "Antifaschisten" aufspielen und ihnen das auch "amtlich" bescheinigt wird. Z.B. betrachtete das Gericht, das es der MLPÖ verbot, den Südtirol-Bomber Burger als Faschisten zu bezeichnen, dessen Bombenattentat auf das Kraftwerk bei Weitbruck, zu dem sich Burger bekennt, als Indiz für die antifaschistische Haltung Burgers, weil dabei auch ein altes Mussolini-Denkmal zerstört wurde!

Die Antifaschisten und Revolutionäre dürfen dieses reaktionäre Spiel mit dem Begriff "Faschismus", der im Bewußtsein der fortschrittlichen Arbeiter als Synonym für ein grausames Terrorregime gegen die arbeitenden Massen steht, nicht zulassen und müssen die damit verbundenen konterrevolutionären Zielsetzungen entlarven !

daß zur Beschwichtigung der Massen Verbotsmaßnahmen durchgeführt werden.

Völlig falsch ist in jedem Fall jedoch die Behauptung, ein Verbot von NDP und ANR würde die "politische Formierung" des Faschismus "beträchtlich erschweren". Bekanntlich war die NSDAP in Österreich vor 1938 ebenfalls längere Zeit verboten. Das hat die "politische Formierung" der Nazi-Partei als 5.Kolonne des Hitlerfaschismus aber kaum beeinträchtigt und sogar deren Erstarken nicht verhindert. Auch das kürzliche "Verbot" der "Babenberger" hat die Entwicklung dieser faschistischen Organisation nicht unterbunden, sondern lediglich dazu geführt, daß diese Kräfte einen kleinen Formwechsel vorgenommen haben und sich jetzt unter einem anderen Firmenschild sammeln.

Das alles findet seine Erklärung in der von den Revisionisten vertuschten Tatsache, daß die herrschende Klasse in Wahrheit gar kein Interesse an einer wirklich effektiven Unterdrückung der faschistischen Banden hat, weil die Bestrebungen und Ziele dieser Banden und der herrschenden Staatsmacht des Finanzkapitals nicht entgegengesetzt sind, sondern den gleichen Klassencharakter haben.

Als einen "Teilbereich des antifaschistischen Kampfs" gar die "staatliche Repression" zu bezeichnen, heißt wahrhaftig zu den ärgsten Farbverkehrern zu gehören.

Tatsächlich zeigt doch jede Erfahrung im antifaschistischen Kampf, daß der bürgerliche Staatsapparat in einer Front mit den Faschisten steht und sich die staatliche Repression faktisch immer gegen die Antifaschisten richtet !

Gleiches gilt für die Anwendung der bestehenden Gesetze, der Verbotsbestimmungen usw. Die bürgerliche Klassenjustiz behandelt die Faschisten mit größter Milde, sofern sie überhaupt irgendetwas unternimmt, während sie gegen Antifaschisten mit "gebotener Härte" vorgeht.

Im übrigen darf man eine "konsequente" Anwendung der Verbotsbestimmungen auch nur in einem Fall erwarten: dann nämlich, wenn es gegen l i n k s geht. Diese vielbeschworenen Gesetze lassen sich von den "Interpreten" der Klassenjustiz mit Leichtigkeit gegen revolutionäre Organisationen wenden. Zum Beispiel heißt es im Artikel 9, Absatz 2, des Staatsvertrags, Österreich sei verpflichtet, "auch alle anderen Organisationen" aufzulösen, "welche irgendeine den Vereinten Nationen feindliche Tätigkeit entfalten oder welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt sind". Es dürfte der Klassenjustiz der Bourgeoisie nicht schwer fallen, die herrschende Klasse mit der ganzen "Bevölkerung" zu verwechseln und die Propaganda für die Diktatur des Proletariats als "Bestrebung" zur Beraubung der "demokratischen Rechte" zu denunzieren !

Mit ihrer ganzen "Verbots"-Propaganda leiten die Revisionisten und Trotzkisten Wasser auf die Mühlen der herrschenden Klasse, verklären sie den bürgerlichen Staatsapparat als außerhalb und über dem Klassenkampf stehenden "Ordnungsfaktor", ja sogar als eine aktuell oder potentiell "antifaschistische Kraft" und betreiben damit den größten Betrug, den man sich überhaupt vorstellen kann - ganz abgesehen davon, daß von einem neuen "Verbotsgesetz" heute schon klar ist, daß es sich nicht ausdrücklich und ausschließlich gegen Faschisten, sondern gegen sogenannte "Extremisten von links und rechts" richten würde.

Selbstverständlich ist es nicht Sache der Marxisten-Leninisten, sich für die "Legalität" faschistischer Terrortrupps auszusprechen. Deshalb werden wir dem imperialistischen Staat aber auf keinen Fall Beifall klatschen, falls aus diesem oder jenem Be-

weggrund etwa die NDP oder die ANR verboten werden sollte, was absehbar sowieso äußerst unwahrscheinlich ist. Auf jeden Fall müssen wir die mit einem solchen "Verbot" verbundene Demagogie der Bourgeoisie und der Revisionisten entlarven und aufzeigen, daß ein solches Verbot gerade auch als eine gefährliche Beruhigungspille wirken soll, während die Faschisierung des bürgerlichen Staates und auch die Entwicklung der faschistischen Banden tatsächlich vorwärtsmarschiert.

DEN REVISIONISTISCHEN SCHWINDEL VON DEN ANGEBLICHEN "ANTIFASCHISTISCHEN GRUNDLAGEN" DER HEUTIGEN BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH ENTLARVEN !

Die KPÖ-Revisionisten und die anderen reformistischen Scharlatane verbinden ihre parlamentarisch-kretinistische "Verbots"-Losung mit einer Verherrlichung der gegenwärtigen bürgerlichen Verfassung Österreichs. So fordert die KPÖ "Maßnahmen gegen Kernorganisationen der Neonazis, vor allem NDP und ANR, gegen Kandidaturen von Auffangorganisationen entsprechend den Bestimmungen der Verfassung" (Aufruf zur Demonstration am 13.4.1983 in Wien). Die KPÖ erblickt darin die angeblichen "antifaschistischen Grundlagen der Zweiten Republik" und weist als Perspektive, sich dafür einzusetzen, "daß die Bestimmungen der Verfassung Wirklichkeit werden" ("Volksstimme" vom 15.5. 1983).

Auch das ist nichts als eine Beschönigung der kapitalistischen Wirklichkeit und des in Österreich bestehenden imperialistischen Klassenstaates. Lenin hat über das Wesen einer jeden Verfassung gesagt:

> "Eine Verfassung ist fiktiv, sobald Gesetz und Wirklichkeit auseinanderklaffen, sie ist nicht fiktiv, sobald sie übereinstimmen." (Lenin, Wie die Sozialrevolutionäre aus der Revolution Bilanz ziehen und wie die Revolution den Sozialrevolutionären Bilanz zog, LW 15, S.334/335, 1909)

Solche "Verfassungsbestimmungen" wie das Verfassungsgesetz vom 8.Mai 1945 über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz), das Bundesverfassungsgesetz vom 6.Februar 1947 über die Behandlung der Nationalsozialisten (Nationalsozialistengesetz) sind unmittelbar in der Zeit nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus entstanden. Damals, unmittelbar nach dem 2.Weltkrieg, haben im Grunde gute Bedingungen bestanden, durch einen entschiedenen Massenkampf für die reale Liquidierung der Überreste des Hitlerfaschismus zu sorgen und dann wären diese Gesetze keine "fiktiven" geblieben. Damals stand noch die Rote Armee der Stalinschen Sowjetunion in Österreich und die Bourgeoisie saß zunächst noch keineswegs so fest im Sattel, konnte noch nicht nach Belieben über bewaffnete Formationen verfügen, usw.

Doch diese günstige Möglichkeit wurde nicht wirklich realisiert. Dieser Kampf, der bei einer korrekten Führung die Positionen des Proletariats für die schließliche Inangriffnahme der proletarischen Revolution erheblich begünstigt hätte, wurde viel zu wenig entfaltet und zeitigte nur geringe und vorübergehende Ergebnisse. Daß dies so war, lag nicht nur an der verräterischen Rolle der SPÖ-Führung, sondern liegt auch in der Verantwortung der KPÖ, die nach 1945 jedenfalls eine revisionistische Linie verfolgt hat.

So hielt die reaktionäre Bourgeoisie Österreichs schon bald wieder die entscheidenden Hebel der

Fortsetzung auf S.38

"OTTO" UND "ZITA" - MONARCHISMUS UND REVANCHISMUS !

Genau wie die antinazistischen Gesetze haben die Herrschenden Österreichs auch die Anti-Habsburg-Gesetze schon längst in einen Fetzen Papier verwandelt. Mittlerweile legt das bürgerliche, "republikanische" und "demokratische" Österreich den Habsburgern bei ihren reaktionären Umtrieben auch nicht mehr das kleinste Hindernis in den Weg. Im Gegenteil, gerade unter der SPÖ-Regierung wurde kein Aufwand gescheut, um diese verfaulten Kreaturen zu hofieren und ihnen die höchsten Referenzen zu erweisen. Bundespräsident Kirchschläger übernahm letztes Jahr persönlich die "Schirmherrschaft" über einen "paneuropäischen" Kongreß in Wien, dessen Hauptredner der Habsburger war. Im Stefansdom wurde eigens eine Messe für die "zurückgekehrte Kaiserin Zita" gelesen, in deren Anschluß auf dem Stefansplatz "Hoch Habsburg"-Rufe erschollen. In der stockreaktionären "Kronenzeitung" erschien eine ganze Serie, in der "Zita" die "Wahrheit" über die Habsburgermonarchie verdrehen durfte. In den gedruckten Einladungen für einen Empfang von "Zita" in Tirol, bei dem Landeshauptmann Wallnöfer und andere "hohe" Politiker zugegen waren, lautete die Anrede für die alte Reaktionärin gar: "Ihre Majestät, die Kaiserin von Österreich" !

Ganz gewiß heißt das alles nicht, daß in Österreich aktuell die Gefahr der Restauration der verfluchten Habsburger-Monarchie, dieses finsteren Völkergefängnisses, droht: Genauso wie es falsch wäre, den Kampf gegen die "Neonazis" zur Hauptfront der politischen Auseinandersetzung zu machen, so falsch wäre es, sich durch Geplänkel um die "Habsburgerfrage" von politisch Wichtigerem ablenken zu lassen.

Vorrangig geht es bei dem Ganzen aber sowieso nicht darum, daß die Habsburger heute in Österreich ohne Einschränkungen reaktionäre Loblieder auf die "guten alten Zeiten" unter ihrer Monarchie anstimmen können. Der Habsburger sieht heute seine hauptsächliche "Mission" darin, Hetzpropaganda für ein "Vereintes Europa" unter "großdeutscher" Vorherrschaft, für eine imperialistische "Neugestaltung" Europas unter der Knute der westdeutschen Revanchisten zu betreiben.

Anläßlich des revanchistischen "Sudetendeutschen Tages" in Wien 1983, an dem die SPÖ-"Arbeiterzeitung" keinerlei Revanchismus entdecken konnte (siehe "AZ" vom 24.5.1983), stellte die großkapitalistische "Presse" in ihrer Ausgabe vom 21./ 22./ 23.Mai 1983 dem Habsburger gleich eine ganze Seite zur Verfügung. Darin geifert der faschistoide "Otto", daß in Europa alles im "Gleichgewicht" gewesen sei, solange es ein starkes deutsches "Reich" gegeben habe, "solange Österreich im Deutschen Bund war". Das Unglück habe begonnen, als Österreich "aus Deutschland hinausgedrängt wurde", denn "ein Flugzeug kann nicht mit einem Flügel fliegen". Heute bestünden in Europa "künstliche Grenzen", die allerdings nicht "von Dauer" seien: "früher oder später werden sie verschoben". Mit einer großdeutsch-österreichischen "Wiedervereinigung" will sich der Habsburger allerdings nicht begnügen. Für ihn ist auch die "EG" nur "der Ausgangspunkt", er wendet seinen "Blick auf eine kontinentale Wiedervereinigung", die Europa "wieder unter das Recht stellt".

Man würde einen Fehler machen, das alles einfach als wirklichkeitsfremde Wunschträume eines "Ewiggestrigen" abzutun. Dafür stellt ein Kapitalistenblatt wie die "Presse" seine Seiten kaum zur Verfügung. Diese großmachtchauvinistische, kriegshetzerische Propaganda stützt sich auf die reale Existenz des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, der als drittstärkste imperialistische Großmacht der Welt mit allen Mitteln seine alten Vorherrschaftsziele in Europa und auf der ganzen Welt verfolgt. Wenn der verfluchte Habsburger, der im Auftrage der westdeutschen Imperialisten in Straßburg im "Europa-Parlament" sitzt, betont, es sei durchaus "nicht 'unrealistisch'" anzunehmen, "für Europa könnten einmal bessere Zeiten anbrechen", so signalisiert das tatsächlich, wie groß die Gefahr ist, die vom westdeutschen Imperialismus für die Völker Europas und der Welt ausgeht. Diese "besseren Zeiten" für die Imperialisten bedeuten für die Völker allerdings nichts anderes als imperialistischer Krieg zur Neuaufteilung der Einflußsphären, zur "Verschiebung der Grenzen", sie bedeuten verschärfte imperialistische Versklavung. Für Österreich halten die westdeutschen Imperialisten dabei einen neuerlichen "Anschluß" bereit, auf den sie heute bereits hinarbeiten.

Österreich spielt in diesen gefährlichen imperialistischen Machinationen keineswegs einfach die Rolle eines unschuldigen "Opfers". Die österreichischen Imperialisten sind aktiv an den verschiedenen reaktionären Komplotten und Schachereien beteiligt, um ihre e i g e n e n Ausbeuterpositionen zu stärken.

Für die österreichische Arbeiterklasse und die werktätigen Massen unseres Landes bedeutet das vor allem die Notwendigkeit, einen unversöhnlichen Klassenkampf gegen die "eigene" imperialistische Bourgeoisie und die "eigene" Regierung zu führen, denn die in Österreich herrschende Ausbeuterklasse ist es, die dem arbeitenden Volk im Nacken sitzt und auch die Hauptverantwortung für eine Entwicklung in unserem Land trägt, die wieder auf Faschismus und Krieg zutreibt.

Macht in ihren Händen und schritt zügig beim Wiederaufbau ihres kapitalistischen Ausbeutungssystems voran. Und nicht nur das. In kürzester Zeit waren die allermeisten der mehr als 660.000 eingeschriebenen österreichischen NSDAP-Mitglieder von der "neuen" Demokratie aufgesaugt worden, verwandelten sich in SPÖ und ÖVP, die sie mit offenen Armen aufnahmen und geradezu umbuhlten, im Handumdrehen in "aufrichtige Demokraten" und rückten in vielen Fällen schon bald wieder in entscheidende Positionen des bürgerlichen Staatsapparates, seiner Polizei, Armee, Justiz usw. und auch der Regierung, darunter besonders der SPÖ-Regierung nach 1970. Die österreichischen Imperialisten konnten und wollten und wollen auch weiterhin keinesfalls darauf verzichten, die Erfahrungen der alten faschistischen Kader, der alten faschistischen Staatsorgane beim "Neuaufbau" ihrer kapitalistischen Ausbeuterordnung zu verwerten. SS-Peter ist in dieser Hinsicht nur ein besonders markantes Beispiel !

Darüber hinaus entstanden bereits in den ersten Nachkriegsjahren, zunächst noch verdeckt, dann immer offener und frecher auftretend, zahllose direkt nazistische Organisationen, darunter speziell Bomben-Burgers NDP, ganz zu schweigen vom Vorläufer der FPÖ, dem neofaschistischen VdU, dessen Gründung und Formierung unter intensiver und direkter Hilfe der SPÖ-Führung erfolgte.

Mit alledem hat sich die bürgerlich-demokratische Republik Österreichs über ihre eigenen antinazistischen Gesetze hinweggesetzt. Dazu bedienten sich die entsprechenden Justizbehörden des simplen Tricks, daß alles, was sich nicht selbst offen als nationalsozialistisch deklariere, es demzufolge auch nicht sei.

Bezeichnenderweise wurde gerade mit dem Regierungsantritt der SPÖ-Alleinregierung im Jahre 1970 selbst den letzten antinazistischen Alibiaktionen der bürgerlichen Justiz Österreichs noch der Rest gegeben:

> "Noch 1970 liefen bei den Gerichten mehrere 100 Verfahren wegen NS-Verbrechen. Sie wurden 1971/72 großteils eingestellt. Von acht Anklageerhebungen gab es sechs Freisprüche, darunter für Leute, die an den Gaskammern mitgebaut hatten. Seit 1975 gab es in Österreich kein Verfahren mehr wegen NS-Verbrechen." ("Profil" 20/83, S.19)

Was sollte man auch die einen "ehemaligen" Nazis einsperren, wenn die anderen in die Regierung geholt wurden und Kreisky sich so blendend mit SS-Peter verstand ?!

Heute, da die imperialistische Bourgeoisie schon längst unumschränkt ihre Macht ausübt und ihre konterrevolutionären Ambitionen nach allen Richtungen entfaltet, sind die von den KPÖ-Revisionisten beschworenen "Verfassungsbestimmungen" eben "fiktive" Floskeln, bloßes Papier. Die ständige Berufung der Revisionisten auf die "antifaschistischen Grundlagen" und "Verfassungsbestimmungen" ist somit ein reaktionärer Betrug an den Massen.

GEGEN DEN "ANTIFASCHISTISCHEN" LEGALISMUS DEN KONSEQUENTEN ANTIFASCHISTISCHEN MASSENKAMPF PROPAGIEREN UND ORGANISIEREN !

Die reformistische und revisionistische Propaganda und Politik erweist sich auch im antifaschistischen Kampf als größtes Übel, weil sie nur einen "Kampf" akzeptieren, der sich in dem von der herrschenden Klasse gesetzten, von ihr geduldeten, für sie ungefährlichen Rahmen bewegt. Dagegen gilt es jegliche Illusionen zu zerstören, daß die antifaschistischen Kämpfe - ebenso wie die antimilitaristischen und alle anderen demokratischen Kämpfe - "gesittet", im Rahmen der "bürgerlichen Demokratie", der "Verfassung" usw. gehalten werden müßten. Die gesamte internationale Erfahrung des Kampfes gegen den Faschismus und Imperialismus zeigt, daß das Proletariat und die werktätigen Massen das Vertrauen in die bürgerliche "Rechtsordnung", in die bürgerliche "Legalität" stets teuer bezahlen mußten und daß umgekehrt jeder wirklich effektive antifaschistische Kampf nur ein militanter Massenkampf sein kann, der sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränkt, sondern diesen Rahmen zerbricht. Die österreichische Bourgeoisie selbst hat in der Ersten Republik bereits bewiesen, daß sie sich einen Dreck um ihre e i g e n e Legalität schert und diese Legalität bei Bedarf ungeniert über Bord wirft, um mit faschistischem Terror ihre reaktionäre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Warum soll sich dann das Proletariat, warum sollen sich dann die kämpfenden Massen an eine "Legalität" ketten, die für sie tatsächlich eine F a l l e ist ?!

Gemäß dem Motto "aufklären und verbieten" die Geschicke des antifaschistischen Kampfes den Organen des kapitalistischen Klassenstaates anzuvertrauen, an den sich faschisierenden Staatsapparat zu appellieren, doch "Zusammenstöße" zu verhüten, es zu keinen "Wirbeln" und "Schlägereien" kommen zu lassen, die bürgerlich-demokratische "Ruhe und Ordnung" zu schützen, heißt die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen direkt ihrem Klassengegner auszuliefern, die Sache des antifaschistischen Kampfes zu verraten und zu verkaufen. Denn auch im antifaschistischen Kampf stellt die Frage des Staatsapparates das Grundproblem dar und droht den Arbeitern und Bauern von hier die größte Gefahr. Das hat schon das Jahr 1934 gezeigt.

Deshalb müssen die Antifaschisten und Revolutionäre nicht nur gegen die faschistischen Stoßtrupps, sondern vor allem auch gegen den imperialistischen Staat in die Kampfkraft der Arbeiterklasse selbst vertrauen und die kämpferische antifaschistische Aktion der Massen organisieren. Gegen die reformistische und legalistische Abwiegelei hat volle Gültigkeit, was die vor 50 Jahren verstorbene Klara Zetkin sagte:

> "Selbstschutz der Proletarier, lautet das Gebot der Stunde. Wir dürfen den Faschismus nicht nach dem Muster der Reformisten in Italien bekämpfen, die ihn anflehten: 'Tu mir nichts, ich tue dir auch nichts !' Nein ! Gewalt gegen Gewalt ! Nicht etwa Gewalt als individueller Terror - das bliebe erfolglos. Aber Gewalt als die Macht des revolutionären organisierten proletarischen Klassenkampfes." (Klara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus, Bericht auf dem erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern, 1923, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd.2, S.727)

Damit die Marxisten-Leninisten unter allen Bedingungen im Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals ihren politischen Aufgaben gerecht werden können, müssen sie selbst die entsprechenden Schlußfolgerungen aus der Erkenntnis des verlogenen Charakters der bürgerlichen "Legalität" ziehen. Hochaktuell sind in dieser Hinsicht die Worte Lenins, der sagte:

- "Für alle Länder, sogar für die freiesten, 'legalsten' und 'friedlichsten' in dem Sinne, daß sich dort der Klassenkampf weniger scharf äußert, ist die Zeit gekommen, daß die systematische Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, von legaler und illegaler Organisation für jede kommunistische Partei eine unbedingte Notwendigkeit ist. Denn auch in den aufge-

klärtesten und freiesten Ländern mit der 'stabilsten' bürgerlich-demokratischen Ordnung nehmen die Regierungen entgegen ihren verlogenen und heuchlerischen Erklärungen bereits systematisch ihre Zuflucht zur Aufstellung von geheimen Listen der Kommunisten, zu endlosen Verletzungen ihrer eigenen Verfassung, um die Weißgardisten und die Ermordung von Kommunisten in allen Ländern halboffiziell oder insgeheim zu unterstützen, zur geheimen Vorbereitung von Verhaftungen der Kommunisten, zur Einschleusung von Provokateuren in die Reihen der Kommunisten usw. usf. Nur reaktionärstes Spießertum, in wie schöne 'demokratische' und pazifistische Phrasen es sich auch hüllen mag, kann diese Tatsache oder die unerläßliche Schlußfolgerung daraus bestreiten, daß alle legalen kommunistischen Parteien unverzüglich illegale Organisationen schaffen müssen, um systematisch illegale Arbeit zu leisten und sich gründlich auf den Augenblick vorzubereiten, in dem die Verfolgungen durch die Bourgeoisie einsetzen." (Lenin, Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale, LW 31, S.183, 1920)

IV.

REFORMISTEN UND REVISIONISTEN - WEGBEREITER DES FASCHISMUS !

Ein besonders tiefverwurzeltes, verhängnisvolles Vorurteil besteht in der falschen Annahme, daß sich alle "linken Kräfte" zumindest gegen den Faschismus doch "einig" wären und es deshalb keinen Hinderungsgrund gebe, sich "im Kampf gegen den Faschismus" mit Krethi und Plethi, mit SPÖ, Revisionisten, Trotzkisten usw. zusammenzuschließen. Eine solche Annahme basiert auf fatalem Unverständnis alles Wesentlichen und Entscheidenden. Nicht alles, was sich als "fortschrittlich" und "links" vorstellt, ist es auch wirklich und was sich vielfach in Worten als "antifaschistisch" aufspielt, bereitet in Taten dem Faschismus den Weg. Das zeigt auch die gesamte geschichtliche Erfahrung des Kampfes gegen den Faschismus.

Die Erfahrungen des Siegs des Faschismus in Deutschland, Italien und Österreich bestätigten voll und ganz, was Stalin bereits 1924 feststellte:

"Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, die Kampforganisation der Bourgeoisie könnte ohne die aktive Unterstützung durch die Sozialdemokratie entscheidende Erfolge in den Kämpfen oder bei der Verwaltung des Landes erzielen. Ebensowenig liegt Grund zu der Annahme vor, die Sozialdemokratie könnte ohne die aktive Unterstützung durch die Kampforganisation der Bourgeoisie entscheidende Erfolge in den Kämpfen oder bei der Verwaltung des Landes erzielen. Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder." (Stalin, Zur Internationalen Lage, 1924, Stalin-Werke Bd.6, S.253)

Deshalb sagte Dimitroff bei der Analyse der Ursachen des Siegs des Faschismus in Deutschland, Italien, Polen, Österreich und auf dem Balkan auf dem VII.Weltkongreß der Komintern auch:

> "Der Faschismus konnte v o r a l l e m deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse dank der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, g e s p a l t e n war, p o l i t i s c h u n d o r g a n i s a t o r i s c h gegenüber der angreifenden Bourgeoisie e n t w a f f n e t war." (Dimitroff, Arbeiterklasse gegen den Faschismus, Nachdruck, Mannheim 1975, S.16, Sperrungen im Original)

DIE HEUTIGE SOZIALDEMOKRATIE - IMPERIALISTISCHER SACHWALTER DES ÖSTERREICHISCHEN MONOPOLKAPITALS, WEGBEREITER DES FASCHISMUS !

Die österreichische Sozialdemokratie unter Führung Otto Bauers, Renners und Konsorten hat das österreichische Proletariat nicht nur im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, nicht nur in der Revolution von 1918, sondern auch im Kampf gegen den Faschismus in der Ersten Republik schmählich verraten. Die österreichische Sozialdemokratie der Zweiten Republik hat auf dem Boden dieses Verrats eine noch reaktionärere Entwicklung genommen.

Die wesentliche Rolle der österreichischen Sozialdemokratie in der 1.österreichischen Republik bestand darin, sich an die Spitze der Arbeiterbewegung zu setzen, um diese Spitze abzubrechen. Nur insoferne war sie damals Teil der Arbeiterbewegung und betrieb als solcher Teil eine "Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie", wie Dimitroff sagte, die sie mit ziemlich viel Geschick "austromarxistisch" bemäntelte. Tatsächlich gab sie aber, wie Dimitroff unmittelbar in bezug auf Österreich feststellte, "ohne Widerstand eine Position der Arbeiterklasse nach der anderen auf" und ließ sogar am Vorabend und während der Februarkämpfe die heldenmütig ringenden sozialdemokratischen Schutzbündler "isoliert von den breiten Massen dastehen und verurteilte das österreichische Proletariat zur Niederlage" (ebenda, S.16/17).

In bezug auf die SPÖ der Zweiten Republik kann dagegen im Grunde schon nicht mehr von einer "Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie" gesprochen werden, denn die SPÖ der Kreiskys ist bereits direkt mit der herrschenden imperialistischen Bourgeoisie Österreichs verschmolzen, ihre Führung ist ein Teil dieser Monopolbourgeoisie selbst. Sie kann gar nicht mehr vor der Bourgeoisie kapitulieren, weil sie nach 1945 von vornherein als eine imperialistische Partei, nicht anders als die ÖVP, gegründet wurde. Daran ändert nichts, daß die SPÖ die führende Position in der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie, speziell den bürokratischen Gewerkschaftsapparaten, einnimmt. Völlig undenkbar wäre heute etwa, daß die Sozialdemokratie eine bewaffnete Organisation der Arbeiterklasse aufbaut, wie es damals der "Schutzbund" war, dessen besten Kräfte sich 1934 gegen die Faschisten - allerdings auch gegen den Willen der SP-Führung ! - zum Kampf erhoben !

Heute davon zu sprechen, daß die Sozialdemokratie vor der extremen Konterrevolution "kapituliert", hieße die tatsächliche Rolle der SPÖ ungeheuer zu be-

Fortsetzung auf S.43

DER 4.MÄRZ 1933 UND DIE DEMAGOGIE DES BRUNO KREISKY

Wie nicht anders zu erwarten, gestaltete sich das "Gedenken" der bürgerlichen Politiker anläßlich des 50.Jahrestages der Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß zu einer wahren Demonstration reaktionärer Demagogie. In der "Gedenksitzung" von Regierung und Parlament tönte Nationalratspräsident Benya, wenn einmal der "Ton" im Parlament sich nicht mehr von jenem der "Straße" unterscheide, dann sei es fast kein Wunder mehr, wenn sich die Austragung der Gegensätze auf die Straße verlagere. Der Zweite Nationalratspräsident, Minkowitsch, wußte zu berichten: "politische Gegnerschaft wurde zur persönlichen Feindschaft". Kreisky belehrte, daß die "Art der Auseinandersetzung" in der Politik eine "maßgebende Rolle" spiele, weil man vom "Faktor der Emotionalisierung" nicht absehen könne,und dergleichen Blödsinn mehr.

Auffallend war, daß Kreisky, am 4.März noch in seiner Funktion als Bundeskanzler, sogar die damalige reaktionäre Sozialdemokratie unter Führung Otto Bauers und Renners, die mit ihrer Politik der Begünstigung und Förderung der äußersten Reaktion dem Faschismus den Weg bereitet hatte, von noch weiter rechts angriff. Kreisky kritisierte, daß es Bauer damals abgelehnt hatte, eine gemeinsame Regierung mit dem vielfachen Arbeitermörder Seipel zu bilden. Bauer lehnte das seinerzeit selbstverständlich nicht aus edlen Motiven heraus ab, sondern um der Sozialdemokratie nicht allzu rasch jeglichen Kredit unter den Arbeitern zu verspielen. Für Kreisky ist die verräterische SPÖ damals jedoch noch nicht weit genug gegangen und er orakelt: "angesichts der Machtergreifung des Nationalsozialismus hätte eine solche Zusammenarbeit unter Umständen doch historischen Erfolg haben können."

Ganz unüberhörbar war das ein in geschichtliches Gewand verkleideter Wink für die Nationalratswahlen im April 1983. Kreisky wollte damit der sich anbahnenden Koalition zwischen der SPÖ und der FPÖ eine "große historische Legitimität" andichten. So wie es damals angesichts der Gefahr des Hitlerfaschismus "besser" gewesen sei, mit Seipel zu packeln, so sei es heute "besser",mit SS-Peters FPÖ eine Koalition zu bilden, damit nicht die ÖVP an die Regierung kommt oder ÖVP und FPÖ einen "Bürgerblock" bilden. So glaubt Kreisky auch die reaktionärsten Manöver des Finanzkapitals mit dem Schmäh des "kleineren Übels" als geschichtsträchtige "Klugheit" verkaufen zu können. Es wurde nicht hemmungslos genug mit der Konterrevolution kollaboriert - das ist die erste "Lehre" Kreiskys aus der Entwicklung, die zum 4 März 1933 führte

Als eine zweite "Lehre" präsentiert Kreisky, daß die "Konsensbereitschaft" immer wieder unter Beweis gestellt werden müsse: "Wir sind lebende Zeugen dafür, wie sehr die Ruhe, in der wir zum Beispiel die Verteilungskämpfe der Sozialpartnerschaft führen, positiv für alle Beteiligten war." Oh ja, "positiv" ist diese "Ruhe" für die Kapitalisten, für die Herren des "Agrarbusiness", die Gewerkschaftsbonzen und den bürgerlichen Staat, weil sie es ihnen erlaubt, ungestört hinter verschlossenen Türen die "Verteilung" dessen auszuschachern, was sie gemeinsam aus den Arbeitern und werktätigen Bauern herauspressen.

Das Lob der "Ruhe" ist zugleich eine deutliche Drohung an die Adresse der arbeitenden Massen: Wenn ihr nicht mehr still haltet, wenn ihr nicht genug "Konsensbereitschaft" an den Tag legt, dann wird es auch ergehen wie 1933, dann kommt der Faschismus als Strafe !

Das genau ist die "Logik" der Herrschaft der Bourgeoisie, die alles zu ihren Gunsten auf den Kopf stellt. Die Erfahrungen des Proletariats dagegen beweisen, daß die Herrschenden wirklich nur einen "Ton", eine "Art der Auseinandersetzung" verstehen: die Sprache des unversöhnlichen Klassenkampfes, der proletarischen Klassensolidarität. Das Übel bestand noch nie darin, daß dieser Kampf "zu viel" geführt wurde. Als verhängnisvoll erwies sich immer, wenn dieser Kampf nicht energisch und konsequent genug geführt wurde !

Für jeden klassenbewußten Arbeiter kann es dagegen nur eine Lehre aus dem 4.März 1933 geben: Sich durch niemanden und nichts davon abhalten lassen, um mit größter Konsequenz wieder auf dem bewährten Weg der revolutionären Arbeiterbewegung voranzuschreiten, auf dem Weg, der von den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin beleuchtet wird !

schönigen. Denn die Kreisky gehörten und gehören seit Bestehen der Zweiten Republik zu den aktivsten Förderern der äußersten Rechten, der Faschisten und Monarchisten. Seit 1945 haben die SPÖ-Führer nichts unterlassen, um alle möglichen Spielarten der Konterrevolution hochzupäppeln.

DIE MODERNEN REVISIONISTEN ENTWAFFNEN DAS PROLETARIAT UND BEREITEN EBENFALLS DEM FASCHISMUS DEN WEG !

Nicht wenige Merkmale des seinerzeitigen, "links" redenden und rechts handelnden "Austromarxismus" treffen heute auf die KPÖ-Revisionisten zu, die sich zwar als "äußerste linke" vorstellen aber mit ihrem Bekenntnis zur bürgerlichen "Gesetzlichkeit" und der Propaganda des parlamentarischen Kretinismus ebenfalls das Proletariat entwaffnen. Im besonderen gilt das für ihre verbrecherische Propaganda für den "friedlichen Weg zum Sozialismus".

In der Tat muß man sich fragen, warum eigentlich die KPÖ-Revisionisten sosehr Reklame machen für das "Demokratieverständnis" der Gründer der Zweiten Republik, warum sie selbst Teile der ÖVP zum "antifaschistischen Lager" rechnen, warum sie solche Lobeshymnen auf die kapitalistische Verfassung Österreichs anstimmen. Sie tun das, weil sie gemeinsam mit diesen Kräften, auf dem Boden der bürgerlichen Verfassung und mittels der bürgerlichen Demokratie in den Sozialismus hineinzuspazieren versprechen bzw. den werktätigen Massen weiszumachen versuchen, daß dies möglich sei. Ihrem "Programm" gemäß

> "strebt die KPÖ einen Übergang zum Sozialismus in Form eines Mehrparteiensystems an... Es kommt darauf an, alle Kräfte, Gruppen, Parteien, Klassen, die innerhalb des Landes wirken, in Rechnung zu stellen und die Politik keineswegs nur aufgrund der Wünsche und Auffassungen, des Grads der Kampfbereitschaft und des Klassenbewußtseins bloß einer Gruppe oder Partei zu bestimmen." ("Sozialismus in Österreichs Farben - Programm der KPÖ", S.53/54)

Das Proletariat soll also gemeinsam mit den Kapitalisten und deren reaktionären Parteien, zumindest wesentlichen Teilen von ihnen, einen Weg zum "Sozialismus" finden. Versteht sich, daß man dann auf gar keinen Fall diesen Kapitalisten zu nahe treten oder gar Gewalt gegen sie ausüben darf, immer das "Gemeinsame" betonen, suchen und finden muß - und das sei angeblich das gemeinsame, antifaschistische "Demokratieverständnis". Das ist offener Verrat an der proletarischen Revolution, ein unverschämtes Bekenntnis zur Klassenkollaboration. Auf diesem "Weg" kann das Proletariat nur wieder zur Schlachtbank geführt werden. Für die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen kann dieser "friedliche Weg" nur wieder in einem Blutbad, im Faschismus enden. Genosse Dimitroff sagte gegen dergleichen Verrätereien im Jahre 1934:

> "Wo dieser 'friedliche Weg' eingeschlagen wurde, dieser scheinbar billigere Weg, der scheinbar weniger Opfer, Blut und Leiden kostete, dort regieren heute die Herren Dollfuß und Fey, Hitler und Göring." (Gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie, Ausgewählte Schriften, Bd.2, S.469)

Man darf den Revisionisten ihr "demokratisches" Geschwätz ebensowenig glauben wie den anderen bürgerlichen Parteien das ihre. Den KPÖ-Revisionisten geht es um nichts weniger als um den "demokratischen Weg zum Sozialismus". Das gaukeln sie nur den Massen vor. Sie verfolgen in Wahrheit

das "Programm" ihres "Hineinwachsens" in den bürgerlichen Staat. Ihr Traum sind nicht nur einige Abgeordneten-Sessel im Nationalrat, sondern womöglich auch einige Ministersessel in einer "Koalitionsregierung" mit den Mock, Sinowatz, Steger usw. Sie wollen in den Mitgenuß der Macht im kapitalistischen Staate mit all den verlockenden Privilegien kommen und werden auch vor den ärgsten Verrätereien und Gaunereien nicht zurückschrecken, um dorthin zu gelangen. Dabei werden sie auch nicht vor der Anwendung sozialfaschistischen Terrors haltmachen, wie das ihre Gesinnungsbrüder in Frankreich, erst recht aber in den revisionistischen Ländern schon tun.

Die KPÖ-Revisionisten spielen ihre reaktionäre und konterrevolutionäre Rolle nicht nur im Interesse der österreichischen Imperialisten, ihnen kommt gleichzeitig die Rolle einer politischen Agentur der russischen Sozialimperialisten zu, welche sie den Arbeitern als "natürlichen Verbündeten" und als "gutwilligen" Friedensengel anpreisen. Gerade die glühende Verteidigung der faschistischen Verbrechen der neuen Zaren in Afghanistan durch die KPÖ-Revisionisten zeigt deutlich, was vom "Antifaschismus" und vom "Demokratieverständnis" dieser reaktionären Elemente zu halten ist.

DER UNVERSÖHNLICHE KAMPF GEGEN OPPORTUNISMUS UND REVISIONISMUS - UNABDINGBARE VORAUSSETZUNG DES SIEGREICHEN KAMPFES GEGEN IMPERIALISMUS UND FASCHISMUS !

Will man verhindern, daß die Entwicklung beim Faschismus e n d e t, so muß man mit einem entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus b e g i n n e n. Ein Revolutionär und Marxist-Leninist sein zu wollen und das nicht zu begreifen und nicht dementsprechend zu handeln, heißt gar nichts verstanden zu haben und selbst in die Rolle eines Opportunisten herabzusinken.

Der Kampf gegen den Opportunismus ist eine Vorbedingung des Kampfes gegen die Bourgeoisie und damit auch gegen den Faschismus. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß "erst" der Kampf gegen den Opportunismus geführt werden muß, um dann, "später", gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus, zu kämpfen. Es bedeutet, daß der Kampf gegen den Imperialismus, wenn er nicht untrennbar mit dem Kampf gegen den Opportunismus verbunden ist, eine hohle Phrase ist, denn der Opportunismus, und heute besonders der moderne Revisionismus, ist das Haupthindernis, um die Arbeiterklasse in den unversöhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Deshalb sagte Lenin auch:

- "Der Opportunismus ist unser Hauptfeind... Die Praxis hat bewiesen, daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeoisie selbst. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten." (Lenin, Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale, 1920, LW 31, S.219)

Daraus wird ersichtlich, daß nur beschränkte Köpfe oder Demagogen den Kampf gegen die Bourgeoisie und den Kampf gegen den Opportunismus einander gegenüberstellen können. Vielmehr gilt:

- Die Front des Kampfes gegen die Bourgeoisie und auch gegen den Faschismus wird umso kampffähiger und wirkungsvoller sein, je weniger sie den ideologischen Einflüssen bürgerlicher, opportunistischer und revisionistischer Elemente unterliegt und je stärker die ideologische, politische und organisatorische Führung von wirklich revolutionären Kräften, von Marxisten-Leninisten bestimmt wird.

V.

FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI, FÜR EINE REVOLUTIONÄRE ORIENTIERUNG DER MASSEN, FÜR DIE PROLETARISCHE REVOLUTION UND DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS !

DIE EINHEITSFRONT GEGEN DEN FASCHISMUS MUSS AUF EINER PRINZIPIENFESTEN GRUNDLAGE BERUHEN !

Folgt aus dem gesagten, daß man im Kampf gegen Faschisierung und Faschismus, im Kampf gegen den Imperialismus, die Massen nicht brauche, sondern sich auf eine revolutionäre Elite beschränken könne ? Natürlich nicht !

> Man darf die werktätigen, potentiell antifaschistischen Massen nicht mit jenen verwechseln, die sich als Führer dieser Massen vorstellen, sie aber irreführen und betrügen.

Diese wesentliche Erkenntnis des Marxismus-Leninismus lag auch der grundsätzlich richtigen, von der Kommunistischen Internationale verfolgten Linie und Politik der "Einheitsfront der Arbeiter gegen den Faschismus" und der "breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront" zugrunde.*

Ohne den Kampf gegen die verräterischen Führer der Sozialdemokratie abzuschwächen, kämpfte die Kommunistische Internationale beharrlich darum, gegen die Offensive des Kapitals und gegen den Faschismus die Einheitsfront der Arbeiter zu schmieden, alle wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräfte zusammenzufassen, indem sie die ausgebeuteten Massen, besonders das Proletariat, für korrekte Kampflosungen und Forderungen mobilisierte.

Die Taktik der proletarischen Einheitsfront, deren Kern die Einheitsfront "von unten" ist, zielte darauf ab, es den noch unter dem Einfluß der reaktionären Führer stehenden Arbeitern zu erleichtern, sich in die Front gegen die Bourgeoisie und gegen den Faschismus einzureihen, um sie anhand ihrer eigenen Erfahrungen von der Verderblichkeit der Haltung "ihrer" reaktionären Führer und von der Richtigkeit der Politik der Kommunistischen Partei zu überzeugen.

Unter bestimmten Voraussetzungen wurde die Einheitsfront "von unten" auch durch Spitzenangebote

---

* Es bleibt eine wichtige Aufgabe, die Erfahrungen des von der Kommunistischen Internationale geführten antifaschistischen Kampfes umfassend und kritisch auszuwerten, um im Kampf gegen Faschisierung und Faschismus maximal für die Bewältigung unserer heutigen Aufgaben daraus lernen zu können.

an die führenden Instanzen der reformistischen und reaktionären Sozialdemokratie ergänzt. Dies geschah keineswegs, weil sich die grundsätzliche Einschätzung von der verräterischen Rolle dieser Führer geändert hatte, sondern erfolgte allein im Interesse der Intensivierung des antifaschistischen M a s s e n - kampfes. Ernst Thälmann, der 1944 von den Faschisten ermordete Führer der KPD, formulierte unserer Meinung nach richtig die Voraussetzungen für solche Spitzenangebote an führende Instanzen der reformistischen Sozialdemokratie und der von ihr dominierten Führung der Gewerkschaften. Wir möchten die Ausführungen Thälmanns dazu ausführlich zitieren, weil sie eine gute Anwendung des Marxismus-Leninismus auf diese Frage sind und deutlich machen, daß es mit dem Kriterium der Freiheit der Agitation und Propaganda bei der Beurteilung einer solchen Frage allein nicht getan ist, sondern jeder politische Schritt der Kommunisten umfassend im Hinblick auf seine reale Wirkung im Klassenkampf erwogen und beurteilt werden muß. Thälmann sagte:

> "Erstens muß in den Massen die Mobilisierung für die Herstellung der gemeinsamen Kampffront bereits einen solchen Grad angenommen haben, daß ein Spitzenangebot von unserer Seite einen w i r k l i c h e n W i d e r h a l l unten bei den Anhängern der SPD oder der Mitgliedschaft der Organisationen des ADGB auslöst; zweitens muß durch die gegebenen konkreten Bedingungen die Sicherheit bestehen, daß unser Herantreten an die oberen Instanzen bei der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter und parteilosen Arbeiter den Willen zu s e l b s t ä n d i g e n S c h r i t t e n bei der Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus n i c h t abschwächt, n i c h t ihre



Stalin, Cachin, Dimitroff, Pieck auf dem Präsidium des 7.Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935

> Aktivität in ein gewisses Abwarten verwandelt, 'ob die da oben sich wohl einigen werden', sondern im Gegenteil die M a s s e n i n i t i a t i v e v o n u n t e n verstärkt. Diese beiden Gesichtspunkte sind naturgemäß nicht von einander zu trennen.
>
> Das Entscheidende ist stets, daß wir unten in den Massen die B a s i s f ü r A k t i o n e n, für wirkliche Kampfhandlungen, für den wirklichen Massenkampf schaffen." (Ernst Thälmann, Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus, 1932, in: Reden und Aufsätze 1930 - 1933, Bd. II, S.137/138, Sperrungen im Original)

Es dürfte für einen revolutionär eingestellten Menschen nicht schwer zu begreifen sein, daß unter unseren gegenwärtigen Bedingungen überhaupt nicht die erforderlichen Voraussetzungen dafür bestehen, daß die Marxisten-Leninisten im Kampf gegen den Faschismus Spitzenangebote an die Führungsebenen reformistischer Organisationen richten, wobei auch alle Unterschiede in der internationalen Lage und der Klassenkampfsituation in Österreich berücksichtigt werden müssen (siehe zu diesen Unterschieden RF 205, S.33).

Doch selbst die Möglichkeiten für die Anwendung der Taktik der Einheitsfront "von unten" sind heute praktisch minimal, selten und punktuell und nur in einem sehr eng begrenzten Rahmen gegeben. Das ergibt sich aus dem Kräfteverhältnis zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus. Das ergibt sich daraus, daß die Marxisten-Leninisten Österreichs sogar erst am Anfang der ersten Phase des Parteiaufbaus stehen, jener Phase des Parteiaufbaus also, in der die Partei eine gewisse "sich selbst genügende Kraft" (Stalin) ist, die Partei erst die Grundlagen ihrer Taktik ausarbeitet, die Taktik der Partei selbst aber notwendigerweise engbegrenzt ist (vgl. dazu Stalin-Werke 5, S.87 - 90).

Jene, die heute so großspurig von antifaschistischen "Einheitsfronten" sprechen und uns immer wieder kritisieren, wir würden alle möglichen "Bündnismöglichkeiten" übersehen und überhaupt ganz "sektiererisch" die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Kräften geringschätzen (was gar nicht wahr ist), ignorieren tatsächlich selbst die "Kleinigkeit", daß heute in Österreich noch keine kampferprobte starke kommunistische Partei besteht, die allein in der Lage wäre, eine breite antifaschistische Einheitsfront auf prinzipienfester Basis zu schmieden.

ALLE KRÄFTE AUF DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI KONZENTRIEREN !

Die Frage der Führung ist entscheidend. Dimitroff sagte dazu in bezug auf den Februar-Aufstand 1934 in Österreich:

> "Eure Sache in Österreich, euer bewaffneter Kampf gegen den Faschismus hätte zum Siege führen müssen, wenn euch nicht zwei kleine, vielmehr sehr große Dinge gefehlt hätten: eine bolschewistische Partei an eurer Spitze und eine revolutionäre Orientierung in den Massen ! Das zweite hängt vom ersten ab. Wenn an Stelle der österreichischen Sozialdemokratie eine große und starke bolschewistische Partei stünde, die das gesamte österreichische Proletariat zum entschlossenen bewaffneten Aufstand gegen die Bourgeoisie führen könnte - seid überzeugt: von Dollfuß und Fey würde nichts übrigbleiben als eine klägliche Erinnerung !" (Dimitroff, Gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie, in: Ausgewählte Schriften Bd.II, S.471)

Heute, da in Österreich aufgrund des Verrats der KPÖ-Revisionisten eine solche "große und starke bolschewistische Partei" noch nicht besteht, müssen alle Kräfte auf den Aufbau einer solchen proletarischen Vorhutspartei konzentriert werden. Das erfordert, die MLPÖ als Aufbau- und Entwicklungsform der Avantgarde der österreichischen Arbeiterklasse, ihrer organisierten, kämpferischen Vorausabteilung, ihres revolutionären Kampfstabs, weiterzuentwickeln und zu stärken.

Die Marxisten-Leninisten Österreichs dürfen sich durch keinerlei kurzfristige Taktiererei in diversen prinzipienlosen "antifaschistischen Aktionseinheiten" mit den Revisionisten, Trotzkisten und allen möglichen Opportunisten von der Erfüllung ihrer politischen Hauptaufgaben ablenken lassen.

Unser grundlegender taktischer Plan kann heute nur der unversöhnliche Kampf gegen den modernen Revisionismus, die Konzentration aller Kräfte auf den Aufbau einer echten kommunistischen Partei als dem wichtigsten Instrument des Proletariats im Kampf für die Diktatur des Proletariats sein.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß uns gegenwärtig die Tageskämpfe nicht interessieren. Es bedeutet auch keineswegs, daß wir dem Kampf gegen den Faschismus wenig Bedeutung beimessen. Es bedeutet lediglich, daß wir unser Eingreifen in diese Kämpfe dem Kampf für den Parteiaufbau unterordnen, daß wir die Möglichkeiten und Notwendigkeiten unseres praktischen politischen Handelns in strenger Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Parteiaufbaus bestimmen müssen.

Das gilt im besonderen für unser Herangehen an Aktionseinheiten im antifaschistischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Kampf. Diesbezüglich muß unsere konkrete Haltung stets bestimmt sein von den Kriterien und Prinzipien der Schaffung der Bewußtheit und Organisiertheit des Proletariats als Hegemon aller ausgebeuteten und unterdrückten Massen.

Das alles ergibt sich gebieterisch aus dem grundlegenden Ziel, für das wir kämpfen. Wir kämpfen nicht dafür, das imperialistische Ausbeutersystem etwas "demokratischer" zu gestalten. Unser Ziel ist und bleibt die Zerstörung dieses gesamten Systems, die Zerschlagung des Staatsapparates des Finanzkapitals, der Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, egal in welcher Form sie ausgeübt wird, die vollständige Enteignung der Monopolbourgeoisie und der Bourgeoisie überhaupt, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Aufbau des Sozialismus auf dem Weg hin zum Kommunismus.



Demonstration des revolutionären Proletariats auf der Ringstraße in Wien im Jahre 1918

Abschied von unserem Genossen "Beppo" Pechinger

Nun ist auch der letzte aus der Plejade der großen "Alten" von uns gegangen: "Beppo" Pechinger, mit unserem unvergeßlichen Fritzl Schober "dienstältester" Revolutionär in unseren Reihen, Gründungsmitglied unserer Partei und langjähriges Mitglied ihres Zentralkomitees, ist nach einem Unfall, von dem er sich nie mehr ganz erholt hat, plötzlich verschieden. Was er uns nach seinem Unfall so oft ganz ruhig, fast heiter, mitgeteilt hatte, daß er nunmehr "aus dem letzten Loch" pfeife und seine Tage schon gezählt seien, hat sich grausam bestätigt. Beppo hat die Gewißheit, nur mehr kurze Lebenszeit zur Verfügung zu haben, indessen nicht abgehalten, buchstäblich bis zum letzten Atemzug für die revolutionäre Sache der Arbeiterklasse zu arbeiten und zu kämpfen wie er nur konnte.

Beppo war einer der wenigen Intellektuellen in unseren Reihen, aber dafür einer, der außerordentliche intellektuelle Fähigkeiten mit tiefer Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Organisation verband, wirklich echtes und gediegenes proletarisches Bewußtsein entwickelt hatte, obwohl er ursprünglich nicht der Arbeiterklasse entstammte.

Was an Genossen Beppo, der äußerlich eher unscheinbar wirkte, zunächst in die Augen stach, waren seine ungewöhnlichen intellektuellen Qualitäten: Er erinnerte oft daran, daß Friedrich Engels zwölf Sprachen beherrschte und das keineswegs als irgendein Steckenpferd betrachtete, sondern für seine politische Arbeit brauchte. Beppo meinte, eben das sei ein Gebiet, auf dem speziell er der marxistisch-leninistischen Bewegung, für die der breiteste Internationalismus lebensnotwendig ist, dienen könne und so versuchte er, sein Vorbild Engels in bezug auf die Zahl der beherrschten Sprachen womöglich noch zu übertreffen. Sprachen wie englisch, französisch, spanisch, italienisch, russisch usw. waren für Genossen Beppo sozusagen selbstverständlich. Notwendig schien es ihm darüber hinaus, auch bei Kontakten mit tschechischen, jugoslawischen, ungarischen, iranischen, türkischen und anderen Freunden und Genossen diese in ihrer Muttersprache begrüßen und bei Gesprächen mit ihnen auch als Dolmetsch fungieren zu können. Während der Proletarischen Kulturrevolution in China lernte Beppo mit aller Energie chinesisch, nahm gewissermaßen so nebenbei japanisch mit und verwendete die in mehr als 2 dutzend Sprachen vorliegenden Ausgaben des berühmten "Roten Büchleins" mit den "Worten des Vorsitzenden Mao" dazu, vergleichende Sprachstudien bis hin zu Suaheli zu betreiben.

So ungeheuer beeindruckend das alles war, viel wichtiger und we-

sentlicher für Beppo war die politisch-ideologische und weltanschauliche Grundlage, auf der sein Genie basierte. Dieser hochqualifizierte Intellektuelle war nicht nur ein profunder Kenner des Marxismus-Leninismus (seine ebenso klugen wie zum eigenen Nachdenken herausfordernden Referate über dialektischen und historischen Materialismus im Rahmen der Parteischulung der MLPÖ haben uns alle stark beeindruckt und wir verzeihen uns nicht, sie nicht auf Band aufgenommen zu haben), sondern noch viel wichtiger als das bloße Wissen an sich war ihm die konkrete, tätige, tagtägliche Anwendung. Dabei entwickelte Beppo ein ausgeprägtes revolutionäres "Gespür", eine oft erstaunlich sichere revolutionäre Urteilskraft, die manchem als eine Art von Instinkt erschien, aber in Wahrheit natürlich Ausdruck ideologischer Festigkeit und Klarheit war. Noch heute erinnern wir uns an etliche kritische Bemerkungen Beppos über Schwächen und Unkonsequenzen während der chinesischen Kulturrevolution, an seine fast unauslöschbaren Vorbehalte gegen Leute, die in der Stalinfrage nicht klar waren, an die bittere, aber unbedingte Entschlossenheit, mit der er mit dem von ihm vorher so hoch verehrten Enver Hoxha brach, als dessen Doppelzünglertum in bezug auf die alte KP Chinas, auf Maotsetung und die Proletarische Kulturrevolution offenbar wurde.

Ein Beispiel für die revolutionäre Klarheit des Genossen Beppo ist bereits seine Erklärung aus dem Jahre 1965, mit der er seinen Austritt aus der revisionistisch gewordenen KPÖ begründete. In einem einzigen treffsicheren Satz faßte er dort den ganzen ungeheuerlichen Verrat der KPÖ-Führer zusammen:

> "Überzeugt, daß die vom Parteitag (19.Parteitag der KPÖ, Anmerkung) zum Beschluß erhobenen Dokumente - hauptsächlich die Thesen - eine sozialdemokratische Absage an den revolutionären Marxismus darstellen, jedes revolutionäre Klassenbewußtsein ersticken, die politische Lage in Österreich völlig falsch darstellen, aussenpolitisch den Kampf um den Frieden auf eine pazifistische Grundlage stellen und dadurch - im marxistisch-leninistischen Sinn gesehen - den Kampf um den Frieden sabotieren, daß endlich die Dokumente, besonders die Thesen, keinen für Marxisten gangbaren Weg zum Sozialismus darstellen, sondern einen Abweg zur Sozialdemokratie - ERKLÄRE ICH MEINEN AUSTRITT AUS DER KPÖ."

Lehrreich und kennzeichnend für seine Person ist vielleicht auch, wie Genosse Beppo zur revolutionären Arbeiterbewegung, zur kommunistischen Bewegung kam. Aus einer Familie bürgerlicher Intellektueller stammend, die einige berühmte Ärzte hervorgebracht hatte, ergriff Beppo den Beruf eines Mittelschullehrers. Die hohen Fähigkeiten, die er dabei bewies, führten dazu, daß man ihm das Angebot machte, gegen ein sehr hohes Honorar Lehrer und Erzieher der Kinder eines prominenten Politikers und Militärs, der zugleich Großgrundbesitzer war, zu werden. Beppo nahm an, aber seine "Karriere" dauerte nicht lange. Er, der schon von Kind an offene Augen und Ohren für die Probleme der arbeitenden Menschen, der sogenannten "untersten Schichten" hatte, war nun direkt konfrontiert mit der Macht- und Prachtentfaltung, dem Reichtum und Drohnendasein einer kleinen Minderheit von Ausbeutern einerseits, und dem Elend, der Entrechtung, der Unmenschlichkeit andererseits, die das Leben der Schöpfer dieses Reichtums, insbesondere der in geradezu mittelalterlichen Formen unterdrückten und ausgebeuteten Landarbeiter, kennzeichnete. Beppo lehnte sich gegen diesen herausfordernden Gegensatz nicht bloß innerlich auf, sondern ergriff direkt Partei. In dem ganzen Berg von Büchern, Artikeln und Untersuchungen über die "soziale Frage", die er studierte, fand er keine befriedigenden Erklärungen und Lösungen. Erst die marxistisch-leninistische Literatur gab mir die Antworten, die ich suchte, öffnete mir die Augen, erzählte er später, und so wurde er organisierter, aktiver Kommunist.

Die Entwicklung Beppos zum bewußten kommunistischen Revolutionär war mit dem Beruf eines Privatlehrers von Sprößlingen aus höchsten Ausbeuterkreisen natürlich unvereinbar, aber auch in den Beruf des Mittelschullehrers zurückzugehen, erwies sich in der ersten Republik und erst recht in der Zeit des Hitlerfaschismus als unmöglich. So schlug sich Beppo lange Jahre mit Gelegenheitsarbeiten, dem Geben von Nachhilfestunden für Maturanten udgl. durchs Leben. Als wir ihn kennenlernten, arbeitete er als Verkäufer in einer Trafik. Obwohl die Arbeit schlecht bezahlt war, behielt er sie bei. Der Grund dafür ist wieder bezeichnend: man kann als Trafikant unauffällig mit vielen Leuten zusammenkommen, Kontakte herstellen und aufrechterhalten, mit einem Wort, ein Zentrum der Verbindung und Organisation aufbauen, ohne sich selbst und andere sogleich dem konterrevolutionären Staatsapparat der Bourgeoisie bekannt zu machen.



Er wird uns ungeheuer fehlen, unser Genosse Beppo. Nie werden wir seine von weit über 80 Lebensjahren gebückte Gestalt vergessen, die wir oft schon im Haustor erblickten, wenn wir bei Regen und Wind, Winterkälte oder Sommerhitze, nicht selten im letzten Moment oder sogar etwas verspätet, zu unserem wöchentlichen Treffpunkt kamen. Auf Beppo war immer Verlaß, er war immer zur Stelle, er kannte keine Schwankungen, kein zweifelndes Auf und Ab der Aktivität, von deren Früchten er wohl wußte, daß er sie nie erleben würde. Selbst Krankheit und Unfall konnten ihn nur für kurze Zeit lahmlegen. Nur der Tod vermochte ihn zu bezwingen. Aus unseren Herzen reißen kann aber auch er ihn nicht. Genosse Beppo Pechinger, ein lebendiges Stück zwanzigjähriger Geschichte unserer "Roten Fahne" und unserer Partei, wird nicht nur in unserer Erinnerung, sondern vor allem in unserem Kampf für immer weiterleben. Seine Unsterblichkeit liegt in der Unsterblichkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, dem er den Großteil seines bewußten Lebens und alle seine ungewöhnlichen intellektuellen Fähigkeiten gewidmet hat. F.St.

☆

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS !

★ J.W. STALIN ★

Am 5.März 1983 jährte sich zum 30.Mal der Todestag von Josef W. Stalin. Während die Bourgeoisie und die Revisionisten zum 100.Todestag von Karl Marx - zu ihren Zwecken, versteht sich - einigen demagogischen Rummel veranstalteten, übergingen sie den 30.Todestag von Stalin weitgehend mit Schweigen. Sofern sie dazu etwas verlauten ließen, handelte es sich um die sattsam bekannten reaktionären Boshaftigkeiten und haßerfüllten Verleumdungen, mit denen sie Genossen Stalin von jeher überschütten - seit den berüchtigten antistalinistischen Attacken Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KPdSU im vereinten Chor mit den Chruschtschow-Breshnew-Revisionisten und modernen Revisionisten aller Sorten.

Im diametralen Gegensatz nicht nur zur antistalinistischen Hetze der offenen Reaktionäre und der extremen Revisionisten, sondern auch im direkten Gegensatz zu dem feigen und rückweichlerischen Geschwätz diverser Opportunisten von einer angeblich "offenen Stalin-Frage" läßt sich die Haltung der Marxisten-Leninisten zu Genossen Stalin zusammenfassen in den Losungen:

STALIN VERTEIDIGEN - VON STALIN LERNEND DIE ANSTEHENDEN AUFGABEN LÖSEN !

Nachfolgend veröffentlichen wir die Auszüge aus Dimitroffs Artikel "Stalin und das internationale Proletariat", die in dem 1950 vom Stern-Verlag Wien herausgegebenen Sammelbändchen "Aus Reden und Schriften Georgi Dimitroffs" enthalten sind. Dimitroff verfaßte diesen ausgezeichneten Artikel zum 60.Geburtstag Stalins im Jahre 1939. Wie wir bereits in der RF 206 darauf hingewiesen haben, wurde dieser hervorragende Artikel bezeichnenderweise n i c h t in die dreibändigen "Ausgewählten Schriften" Dimitroffs aufgenommen, die 1956 und 1958 im Dietz-Verlag (DDR) herausgegeben wurden. Erst recht wird man diesen Artikel vergeblich in den



H. Gorkow.

zu späteren Zeitpunkten von den modernen Revisionisten herausgegebenen Verschnitten "Ausgewählter Werke" Georgi Dimitroffs suchen.

Anläßlich des 30.Todestags des Genossen Stalin haben wir diese Auszüge aus Dimitroffs Artikel für den Abdruck in der RF ausgewählt, weil Dimitroff darin gerade solche Seiten und solche Aspekte aus dem gigantischen Schaffen Stalins in den Vordergrund rückt, die für die Erfüllung der heutigen Aufgaben der Marxisten-Leninisten Österreichs - und nicht nur Österreichs - von besonderer Bedeutung und Aktualität sind: Das sind Fragen wie die Haltung zur revolutionären Theorie, die Erfordernisse im Kampf für den Aufbau wirklich bolschewistischer Parteien sowie die Notwendigkeiten des unversöhnlichen Kampfes gegen alle Spielarten des Opportunismus, heute vor allem gegen den modernen Revisionismus. ◆

Stalin und das internationale Proletariat

von Georgi Dimitroff

I.

Gemeinsam mit den Völkern des unermeßlichen Landes des Sozialismus begehen Millionen von Menschen in allen Ecken und Enden der kapitalistischen Welt, erfüllt von innigster Freude, tiefster Verehrung und grenzenloser Liebe, den Tag, an dem Genosse Stalin sein sechzigstes Lebensjahr vollendet.

In den kapitalistischen Ländern sehen die Millionen der Arbeiter und Werktätigen in Stalin ihren vertrauten Freund, weisen Lehrer und großen Führer. Es gibt keinen anderen Menschen, der sich eines so unerschütterlichen Vertrauens und einer so unerschütterlichen Autorität in den Reihen der Arbeiterbewegung, in den Reihen der Werktätigen aller Länder erfreuen würde, wie *unser Stalin, der geniale Fortsetzer des Werkes von Marx-Engels-Lenin.*

Jedes Auftreten des Genossen Stalin durch Wort und Schrift wird von Millionen und aber Millionen Menschen mit stärkstem Interesse aufgenommen und studiert, seine Worte beseelen sie zu heroischen Taten, aus ihnen schöpfen sie neue Zuversicht, daß der Sozialismus in der ganzen Welt triumphieren wird.

Woraus erklärt sich die unermeßliche Stärke des Einflusses Stalins? Warum wird er von den Werktätigen so verehrt und so geliebt? Weil sie wissen, daß Stalin keine anderen Interessen kennt als die Verteidigung der Interessen der unterdrückten und leidenden Menschheit, daß es für ihn kein anderes Leben gibt als das Leben, das dem Wohle der Werktätigen geweiht ist. Weil sie wissen, daß Stalin, sein gesamtes theoretisches und praktisches Wirken, sein ganzes Leben vom Sozialismus nicht zu trennen ist; weil sie wissen, daß das Sowjetvolk unter seiner Führung die sozialistische Gesellschaft errichtet und die ewigen Träume der größten Geister der Menschheit zur wundervollen Wirklichkeit des heutigen Tages gemacht hat. Weil sie in der Sowjetunion die mächtige Stütze für ihren Befreiungskampf sehen und in Stalin den weisen Steuermann des Landes, in dem der Sozialismus gesiegt hat, des Vaterlandes der Werktätigen der ganzen Welt. Weil sie wissen, daß Stalin und das Sowjetvolk von *einem* Gedanken und *einem* Willen beseelt sind, die den Interessen aller Unterdrückten, Ausgebeuteten und Enterbten dienen.

Die Kraft des Einflusses Stalins liegt in seiner an der Erfahrung von Millionen erprobten großen Lehre, liegt in der Gerechtigkeit seiner Sache, die durch unsterbliche Taten bewiesen ist. Jahrzehnte hindurch haben bürgerliche Gelehrte behauptet, daß der Sozialismus eine Utopie sei. Stalin hat Millionen von Menschen den zur Tat gewordenen, ins Leben umgesetzten Sozialismus vor Augen geführt. Jahrzehnte hindurch haben die Ideologen der Bourgeoisie behauptet, daß dem Bauer ein „antikollektivistischer Schädel" eigen sei, daß er sich niemals mit dem Sozialismus abfinden werde. Stalin hat bewiesen, daß die Bauernschaft unter der staatlichen Führung der Arbeiterklasse für immer am sozialistischen Ufer vor Anker geht.* Die sozialdemokratischen Betrüger haben behauptet, daß man durch die bürgerliche Demokratie zum Sozialismus gelangen könne. Stalin hat bewiesen, daß die Völker durch die proletarische Diktatur zum Sozialismus gelangen, während die bürgerliche Demokratie der kapitalistischen Reaktion den Weg freigibt und imperialistische Kriege entfesselt. Sie haben behauptet, daß die Menschheit durch die kapitalistische Stabilisierung die Phase des „organisierten Kapitalismus" erreichen werde. Stalin führte den Nachweis, daß der Kapitalismus in den Abgrund gewaltiger Erschütterungen hinabstürzt. Und Genosse Stalin hat recht behalten...

II.

Die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder *lernt von Stalin die bolschewistische Kunst, wie gekämpft werden muß, um den Klassenfeind zu besiegen, und wird diese Kunst weiter von ihm lernen.* Seine Lehre, erprobt und bewährt durch die gewaltige Erfahrung des siegreichen Kampfes für den Sozialismus, ist der nie versiegende Born, aus dem das gesamte internationale Proletariat schöpft, um sich ideologisch zu wappnen.

Die fortgeschrittenen Proletarier lernen von Stalin vor allem, die außerordentliche Rolle der revolutionären Theorie für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu verstehen.

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben" — diesen berühmten Leitsatz Lenins führt Genosse Stalin während seiner gesamten revolutionären Tätigkeit mit unbeugsamer Folgerichtigkeit durch...

Im Verlaufe von Jahrzehnten entwickelt, vervollständigt und bereichert Genosse Stalin die marxistisch-leninistische Lehre. Diese ganze gigantische Arbeit des Genossen Stalin ist die Verkörperung des schöpferischen Marxismus. Er ist ein unversöhnlicher Feind jedes Dogmatismus. Er duldet es nicht, daß fertige Schablonen und erstarrte Schemas auf die konkreten Probleme des Klassenkampfes des Proletariats angewendet werden.

Genosse Stalin, der ein glänzendes Vorbild für die Verbindung bolschewistischer Prinzipientreue mit größter Elastizität schafft und die marxistische Dialektik meisterhaft anwendet, warnt unermüdlich vor der mechanischen Übertragung der Erfahrungen einzelner Länder auf die Arbeiterbewegung anderer Länder, wo die Verhältnisse anders gelagert sind. Er verlangt eine allseitige Analyse jeder konkreten historischen Situation, eine

---

* Leider hat die Entwicklung in der Sowjetunion nach Stalins Tod dazu geführt, daß dort die Arbeiter und unter ihrer Führung die Bauern nicht "f ü r i m m e r an sozialistischen Ufer vor Anker" gingen, wie Dimitroff - mit der grandiosen Wirklichkeit des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion Lenins und Stalins damals vor Augen - hier schreibt. Aufgrund des Machtantritts des Chruschtschow-Revisionismus nach dem Tode Stalins und der sich daraus ergebenden Restauration des Kapitalismus verwandelte sich die Sowjetunion in eine imperialistische Großmacht. Ausgehend von den grundlegenden Leitsätzen Lenins hat Stalin die Möglichkeit des Siegs des Sozialismus, die Möglichkeit des siegreich fortschreitenden Aufbaus des Sozialismus auch in einem einzelnen Land oder zunächst in einzelnen Ländern bewiesen, eine prinzipielle Möglichkeit, welche historisch gesehen eine unbedingte Notwendigkeit ist, welche unter Führung der KPdSU(B) Lenins und Stalins mehr als 30 Jahre lang in der Sowjetunion zur Wirklichkeit gemacht wurde. Zugleich hat die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und in den anderen ehemals sozialistischen bzw. volksdemokratischen Ländern gezeigt, wie groß die Gefahr einer revisionistischen Entartung ist und hat in furchtbarer Weise die Warnungen gerade des Genossen Stalin vor der ständigen Gefahr einer solchen Entwicklung, vor einem solch tragischen Rückschlag bestätigt. (Anmerkung der RF-Redaktion).

Analyse der Verteilung der Klassenkräfte, die Berücksichtigung der nationalen Eigentümlichkeiten und Besonderheiten jedes Landes. Er lehrt die Kommunisten, ihre Strategie und Taktik auf der lebendigen Wirklichkeit aufzubauen, *in der Theorie nicht eine Sammlung abstrakter Dogmen, sondern eine Anleitung zum Handeln zu sehen...*

Während Genosse Stalin die marxistisch-leninistische Theorie weiterentwickelt, führte und führt er zugleich den unversöhnlichsten Kampf gegen alle Versuche, den Leninismus opportunistisch zu entstellen und zu verfälschen.

Der Verrat in der Politik begann gewöhnlich mit einer Revision der Theorie. So war es bei den Opportunisten der II. Internationale. So war es bei den Menschewiki. So war es bei den Trotzkisten, den Bucharin-Leuten, den Sinowjew-Leuten und den anderen Feinden der Partei und der Arbeiterklasse. Der Kampf für die Reinheit der revolutionären Theorie und die Unversöhnlichkeit gegenüber der Vulgarisierung und Entstellung der Theorie sind vom Bolschewismus nicht zu trennen. Lenin und Stalin, die Führer und Theoretiker des Bolschewismus, maßen diesem Kampf entscheidende Bedeutung bei und führten ihn unermüdlich.

Durch sein gesamtes Wirken gab Genosse Stalin ein unübertreffliches Vorbild dafür, wie der Leninismus verfochten werden muß. Ebenso wie Lenin in langjährigem Kampf den Marxismus gegen eine ganze Meute von „Theoretikern" des Revisionismus behauptete und ihnen nicht gestattete, den Marxismus seines revolutionären Wesens zu berauben, ebenso behauptete Genosse Stalin den Marxismus-Leninismus gegen die niederträchtigen Versuche der feindlichen Agentur, diese Lehre zu entstellen und dadurch das Proletariat ohnmächtig zu machen...

III.

Die Arbeiter der kapitalistischen Länder lernen von Genossen Stalin ferner, *die große Rolle der Partei der Arbeiterklasse zu begreifen*, sie erlernen die Kunst, diese Partei aufzubauen und zu festigen, ihre Kampffähigkeit und Manövrierfähigkeit mit allen Mitteln zu stärken, ihre Verbindungen mit den Arbeitermassen zu erweitern. Sie erlernen die bolschewistische Fähigkeit, die führende Rolle der Arbeiterklasse im Verhältnis zu allen Werktätigen zu verwirklichen...

Der Aufbau, die Festigung, die Pflege und die allseitige Entwicklung dieser Partei, die in der Geschichte nicht ihresgleichen hat, war und bleibt die Hauptsorge des Genossen Stalin.

Im Verlauf von Jahrzehnten vor der Oktoberrevolution, unter den außerordentlich schwierigen Verhältnissen der zaristischen Illegalität, und dann unter den neuen Verhältnissen, unter der Sowjetmacht, hat Genosse Stalin tagaus, tagein gemeinsam mit Lenin die bolschewistische Partei aufgebaut, gestählt und gefestigt...

In der Morgenröte der Entstehungszeit des Bolschewismus stellte Lenin seine berühmte These von der Bedeutung der Organisiertheit für die Arbeiterklasse auf. „Das Proletariat", lehrte er, „hat keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation." Diese Organisiertheit des Proletariats ist vor allem in seiner Partei verkörpert. Sie ist sein Vortrupp, sein Kampfstab, ohne den es unmöglich ist, die Kräfte des Proletariats zu sammeln, seine mächtigen Klassenorganisationen zu schaffen, das Bündnis der Arbeiterklasse mit allen Werktätigen in Stadt und Land zur Erringung des Sieges sicherzustellen. *Darum ist es für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder* die wichtigste, die grundlegende Aufgabe, eine *Aufgabe von erstrangiger Wichtigkeit, wahrhaft revolutionäre Parteien, Parteien von neuem Typus, zu schmieden.*

Was ist notwendig, um solche Parteien zu schmieden? Dazu ist unentwegter Kampf für die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien notwendig. Genosse Stalin, der einerseits von der historischen Erfahrung der Bolschewistischen Partei ausging und anderseits die ganze Eigenart der Verhältnisse berücksichtigte, unter denen sich die kommunistische Bewegung der kapitalistischen Länder entwickelt, hat gezeigt, *worin das Wesen der Bolschewisierung besteht und wie sie verwirklicht werden muß.*

„Um die Bolschewisierung durchzuführen", schrieb Genosse Stalin im Jahre 1925, „ist es notwendig, mindestens einige grundlegende Bedingungen zu sichern, ohne die eine Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien überhaupt unmöglich ist.

1. Es ist notwendig, daß die Partei sich nicht als Anhängsel des parlamentarischen Wahlmechanismus betrachtet, als das sich im Grunde genommen die Sozialdemokratie betrachtet, und auch nicht als Gratisbeilage zu den Gewerkschaften, wie das einige anarchosyndikalistische Elemente zu verlangen pflegen, sondern als die *höchste* Form der Klassenvereinigung des Proletariats, die berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen Organisationen, von den Gewerkschaften bis zur Parlamentsfraktion, zu *leiten*.

2. Es ist notwendig, daß die Partei, besonders ihre führenden Vertreter, die revolutionäre Theorie des Marxismus, die unzertrennlich verbunden ist mit der revolutionären Praxis, in vollem Umfang meistern.

3. Es ist notwendig, daß die Partei Losungen und Direktiven nicht auf Grund auswendig gelernter Formeln und historischer Parallelen ausarbeitet, sondern als Resultat einer sorgfältigen Analyse der konkreten Verhältnisse der revolutionären Bewegung, der inneren sowohl wie der internationalen, wobei die Erfahrung der Revolutionen aller Länder unbedingt zu berücksichtigen ist.

4. Es ist notwendig, daß die Partei die Richtigkeit dieser Losungen und Direktiven im Feuer des revolutionären Kampfes der Massen erprobt.

5. Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeit der Partei, besonders wenn die sozialdemokratischen Traditionen in ihr noch nicht überwunden sind, auf neue, auf revolutionäre Art umgebaut wird, auf eine Art, die darauf abzielt, daß jeder Schritt der Partei und jede ihrer Aktionen naturgemäß zur Revolutionierung der Massen, zur Schulung und Erziehung der breiten Massen der Arbeiterklasse im Geiste der Revolution führen.

6. Es ist notwendig, daß die Partei in ihrer Arbeit versteht, größte Prinzipientreue (nicht zu verwechseln mit Sektierertum) mit einem Höchstmaß an Verbindungen und an Fühlung mit den Massen (nicht zu verwechseln mit Nachtrabpolitik) zu verbinden; ohne dies ist es für die Partei unmöglich, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, nicht nur die Massen zu führen und sie auf das Niveau der Partei zu erheben, sondern auch auf die Stimme der Massen zu lauschen und ihre brennenden Nöte herauszufinden.

7. Es ist notwendig, daß die Partei versteht, in ihrer Arbeit unversöhnliche revolutionäre Gesinnung (nicht zu verwechseln mit revolutionärem Abenteurertum!) mit einem Höchstmaß an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungssucht!) zu verbinden; ohne dies ist es für die Partei unmöglich, alle Kampf- und Organisationsformen zu meistern, die Alltagsinteressen des Proletariats mit den Grundinteressen der proletarischen Revolution zu verknüpfen und in ihrer Arbeit den legalen Kampf mit dem illegalen Kampf zu verbinden.

8. Es ist notwendig, daß die Partei ihre Fehler nicht verheimliche, daß sie sich vor Kritik nicht fürchte, daß sie versteht, ihre Kader an Hand ihrer eigenen Fehler zu verbessern und zu erziehen.

9. Es ist notwendig, daß die Partei versteht, für ihre leitende Hauptgruppe die besten Elemente der fortgeschrittenen Kämpfer auszuwählen, die hinreichend ergeben sind, um wahre Wortführer der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu sein, und hinreichend erfahren sind, um zu wirklichen Führern der proletarischen Revolution zu werden, zu Führern, die fähig sind, die Taktik und Strategie des Leninismus anzuwenden.

10. Es ist notwendig, daß die Partei die soziale Zusammensetzung ihrer Organisationen systematisch verbessert und sich von zersetzenden opportunistischen Elementen säubert, wobei sie als Ziel im Auge behalten muß, in höchsten Grade zu einer Organisation aus einem Guß zu werden.

11. Es ist notwendig, daß die Partei eine eiserne proletarische Disziplin entwickelt, die sich herausbildet auf der Grundlage des ideologischen Zusammenschlusses, der Klarheit über die Ziele der Bewegung, der Einheit der praktischen Aktionen und des bewußten Verhaltens zu den Aufgaben der Partei von seiten der breiten Mitgliedermassen der Partei.

12. Es ist notwendig, daß die Partei die Durchführung ihrer eigenen Beschlüsse und Direktiven systematisch überprüft; ohne diese Überprüfung sind die letzteren der Gefahr ausgesetzt, zu leeren Redensarten zu werden, die nur geeignet sind, das Vertrauen der breiten proletarischen Massen zur Partei zu untergraben.

Ohne diese und ähnliche Bedingungen ist die Bolschewisierung leeres Gerede." („Prawda" vom 3. Februar 1925.)

Diese Stalinschen Bedingungen der Bolschewisierung spielten und spielen bei der Entwicklung und Festigung der internationalen kommunistischen Bewegung eine gewaltige Rolle...

IV.

Die fortgeschrittenen Arbeiter der kapitalistischen Länder lernten und lernen von Genossen Stalin, *wie auf bolschewistische Art gegen den Einfluß der Bourgeoisie und ihrer Agentur in den Reihen der Arbeiterklasse gekämpft werden muß.* Die Träger dieses Einflusses rechtzeitig zu erkennen, die Kanäle festzustellen, durch die dieser Einfluß eindringt, den Leuten die Maske herunterzureißen, die sich in die Toga von „Freunden" des Proletariats hüllen, sie schonungslos bloßzustellen, die verderblichen Wirkungen ihrer Zersetzungsarbeit zu paralysieren — das erfordert das Lebensinteresse der gesamten Arbeiterklasse.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder zeugt davon, daß die Bourgeoisie neben der offenen Gewaltanwendung weitgehend von der Methode Gebrauch macht, die Arbeiterbewegung von innen her zu zersetzen. Mit verschiedenen Methoden dressiert, besticht, korrumpiert sie diejenigen Funktionäre der Arbeiterbewegung, die nach Schmeichelei, nach billiger Popularität, nach materiellen Zuwendungen aller Art haschen; sie gewährt ihnen Zutritt in ihr Empfangszimmer, läßt sie an ihrer Tafel Platz nehmen, stachelt ihre Eitelkeit an, hätschelt und lobt sie für jede vollbrachte Gemeinheit. Sie päppelt die Arbeiteraristokratie auf, die auszuhalten ihr die kolonialen Extraprofite erlauben. Zugleich damit sendet sie durch die Organe ihrer Staatsmacht Spione und Provokateure aus und trachtet, diese auf leitende Posten vorzuschieben, wobei sie ihnen die Aufgabe stellt, die Arbeiterbewegung systematisch zu desorganisieren und im Zustand der Spaltung und Ohnmacht zu halten. Außerdem ist die Arbeiterklasse bekanntlich nicht durch eine Mauer von den übrigen Bevölkerungsschichten getrennt; in ihre Reihen strömen beständig Leute, die kleinbürgerlichen Schichten entstammen.

Die Folge von all dem ist, daß unproletarische Einflüsse in die Arbeiterbewegung eindringen. Das findet seinen Ausdruck in der Ideologie und Politik der in den Reihen der Arbeiterklasse tätigen Organisationen und Parteien. Ohne Kampf gegen den bürgerlichen Einfluß und die bürgerliche Agentur in der Arbeiterbewegung ist sowohl das Eintreten für die alltäglichen Bedürfnisse und Interessen des Proletariats, wie auch die Erringung des Endziels seiner Bewegung unmöglich.

Der Hauptkanal des Einflusses der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse war und bleibt in den kapitalistischen Ländern der *Sozialdemokratismus.*

Der Sozialdemokratismus auf dem Gebiete der Theorie, das ist entweder die Vulgarisierung und Verfälschung des Marxismus oder die direkte zynische Verleugnung des Marxismus, offener Bruch mit dem Marxismus und Übergang auf den ideologischen Standpunkt der Bourgeoisie. Der Sozialdemokratismus in der Praxis, das ist die Politik der Versöhnung der Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die Politik der Klassenzusammenarbeit zwischen ihnen und die Unterordnung der Interessen des Proletariats unter die Interessen der Bourgeoisie. Der Sozialdemokratismus, das ist die Verneinung einer fest zusammengeschlossenen proletarischen Partei, die fähig ist, die Arbeiterklasse zum entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Der Sozialdemokratismus bedeutet, daß die organisatorische Zerfahrenheit in den Reihen der proletarischen Organisationen verwurzelt wird, er bedeutet die Spaltung der Arbeiterbewegung. Der Sozialdemokratismus, das ist die Leugnung des proletarischen Internationalismus, er ist die Maske zur Verdeckung des bürgerlichen Chauvinismus in den Reihen der Arbeiterklasse. Der Sozialdemokratismus, das ist die niederträchtigste und giftigste Waffe des Imperialismus in seinem Verleumdungsfeldzug gegen das Land des Sozialismus.

Mit Hilfe des Sozialdemokratismus sucht die Bourgeoisie die Arbeiterklasse ideologisch zu entwaffnen, untergräbt ihren Glauben an ihre eigene Kraft, vergiftet ihre Seele mit Zweifeln und Unglauben, lähmt ihren Willen, desorganisiert ihre Reihen, indem sie einen Teil der Arbeiterklasse gegen den anderen ausspielt, und trachtet auf diese Weise, um ihre Klassenherrschaft zu behaupten, die Arbeiterklasse in ideologischer und politischer Botmäßigkeit zu halten...

Das internationale Proletariat ist dem Genossen Stalin dafür zu Dank verpflichtet, daß er im Laufe von Jahrzehnten, während er einen unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus führte, dessen soziale Wurzel, die Ursache seines Einflusses bloßlegte und die Mittel und Wege aufzeigte, um ihn zu überwinden und auszurotten. Am zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution schrieb Genosse Stalin: „Der gegenwärtige Sozialdemokratismus ist die ideologische Stütze des Kapitalismus... Es ist unmöglich, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen, ohne mit dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung Schluß gemacht zu haben."

Die Richtigkeit dieser tiefgründigen Schlußfolgerung des Genossen Stalin wird durch die gesamte Erfahrung der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder bestätigt. Diese Schlußfolgerung machen sich heute auch sozialdemokratische Arbeiter zu eigen, unter denen die Empörung über die Verratspolitik ihrer Führer immer stärker anschwillt.

Für die Befreiung der betrogenen Arbeiter vom verderblichen Einfluß des Sozialdemokratismus zu kämpfen, sie in gemeinsame Aktionen mit den kommunistischen Arbeitern einzubeziehen, für die endgültige Ausrottung des Sozialdemokratismus aus den Reihen der Arbeiterklasse zu kämpfen — das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Parteien. *Und die Kunst, diese Aufgabe erfolgreich zu lösen, lernen sie von Genossen Stalin, und werden sie auch künftig von ihm lernen.*

V.

Für die internationale Arbeiterklasse ist Genosse Stalin *der Führer des Proletariats*, in dessen Person sich die besten Züge, Gaben und Eigenschaften der Klasse in idealer Weise verkörpern, die von der Geschichte berufen ist, die Welt umzugestalten.

Stalin ist der beste Vorkämpfer des proletarischen Internationalismus. Das gesamte Wirken und die Lehre Stalins sind ebenso wie das Wirken und die Lehre von Marx, Engels und Lenin durch und durch von proletarischem Internationalismus erfüllt. Die tiefen Wurzeln dieses Internationalismus liegen in der Natur der Arbeiterklasse selbst.

Stalin ist international, wie die Arbeiterklasse international ist. Stalin ist international, wie der Bolschewismus international ist. Stalin ist international, wie die marxistisch-leninistische Lehre international ist, die allen Ausgebeuteten und Unterdrückten des Erdballs den Weg zu ihrer Befreiung weist. Die theoretische und praktische Arbeit Stalins umfaßt die Interessen der Arbeiter aller Länder, aller Völker, aller Rassen...

Die sozialdemokratischen Lakaien nennen uns häufig „Stalinisten" und glauben, die Kommunisten damit zu verletzen. Doch wir Kommunisten sind auf diese ehrenvolle Bezeichnung ebenso stolz, wie wir auf die Bezeichnung „Leninisten" stolz sind. Für den proletarischen Revolutionär gibt es keine größere Ehre, als ein wahrhafter *Leninist*, ein wahrhafter *Stalinist*,* als ein bis zum letzten treuer Anhänger Lenins und Stalins zu sein. Und es gibt für Kommunisten kein größeres Glück, als unter der Führung des großen Stalin für den Triumph der gerechten Sache des internationalen Proletariats zu kämpfen.

Nicht jedem ist es gegeben, Stalinist zu sein. Die ehrenvolle Bezeichnung eines Leninisten-Stalinisten muß durch bolschewistischen Kampf, bolschewistische Standhaftigkeit, durch selbstlose Ergebenheit für die Sache der Arbeiterklasse erworben werden. *Die Lenin-Stalinsche Garde der Kämpfer des Proletariats, die den goldenen Fonds der Arbeiterbewegung der Welt bildet,* wächst von Tag zu Tag, erweitert ihre Reihen und ist an allen Ecken und Enden der Welt im Aufstieg begriffen. Nur sie, nicht aber die verächtlichen sozialdemokratischen Lakaien des Imperialismus, bringt die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse zum Ausdruck, und unter dem Banner von Marx-Engels-Lenin-Stalin führt diese ruhmreiche Garde das internationale Proletariat zum Siege über die Kräfte der alten Welt.

Die Bolschewiki wissen jedoch, daß der Sieg nie von selbst kommt, daß er erkämpft und erobert werden muß. *Bei Stalin den schöpferischen Marxismus erlernen, bei Stalin lernen, die Bolschewistische Partei aufzubauen, bei Stalin lernen, unter allen Bedingungen die Verbindungen mit den Massen zu festigen, bei Stalin lernen, den Kampf gegen den Sozialdemokratismus zu führen, bei Stalin den revolutionären Wagemut und den revolutionären Realismus lernen, bei Stalin lernen, furchtlos im Kampfe und schonungslos gegen den Klassenfeind zu sein, bei Stalin lernen, mit unbeugsamem Willen alle Schwierigkeiten zu überwinden und den Feind zu besiegen, bei Stalin lernen, der Sache des Internationalismus bis zum letzten treu zu sein — das ist die wichtigste Bedingung für die Vorbereitung und Erringung des Sieges der Arbeiterklasse.*

Dezember 1939

* Eins der reaktionären Manöver der modernen Revisionisten bestand und besteht darin, mit dem Schlagwort von der "Überwindung des Stalinismus" Lenin gegen Stalin auszuspielen, um den wirklichen Marxismus-Leninismus als "Dogmatismus" oder als "Stalinismus" zu attackieren. Dagegen müssen wir stets betonen, daß man kein Kommunist sein kann, wenn man nicht, wie Dimitroff sagt, "ein bis zum letzten treuer Anhänger Lenins u n d S t a l i n s" ist. Stalin steht würdig in einer Reihe mit Marx, Engels und Lenin. Stalin war nicht nur der hervorragendste Schüler Lenins, der den Leninismus umfassend verteidigte und konsequent in die Tat umsetzte. Stalin bereicherte vor allem auch den Leninismus und entwickelte ihn in wichtigen Fragen weiter. Deshalb lehnen wir es gerade vor dem Hintergrund der Manöver der modernen Revisionisten ab, die Theorie und Praxis Stalins als "Stalinismus" und uns selbst als "Stalinisten" zu bezeichnen. Es gibt keinesfalls so wie es den Leninismus gibt einen "Stalinismus", denn der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, der für diese gesamte Epoche gültig ist. Stalin war Leninist und als Schüler Lenins und Stalins können wir ebenfalls nichts anderes sein als Leninisten bzw. Marxisten-Leninisten. (Anmerkung der RF-Redaktion).

STUDIERT:





1.MAI-VERANSTALTUNG 1983:

DEN VON KARL MARX GEZEIGTEN WEG GEHEN!

Unter diesem Motto fand am 30.4. 1983 in Wien eine Veranstaltung der MLPÖ statt. Etwa 35 Freunde und Genossen waren der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt. Dabei erhielt die Veranstaltung gerade auch ein internationalistisches Gepräge durch die Teilnahme von Freunden und Genossen aus Westdeutschland, Westberlin und der Türkei sowie des Iran.

Gemäß dem Anlaß und dem politischen Schwerpunkt der Veranstaltung schmückte an zentraler Stelle ein großes Bild von KARL MARX den Saal. Auf großen Transparenten waren an den Wänden die Losungen zu lesen:

"Den von Karl Marx gezeigten Weg gehen !"

"Proletarier aller Länder, vereinigt Euch !"

"Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !"

"Nieder mit dem Kapitalismus und Revisionismus - Es lebe die Diktatur des Proletariats !"

"Es lebe der revolutionäre 1.Mai !"

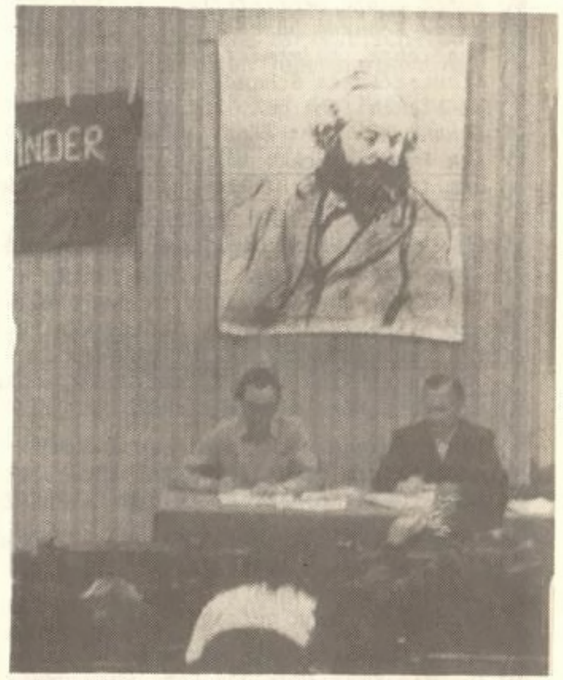
"Nieder mit dem österreichischen Imperialismus !"

"Vorwärts beim Aufbau der MLPÖ !"

In einer Ausstellung wurde auf 30 Bildtafeln Leben und Werk von Karl Marx dargestellt und illustriert.

In diesem festlichen Rahmen wurde die Veranstaltung vom Sekretär der MLPÖ eröffnet. Zu Beginn der Veranstaltung erhoben sich die Teilnehmer zu einer Gedenkminute für die weltweit im Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und jegliche Reaktion Gefallenen, während der die Worte gesprochen wurden:

"Wir schwören diesen Genossen, daß sie nicht vergeblich gestorben sind, sondern daß wir die große Sache, für die sie ihr Leben gegeben haben, in Ehren halten und weiterführen werden, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun werden, sie vorwärtszuführen und zum schließlichen Sieg zu bringen."



In bezug auf das Programm und die Aufgabenstellung der Veranstaltung erklärte der Versammlungsleiter:

"Natürlich ist es unmöglich, in einem kurzen Nachmittag eine Gesamtdarstellung der ungeheuren Leistungen von Karl Marx, einen Überblick auch nur über die wichtigsten seiner Lehren und

Erkenntnisse zu geben, garnicht zu reden von all den wichtigen Schlußfolgerungen, die sich daraus ergeben.

Was wir hier und heute können, ist lediglich, ein paar uns besonders wichtig und aktuell scheinende Gesichtspunkte aus den Lehren und dem Wirken von Karl Marx zu beleuchten, insbesondere mit dem Ziel, einen Anreiz zum selbständigen Studium der Werke von Karl Marx zu geben.





Genossen, über Karl Marx sind hunderte, ja tausende Bücher geschrieben worden, die Sekundärliteratur über ihn füllt ganze Bibliotheken. Vieles ist dabei Schund, bürgerlicher, kleinbürgerlicher, reformistischer und revisionistischer Schund, manches andere sicher sehr gut, nützlich und lehrreich. Aber eines steht ganz ausser Frage: Nichts kann die direkte, unmittelbare Lektüre, das direkte, unmittelbare Studium der Werke, der Bücher, Broschüren und Artikel von Karl Marx ersetzen !

Genossen, greift wieder zu den originalen Schriften dieses Geistesriesen, lest und studiert ihn direkt und im Original - Ihr werdet ganz außergewöhnlichen Gewinn daraus ziehen.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an den bekannten Sinnspruch Lessings über Klopstock, in dem es heißt:

Wer wird nicht einen Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen ? Nein !
Er sollte weniger erhoben
und desto mehr gelesen sein !

Genau das gilt, wie wir meinen, auch für die Schriften von Karl Marx und ebenso natürlich auch für die von Engels, Lenin und Stalin !"

Es folgten die drei von GEGEN DIE STRÖMUNG, WESTBERLINER KOMMUNIST und MLPÖ gemeinsam vorbereiteten Referate, die je von einem Vertreter dieser Bruderorganisationen vorgetragen und von den Zuhörern aufmerksam verfolgt wurden. (Diese drei Referate sind in der RF 209 "KARL MARX" abgedruckt.)

Mit Applaus wurde auch eine Grußbotschaft der anwesenden Genossen von SPARTAKUS, d.h. von Genossen der marxistisch-leninistischen Opposition in der TKP/ML(B), aufgenommen.

Im Anschluß wurde eine zweistündige lebhafte Diskussion durchgeführt, deren interessanteste Aspekte wir im folgenden knapp wiedergeben.

Die Veranstaltung schloß mit dem gemeinsamen Singen der "Internationale", der Hymne des internationalen Proletariats, der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, aller um ihre nationale und soziale Befreiung ringenden Völker der Welt.

Eine Spendensammlung ergab annähernd 3.000 S, was auch in materieller Hinsicht die tatkräftige Beteiligung der anwesenden Freunde und Genossen zum Ausdruck brachte. ■

GRUSSADRESSE

DER AUF DER VERANSTALTUNG ANWESENDEN GENOSSEN VON "SPARTAKUS"

Genossinnen und Genossen !

Wir begrüßen Euch in revolutionärem proletarisch-internationalistischem Geist im Namen der hier auf der Veranstaltung anwesenden Genossen von "SPARTAKUS", der Opposition, die gegen die revisionistische, nationalistische und bürokratische Linie des Zentralkomitees der TKP/ML(B) kämpft.

Wir finden es sehr bedauerlich, daß unsere Partei diese Veranstaltung nicht gemeinsam mit den Bruderorganisationen durchführen kann. Da das ZK unserer Partei die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus verraten und die Bruderbeziehungen somit auf das Schlimmste vergiftet hat, haben die Bruderorganisationen mit Recht die Beziehungen zu diesem ZK abgebrochen.

Die Kritik und der Kampf von MLPÖ, GDS und WBK gegen den Opportunismus der TKP/ML bzw. der TKP/ML(B) muß als Teil des Kampfes für die Herstellung der prinzipienfesten Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung betrachtet werden - und in dieser Weise sehen auch wir das als Teil dieser großen Aufgabe an.

Sowohl die ZK-Fraktion der TKP/ML als auch das ZK der TKP/ML(B) haben bisher auf die Kritiken überhaupt nicht oder nicht korrekt geantwortet. Wir als ein Teil der Opposition sehen es als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, die Kritiken der Bruderorganisationen seit 1978 und vor allem die Kritiken der Bruderorganisationen vor, während und nach der 2.Parteikonferenz der TKP/ML(B) systematisch zu untersuchen und uns intensiv damit auseinanderzusetzen. Wir möchten jedoch schon im voraus betonen, daß wir die prinzipiellen Kritiken, die am 26./27.März 1983 in Frankfurt/M. in den Referaten der Bruderorganisationen zu den Fragen "proletarischer Internationalismus", "Reform und Revolution" und "bolschewistische Partei" vorgebracht wurden, dem Wesen nach richtig finden.

Genossinnen und Genossen !

Die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die modernen Revisionisten und die Opportunisten, führen dieses Jahr anläßlich des 100.Todestags von Karl Marx eine betrügerische Kampagne durch. Dabei verdrehen, verfälschen und entstellen sie einmal mehr die Lehre von Karl Marx in der ungeheuerlichsten Art und Weise.

Angesichts dieser Tatsache unterstützen wir herzlichst Eure Veranstaltung, die all diesen Kampagnen entgegengesetzt ist. Denn die Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ist für alle marxistisch-leninistischen Parteien lebensnotwendig.

Welche Folgen sich bei der Mißachtung dieser Aufgaben ergeben, haben wir sowohl bei der TKP/ML als auch beim ZK der TKP/ML(B) gesehen.

NIEDER MIT DEM IMPERIALISMUS, SOZIAL-IMPERIALISMUS UND JEGLICHER ART VON REAKTION !

NIEDER MIT DEM MODERNEN REVISIONISMUS, IMPERIALISMUS UND FASCHISMUS !

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

ES LEBE DER KAMPF DER ARBEITERKLASSE GEGEN DEN KAPITALISMUS !

FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS, DES KOMMUNISMUS !

ES LEBE DIE UNSTERBLICHE LEHRE VON KARL MARX !

ES LEBEN MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN !

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !

Rot Front !

★

IDEOLOGISCHE DEBATTE

Auf der 1.Mai-Veranstaltung 1983 in Wien

Nach der Eröffnung der Diskussion meldete sich ein Teilnehmer mit einigen kritischen Bemerkungen zu den Referaten zu Wort. Er bemängelte, daß dort der geschichtlichen Darstellung zu viel Platz eingeräumt worden sei, zuwenig jedoch auf aktuelle Fragen, auf die es den Marxismus als Methode anzuwenden gelte. So seien etwa auf wissenschaftlich-technischem Gebiet große Veränderungen vor sich gegangen, mit denen die Bourgeoisie demagogisch spekuliere. Da gelte es, den Marxismus als Methode zu begreifen, deren Anwendung auf derartige Fragen Antwort geben müsse.

Diese Ansicht blieb nicht unwidersprochen. Von anderen Teilnehmern wurde dem entgegengehalten, daß es wichtig ist, die Herausarbeitung und Entwicklung des Marxismus geschichtlich zu verstehen, um die Bedeutung und den Inhalt der Theorie und der Prinzipien des Marxismus tiefgehend zu begreifen. Ein solches Verständnis, welches den Marxismus im Zusammenhang mit den historischen Erfahrungen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung auffaßt, vermittelt zugleich die Aktualität der Lehre von Marx, die sich in allen Kämpfen des Proletariats und der werktätigen Massen bestätigt hat und in unserem Kampf vorausleuchten muß.

Weiterhin wurde festgestellt, daß man den Marxismus nicht nur als eine Methode ansehen darf. Marxismus bedeutet nicht nur ein bestimmtes Herangehen, sondern ist vor allem eine ganze Theorie, die als Wissenschaft des Proletariats wesentliche Resultate umfaßt, darunter besonders politische Prinzipien und Leitsätze. Vor allem ist da als die wesentliche politische Schlußfolgerung des Marxismus die Lehre von der Diktatur des Proletariats zu nennen. Es wurde darauf verwiesen, daß es nicht wenige Pseudomarxisten wie etwa Lukacs und andere gegeben hat und gibt, die dem Marxismus nur ein bestimmtes "methodisches Instrumentarium" entnehmen, sich aber dagegenstellen, die Theorie von Marx in ihrer Gesamtheit zur Grundlage zu nehmen. Bei dieser Frage geht es im Kern um den proletarischen Klassencharakter des Marxismus bzw. des Marxismus-Leninismus, um den proletarischen Klassenstandpunkt.

(Die "Rote Fahne" der MLPÖ ist in ihrer Nr.176 "Die Bedeutung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus" in der Anmerkung "Über einige Quellen der heutigen 'antidogmatischen' Strömung" genauer auf diese Frage eingegangen.)

Dem gleichen Teilnehmer fehlte auch ein breiteres Eingehen auf die aktuelle Klassenkampfsituation im Arbeitsbereich der drei Organisationen, welche die Referate gemeinsam vorbereitet hatten. Dabei nannte er auch die Entwicklungen in der sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Bewegung, die er unserer Meinung nach fälschlich pauschal als "kommunistische Bewegung" bezeichnete. Diese Entwicklungen haben z.Bsp. zum Zerfall der westdeutschen Semler-Horlemann-"KPD" oder des KB Österreichs und des KB Westdeutschlands geführt. In bezug auf diese Gruppen, meinte der Teilnehmer, könne man nicht sagen, daß deren Mitglieder und Anhänger allesamt ausgemachte Opportunisten gewesen seien.

Auch um diese Fragen entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Zunächst wurde festgestellt, daß es im Rahmen dreier Referate einfach unmöglich ist, noch auf eine Reihe weiterer Fragen und Aspekte der Klassenkampfsituation einzugehen, ja, daß es eher so ist, daß in den Referaten eher noch zuviel behandelt wurde. Im übrigen wurde ja mit der Frage der Arbeitslosigkeit ein ganz brennender Abschnitt der heutigen kapitalistischen Realität vom Marxismus aus beleuchtet.

In bezug auf die gescheiterten pseudomarxistischen Gruppen wie KBÖ usw. wurde festgestellt, daß die entscheidende Frage nicht ist, ob deren Mitglieder allesamt Opportunisten gewesen seien oder nicht. Diese pseudomarxistischen Gruppen im "antirevisionistischen" Gewand haben vor allem deshalb ein Fiasko erlitten, weil ihre ideologischen und politischen Grundlagen von Anfang an nicht solide waren und sie sich auch nicht als fähig erwiesen haben, selbstkritisch an der Überwindung ihrer Fehler zu arbeiten. Das Schicksal solcher Gruppen wurde maßgeblich durch ihr liederliches Verhältnis zur Theorie des Marxismus-Leninismus bestimmt, dessen Prinzipien und Anforderungen sie mißachteten und verletzten.

Auch die revisionistische Entwicklung der einst marxistisch-leninistischen KPÖ hat gezeigt, daß auch die größte revolutionäre Energie und Einsatzbereitschaft der Mitglieder nichts hilft, wenn die politische Linie nicht stimmt, wenn sich diese Aktivität nicht auf eine zielklare Politik, eine prinzipienfeste ideologische und politische Linie stützen kann.

Ein anderer Fragenkomplex wurde angesprochen, als ein anderer Teilnehmer Kritik an dem ersten Referat über die Arbeitslosigkeit vorbrachte. Er meinte, daß dieses Referat den Anforderungen einer marxistisch-leninistischen Behandlung dieser Frage nicht gerecht werde. Es werde dort die "wesentliche logische Ebene" des Kapitals nicht behandelt, es fehle das Eingehen auf die Bedeutung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate und anderes. So bestehe die Gefahr, in die Nähe von bürgerlichen Krisentheorien zu geraten.

Dem wurde entgegnet, daß damit ein Anspruch an das Referat gestellt wird, den dieses nicht hat und nicht haben kann. Das Referat sollte gar nicht eine grundsätzliche Darstellung dessen geben, wie die Krisen aus dem kapitalistischen System gesetzmäßig hervorgehen, sondern wollte besonders einige Aspekte der Frage der Arbeitslosigkeit behandeln. In Konfrontation mit der bürgerlichen Demagogie, dem ideologischen und politischen Gift der Bourgeoisie, mit dem die Arbeiter und Werktätigen bombardiert werden, sollte das Phänomen der Arbeitslosigkeit und deren Ursachen vom marxistischen Standpunkt aus beleuchtet werden. So etwa die Frage, welche Bedeutung die Einführung neuer Produktionstechniken unter kapitalistischen Verhältnissen wirklich hat.

Zugleich wurde betont, daß es in dem Referat nicht darum gehen konnte, die Frage der Arbeitslosigkeit auf der Ebene begrifflicher Kategorien zu entwickeln, sondern darauf ankam, die kapitalistische Klassenwirklichkeit und ihre Entwicklung, wie sie die Arbeiter am eigenen Leib erfahren, ausgehend vom Marxismus zu beleuchten, um bewußt zu machen, daß die Arbeitslosigkeit und alle Geschwüre des Kapitalismus nur mit dem Sturz und der Zerschlagung des Kapitalismus selbst beseitigt werden können.

Weiters wurde betont, daß dem Referat über die Arbeitslosigkeit insofern eine besondere Bedeutung zukommt, weil die MLPÖ wie auch die anderen zwei Bruderorganisationen damit ihre Propaganda auf ein Gebiet ausgedehnt haben, dessen Behandlung in dieser Weise in unserer politischen Arbeit noch ein "Neuland" darstellt. Es geht dabei im Grunde um die richtige Lösung der Frage, wie eine gleichermaßen wissenschaftliche und populäre Propaganda zu Fragen wie "Arbeitslosigkeit" und "Krise" aussehen muß. Demgemäß werden wir uns mit dem Thema jedoch noch ausführlicher beschäftigen, wobei die Diskussion eine wertvolle Hilfe geben wird.

Ein weiterer Redner kritisierte, daß es nicht auch ein Referat über Dialektik gab. Er verwies darauf, daß die Dialektik als ganz wesentliche Waffe im Kampf gegen den Opportunismus begriffen werden muß. Lenin habe immer aufgedeckt, wie die Opportunisten und Revisionisten die Dialektik über Bord werfen. Das habe man auch in der Auseinandersetzung mit den "Bolsevik-Partizan"-Opportunisten wieder sehen können.

Andere Teilnehmer der Veranstaltung erklärten sich mit dieser Kritik und dem dahinter stehenden Standpunkt nicht einverstanden. Es wurde eingewandt: Daß die Opportunisten mit ihren antimarxistischen Positionen zugleich die Dialektik verwerfen, ist nicht nur selbstverständlich, sondern eigentlich auch eine Binsenwahrheit. Die eigentliche Frage an den Kritiker ist, warum seiner Meinung nach die ideologische und theoretische Auseinandersetzung mit den Fragen der Dialektik heute so wichtig sei, daß man neben den Referaten über die Arbeitslosigkeit, über die Diktatur des Proletariats und die kommunistische Partei auch noch eines über die Dialektik hätte hal-

WINDIGE MANÖVER IDEOLOGISCHER BANKROTTEURE

Ein Anhänger von "Bolsevik Partizan" hat zu Beginn der 1.Mai-Veranstaltung der MLPÖ den Text eines Briefes verteilt, in dem wir im Namen der Sympathisanten von "Bolsevik Partizan" in Österreich zur Zusammenarbeit mit ihnen an diesem 1.Mai aufgefordert werden.

Wer die RF liest, weiß genau, daß wir mit "Bolsevik Partizan" und der TKP/ML(B) vom ersten Moment an, als sie sich von "Partizan" bzw. von der alten TKP/ML trennten, enge Beziehungen unterhielten und ihnen eine für unsere Verhältnisse maximale Hilfe gaben.

Zugleich aber erlaubten wir uns auch freundschaftliche Kritik dort, wo wir Verstöße gegen die revolutionären Prinzipien sahen. Wir hielten diese Mängel und Fehler zuerst für Kinderkrankheiten, die sich rasch heilen ließen. Leider war dem nicht so - die Fehler wurden größer und die Führer der TKP/ML(B) beharrten auf diesen Fehlern, unterstelltes unserer Kritik sogar üble Motive usw. Genossen innerhalb der TKP/ML(B), die ähnliche Kritik wie wir hatten, wurden gemaßregelt, als unsere Agenten verdächtigt usw. - Da sie sich natürlich nicht den Mund verbieten ließen, auch nicht bereit sind, den politischen Kampf aufzugeben, haben sie sich als oppositionelle Gruppe in der TKP/ML(B) organisiert, die den Namen "SPARTAKUS" trägt.

Die Dinge spitzten sich immer mehr zu, bis es am 26./27.März 1983 zu einem entscheidenden Ereignis kam. Bei einer in Frankfurt abgehaltenen großen Veranstaltung, an der sich GDS, WBK, MLPÖ sowie die TKP/ML(B) beteiligten und die der offentlichen Darlegung und Diskussion der tiefen Meinungsverschiedenheiten, der prinzipiellen ideologischen Widersprüche zwischen WBK, GDS, MLPÖ einerseits und der TKP/ML(B) andererseits dienen sollte, beharrte die TKP/ML(B), deren opportunistische Führungsgruppe und die Masse ihrer eingeschworenen blinden Nacheiferer, nicht nur auf allen ihren Fehlern, sondern versuchte, durch eine organisierte Flut von Wortmeldungen die ganze Diskussionszeit zu okkupieren, um die Genossen von GDS, WBK und MLPÖ einfach nicht voll zu Wort kommen zu lassen.

Unter diesen Umständen haben die drei Bruderorganisationen WBK, GDS und MLPÖ beschlossen, mit der Führung der TKP/ML(B) alle Beziehungen abzubrechen, was natürlich auch gemeinsame 1.Mai-Veranstaltungen ausschließt.

Es ist mehr als komisch, wenn die Führung der TKP/ML(B) und ihre Anhänger jetzt, also nach diesem Abbruch aller Beziehungen, so tun, als wäre nichts geschehen. Es ist das eine Demagogie, die nur dazu dienen soll, uns rasch noch den Schwarzen Peter zuzuschieben. Es ist dies zugleich ein plumpes Betrugsmanöver, um die prinzipiellen, antagonistischen Gegensätze zwischen GDS, WBK und MLPÖ zum einen und der Führungsclique der TKP/ML(B) zum anderen zu vertuschen. Dem selben betrügerischen Zweck dient auch ihr Geschrei von der "Aktionseinheit", das sie am 1.Mai angestimmt haben.

Was von dem "Angebot" der BP-Anhänger zu einer gemeinsamen 1.Mai-Veranstaltung tatsächlich zu halten ist, zeigte sich deutlich auf der 1.Mai-Veranstaltung unserer westdeutschen Bruderorganisation GEGEN DIE STRÖMUNG. "Bolsevik Partizan"-Opportunisten unterließen nichts, um die Durchführung der Veranstaltung von GDS zu behindern und zu torpedieren. Den Gipfel bildete, daß Kreaturen der BP-Führung versuchten, einen Redner von SPARTAKUS gar nicht zu Wort kommen zu lassen, indem sie seinen Beitrag niederzubrüllen versuchten, was selbstverständlich nicht zugelassen werden konnte. Diese Opportunisten, denen der letzte Funken revolutionärer Moral abhanden gekommen ist, starteten diese dreiste Provokation, nachdem sie selbst zuvor die ihnen von GDS großzügig zugestandene Redezeit ausgenutzt hatten.

Das zeigte anschaulich, daß diese ideologisch bankrotten, doppelzünglerischen Opportunisten bereits den Weg hemmungsloser revisionistischer Provokationen eingeschlagen haben.

★

ten sollen. Ausgehend von der Vorrangigkeit der Behandlung der politischen Grundfragen, die im Mittelpunkt des Kampfes gegen den modernen Revisionismus stehen, halten es die drei Bruderorganisationen für politisch nicht gerechtfertigt, neben den in den Referaten behandelten Fragen noch speziell den Komplex "Dialektik" hinzuzunehmen.

Im übrigen wurde dazu noch angemerkt, daß es selbstverständlich nicht einfach um "die" Dialektik gehen kann, sondern um eine streng auf dem Materialismus beruhende Dialektik, materialistische Dialektik. Außerdem ist es ja nicht so, daß hier die Dialektik ist und dort Fragen wie Diktatur des Proletariats, sondern in einer wirklich marxistischen Darlegung über die Frage der Staatsmacht und andere Probleme muß das dialektisch-materialistische Denken zum Ausdruck kommen und angewendet werden. (Lenin hat bekanntlich immer wieder im Zusammenhang und ausgehend von politischen Grundfragen, besonders der Frage von Staat und Revolution, den Renegaten Kautsky entlarvt, der die marxistische Dialektik durch Sophistik ersetzt hat.)

● Im Zusammenhang mit dem zweiten Referat über die Marxsche Lehre von der Diktatur des Proletariats entwickelte sich eine Diskussion vor allem über die Frage der Entartung von ehemals bestehenden Staaten der proletarischen Diktatur, besonders der ehemals sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins. Über diese Frage wird speziell seit den Sechzigerjahren ein heftiger ideologischer Kampf geführt, bei dem es gerade auch um die Frage geht: Wie beurteilt man eigentlich, ob in einem Land der Sozialismus herrscht oder der Kapitalismus restauriert wird. Wie auch im Referat selbst wurde von verschiedenen Diskussionsteilnehmern hervorgehoben, daß darüber primär entscheidet: Herrscht wirklich eine Diktatur des Proletariats oder hat eine neue bürgerliche Clique die Macht usurpiert. Ist letzteres der Fall, dann ist damit gemäß dem Marxismus mit Sicherheit klar, daß kein Sozialismus aufgebaut werden kann und daß sämtliche revolutionären Errungenschaften liquidiert werden und der Kapitalismus restauriert wird. Dies wurde gegen jene opportunistische Strömung betont (zu der auch die "Volksfedayin-Guerillas Iran" gehören), die dieser klaren Fragestellung des Marxismus aus dem Weg gehen und es so hinstellen, als müsse zur Entscheidung dieser Frage erst eine "konkrete Analyse der ökonomischen Verhältnisse" vorgenommen werden.

In dieser Richtung wurde auch ein Diskussionsteilnehmer kritisiert, der meinte, daß über den wirklichen Charakter eines Landes erst die "ökonomische Analyse" die "letzte Sicherheit" gebe. Was hätte ein solcher Standpunkt etwa nach dem XX.Parteitag der KPdSU bedeutet, als eine ökonomische Analyse der Basis der Sowjetunion schwerlich zu realisieren, aber eine politische Stellungnahme dringend geboten war? Es hätte ein Zuwarten bedeutet, wo es mit politischen Kriterien darum ging, klassenmäßig Position zu beziehen.

In Verbindung mit dem dritten Referat über die Marxsche Lehre über die kommunistische Partei hob ein Redner in diesem Zusammenhang hervor, daß auch in bezug auf die Frage der Entartung eines sozialistischen Landes die entscheidende Bedeutung der kommunistischen Partei gesehen werden muß, die an der Spitze der Diktatur des Proletariats steht. Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der politischen Linie der kommunistischen Partei und deren Fähigkeit, diese konsequent umzusetzen, entscheidet letzten Endes darüber, ob der Sozialismus siegreich aufgebaut werden kann oder ob infolge einer falschen Politik unvermeidlich die Diktatur des Proletariats von innen her ausgehöhlt und in eine faschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie umgewandelt wird.

● Während die oben nur in groben Zügen wiedergegebenen Fragen auf der Veranstaltung ziemlich breit erörtert werden konnten, blieb dann für einige interessante Fragen zum dritten Referat über die kommunistische Partei nicht mehr genügend Zeit für eine angemessene Diskussion.



Ein Redner warf zum Beispiel die wichtige Frage auf, in welchem Verhältnis die Lehren von Marx und Engels einerseits und Lenin und Stalin andererseits in bezug auf die Charakteristika und Wesenszüge der kommunistischen Partei stehen. Diese Frage ist wesentlich im Kampf gegen die Opportunisten, die eine Vorliebe dafür haben, Marx und Engels einerseits und Lenin und Stalin andererseits einander gegenüberzustellen und gegeneinander auszuspielen. Wir verweisen hierzu unsere Leser auf Stalins "Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation", wo Stalin knapp umreißt, was Lenin der Marxschen Lehre von der Partei hinzugefügt hat (Stalin-Werke Bd.10, S.86/87).

Diese Frage steht im untrennbaren Zusammenhang damit, welche Bedeutung in dieser Hinsicht die Tatsache hat, daß Marx und Engels in der vormonopolistischen Epoche des Kapitalismus wirkten, während Lenin und Stalin unter den Bedingungen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution kämpften.

Über diese in der unterschiedlichen Epoche begründeten Unterschiede muß volle Klarheit geschaffen werden, zumal ein Trick der Revisionisten gerade darin besteht, dann und dort auf Marx "zurückzugehen", wo es darauf ankommt, die Besonderheiten, die Wesenszüge unserer Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution in aller Schärfe herauszuarbeiten.

* * *

Der Sekretär der MLPÖ schloß die Diskussion mit der Aufforderung, die in der mündlichen Diskussion aufgetauchten Fragen und Kritiken nach Möglichkeit schriftlich zu fixieren und zu begründen, damit sie in der einen oder anderen Form für die weitere Arbeit fruchtbar gemacht bzw. einbezogen werden können.

DIE 1.MAI-VERANSTALTUNG 1983 - EIN POLITISCHER ERFOLG UND ANSPORN !

Die MLPÖ wertet die Durchführung dieser Veranstaltung insgesamt als einen politischen Erfolg. Daran ändert auch nichts, daß die zahlenmäßige Beteiligung hinter unseren Erwartungen und Möglichkeiten zurückgeblieben ist. Mehr als das zählt für uns die Tatsache, daß bei unserer Veranstaltung, wenn auch im kleineren Kreis, auf hohem ideologischem und politischem Niveau Freunde und Genossen zusammengekommen sind, darunter Genossen aus Westdeutschland, Westberlin, der Türkei und auch aus dem Iran, welche das echte Engagement, das echte Interesse am Marxismus-Leninismus und das Eintreten für den proletarischen Internationalismus zusammengeführt hat.

Für besonders wichtig halten wir gerade auch, daß es auf unserer Veranstaltung zu einer wirklich lebendigen und durchaus auch kontroversiellen Diskussion gekommen ist. Wer die heutige Lage der revolutionären Weltbewegung sowie auch die Situation in Österreich selbst kennt, müßte wissen, wie sehr wir sie alle brauchen. Zum Teil ist es ja sogar so, daß erst wieder gelernt werden muß, eine in der Sache harte und zugleich solidarische ideologische und politische Debatte zu führen. Dabei lehrt uns die Geschichte der r e v o l u t i o n ä r e n Arbeiterbewegung, daß eine solche Debatte unerläßlich ist, um sich über die Kampfziele, über die Mittel und Wege zur Erreichung dieser Ziele klar zu werden und auf dieser Grundlage jene Einheit der Aktion zu schmieden, welche das Proletariat im revolutionären Klassenkampf wirklich zusammenschweißt, sein Klassenbewußtsein hebt und schärft und insbesondere das Denken und Handeln der Avantgarde des Proletariats in der Tat voranbringt.

Wie Lenin feststellte, werden klassenbewußte Arbeiter große Fragen niemals ohne Diskussion entscheiden und er betonte, daß im Mittelpunkt der Debatte nicht zu stehen hat, m i t w e m gehen, sondern w o h i n gehen. Und genau diesem Zweck diente auch unsere Veranstaltung, die dem ganzen bürgerlich-revisionistischen Sumpf an diesem 1.Mai entgegenstellte: DEN VON KARL MARX GEZEIGTEN WEG GEHEN ! Gehen diesen Weg heute auch noch - oder zunächst w i e d e r - erst wenige, so ändert das nichts an der historischen Tatsache, daß allein dieser Weg zum Sieg des Kommunismus führen wird.

Unsere Veranstaltung war ein kleiner Schritt, um diese historische Notwendigkeit bewußt zu machen, um e i n i g e Fragen ins Bewußtsein zu rücken und zu diskutieren, welche auf diesem Weg vor den Kommunisten stehen. Wir glauben, daß jeder der Teilnehmer auf der Veranstaltung wichtige Anregungen erhalten hat, besonders auch für das vertiefte Studium des Marxismus-Leninismus, und betrachten es unsererseits als Ansporn, dieser Veranstaltung gemäß unseren Kräften weitere folgen zu lassen, als einem wichtigen Bestandteil der hartnäckigen, nicht lärmenden, sondern tiefgehenden Arbeit für den Aufbau einer kampfstarken marxistisch-leninistischen Partei des österreichischen Proletariats als einer kämpferischen Abteilung einer auf dem Wege von Marx, Engels, Lenin und Stalin wiedererstarkten kommunistischen Weltbewegung.

VOM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF

NUR DIE WIRKLICH ANTIIMPERIALISTISCHE SOLIDARITAT HILFT DEM KURDISCHEN VOLK IN SEINEM NATIONALEN UND SOZIALEN BEFREIUNGSKAMPF !

Unter dem Motto "Stopp dem Massenmord an Kurden" fand am 4.Juni 1983 in Wien eine Demonstration statt, zu der auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform 23 Organisationen, Gruppen und Komitees verschiedener Nationalität aufgerufen hatten. Allerdings waren es dann tatsächlich nur zirka 200 Personen, die sich an dieser scheinbar so "breiten" Aktionseinheit beteiligten. Darunter befanden sich auch die Sympathisanten von "Bolşevik Partizan", welche zwar die opportunistische Plattform formell nicht unterzeichnet hatten, sich aber faktisch kritiklos in die Demonstration einreihten, was ganz ihrem prinzipienlosen Standpunkt von der "geographischen" Aktionseinheit auch mit reaktionären, proimperialistischen und prosozialimperialistischen Kräften entspricht.

Die MLPÖ verteilte auf der Demonstration das nachstehend abgedruckte Flugblatt, lehnte es aber ausdrücklich ab, sich an dieser Aktionseinheit zu beteiligen. Sie lehnte eine Teilnahme daran vor allem aus zwei Gründen ab:

Erstens war die Plattform "Stopp dem Massenmord an Kurden" inhaltlich nicht annehmbar, mit den minimalen Anforderungen an einen antiimperialistischen Standpunkt unvereinbar. Das zeigt sich schon daran, daß dort ausschließlich von der "Politik des US-Imperialismus" die Rede ist, während alle anderen imperialistischen und sozialimperialistischen Mächte, darunter vor allem auch die imperialistische Bourgeoisie Österreichs, mit Schweigen übergangen und somit in Schutz genommen werden.

Zweitens riefen zu dieser Demonstration maßgeblich proimperialistische und prosozialimperialistische Kräfte auf, mit denen es im antiimperialistischen Kampf keine Einheit geben kann, zu denen ein allseitiger Trennungsstrich gezogen und die unversöhnlich entlarvt werden müssen. Es handelte sich dabei vor allem um verschiedene Organisationen der reaktionären österreichischen Sozialdemokratie, TKP-Anhänger des Breshnew-Revisionismus aus der Türkei, die FÖJ-Euro-Revisionisten sowie auch die GRM-Trotzkisten. Daß "VSSTÖ", "FÖJ" und "GRM" auf der Demonstration praktisch nicht in Erscheinung traten, macht die Sache auch nicht besser. Es unterstreicht nur, daß der angebliche "Antiimperialismus" dieser pseudo-"progressiven" Kräfte ein demagogisches Aushängeschild ist und sie sich durch das Unterzeichnen von allen möglichen "Plattformen" und "Aufrufen" zu Aktionen, an denen sie sich gar nicht wirklich zu beteiligen gedenken, im Grunde nur ihr Ansehen aufpolieren lassen wollen.

Es ist ein schwerer Fehler, wenn wirklich fortschrittliche, antiimperialistische und revolutionäre Kräfte annehmen, durch das Zusammenbasteln von "möglichst breiten Aktionseinheiten" könnte "im konkreten Fall" eine echte Verbreiterung und Verstärkung des antiimperialistischen Potentials erreicht werden. Das Gegenteil ist richtig. Eine solche opportunistische, d.h. nur auf den Augenblickserfolg gerichtete Haltung untergräbt in Wirklichkeit den antiimperialistischen Kampf, denn damit sind stets unverzeihliche Konzessionen in der Sache verbunden. Das nützt allein jenen, die nur in einem konsequent sind: der Sabotage am antiimperialistischen Kampf. Gerade in dieser Hinsicht hat die Demonstration am 4.Juni vollauf die Linie des Flugblatts der MLPÖ bestätigt, das wir nachfolgend wiedergeben. Dieses Flugblatt wurde von SPARTAKUS auf türkisch übersetzt.■

NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN AGGRESSION DES IMPERIALISMUS UND DER HERRSCHENDEN KLASSEN DER TÜRKEI, IRAKS UND IRANS GEGEN KURDISTAN !

NIEDER MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS - KEINE EINHEIT MIT DEN SABOTEUREN UND VERRÄTERN AM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF !

Am Mittwoch, den 25.Mai 1983, hat die reaktionäre Armee der faschistischen Machthaber der Türkei einen breitangelegten Ausrottungsfeldzug gegen den nationalen Widerstand in Kurdistan gestartet. In direkter Absprache mit den im Irak herrschenden Faschisten drang die von den Imperialisten bis an die Zähne mit modernsten Waffen, Hubschraubern usw. ausgerüstete Soldateska tief in das Territorium Iraks vor, um gemeinsam mit den konterrevolutionären Streitkräften des Irak ihre gegen die Kurden, Armenier usw. gerichtete Völkermordpolitik zu einem neuen blutigen Höhepunkt zu treiben.

Die gegenwärtige Vernichtungsaktion der chauvinistischen und rassistischen Machthaber in Ankara ist ein neuerliches Glied in der langen Kette der von den türkischen herrschenden Klassen begangenen Massaker. Die faschistischen Generäle unter Kenan Evren stehen in der verbrecherischen Tradition der osmanischen Herrscher, die zu Beginn des 20.Jahrhunderts die Armenier im Staatsgebiet des osmanischen Reiches buchstäblich ausgerottet und besonders in den Jahren 1914/15 Millionen Armenier abgeschlachtet haben. Das geschah in Übereinkunft mit den deutschen und österreichischen Imperialisten, mit denen sie im 1.Weltkrieg verbündet waren. Die türkischen Machthaber stehen weiters in der verbrecherischen Tradition des Mustafa Kemal "Atatürk", des sogenannten "Vaters aller Türken". Die Kemalisten, die sich gleich nach dem Krieg gegen die Engländer zu Beginn der Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts gänzlich dem Imperialismus in die Arme geworfen hatten und nur noch eine durch und durch konterrevolutionäre Rolle spielten, haben während der Jahre ihrer Herrschaft Millionen Kurden umgebracht und jegliche Regung des kurdischen nationalen Befreiungskampfs erbarmungslos niedergemacht.

Der faschistische Terrorfeldzug der türkischen Armee in Kurdistan wurde von den Imperialisten planmäßig und von langer Hand vorbereitet. Das unterstreicht auch die Tatsache, daß dieser Tage im kurdischen Teil der Türkei NATO-Manöver abgehalten werden und sich der NATO-Oberbefehlshaber persönlich in die Türkei begab. Die hauptsächlichen Drahtzieher und Inspiratoren der faschistischen Offensive gegen den nationalen Widerstand in Kurdistan sind die amerikanischen und die westdeutschen Imperialisten. Aber auch die anderen westlichen Imperialisten, darunter die imperialistische Bourgeoisie Österreichs, sowie auch die russischen Sozialimperialisten tragen die Verantwortung für die ungeheuerlichen Verbrechen, die in Kurdistan begangen werden. Im Rahmen ihres weltweiten Ringens um Vorherrschaft, im Kampf um Rohstoffquellen und Absatzmärkte, im Kampf um Einflußsphären und "Interessensgebiete" nehmen alle diese imperialistischen Mächte an der Ausplünderung der menschlichen und natürlichen Ressourcen in dieser strategisch für die Imperialisten und Sozialimperialisten so bedeutenden Region teil.

An der mörderischen Aggression gegen Kurdistan beteiligt sich direkt auch das faschistische Khomeini-Regime, das bereits seit vier Jahren einen grausamen reaktionären Krieg gegen die kurdische nationale Befreiungsbewegung führt. Parallel zur faschistischen Offensive der Türkei und des Irak hat der Iran größere Teile seiner konterrevolutionären Armee von der Front des von beiden Seiten reaktionären Kriegs zwischen Irak und Iran in den kurdischen Teil Irans verlegt, um seinen "Beitrag" zu diesem barbarischen Gemetzel zu leisten, um die kurdischen Widerstandskämpfer auch von dieser Seite her noch mehr in den Würgegriff zu nehmen. Diese schmutzige Allianz der faschistischen Regimes der Türkei, des Iraks und Irans gegen Kurdistan zeigt: Mögen diese vom Imperialismus mit Haut und Haaren abhängigen Regimes der Kompradorenbourgeoisien und Großgrundbesitzerklassen aufgrund ihrer jeweiligen eigenen chauvinistischen Ziele und Ambitionen, welche zugleich auch die Widersprüche und Rivalitäten zwischen den imperialistischen und sozialimperialistischen Mächten widerspiegeln, auch Gegensätze untereinander haben, wie das unter Räubern und Verbrechern üblich ist, mögen sie sich sogar wie der Irak und der Iran im Krieg gegeneinander befinden, so sind sie sich aufgrund ihres gemeinsamen konterrevolutionären Klasseninteresses doch einig, wenn es um die Niederhaltung und die Niederwerfung der um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker geht.

Die gegenwärtige faschistische Aggression richtet sich - ebenso wie die von den türkischen, irakischen und iranischen herrschenden Klassen ständig ausgeübte nationale Unterdrückung überhaupt - gegen die gesamte kurdische Nation und gegen alle anderen unterdrückten Nationen und nationalen Minderheiten im Herrschaftsbereich dieser vom Imperialismus abhängigen Regimes. Zum Beispiel trägt die Politik der nationalen Unterdrückung, das gesamte System der nationalen Versklavung in der Türkei regelrecht kolonialistische Züge. Allein wer kurdisch spricht oder schreibt oder die kurdische nationale Kultur pflegt, wird grausam verfolgt, eingesperrt und gefoltert oder gar ermordet.

Die chauvinistischen türkischen Machthaber wie auch jene des Iraks und des Irans führen ihren Ausrottungsfeldzug im Namen des "Kampfs gegen den Separatismus" und der "Sicherung der Grenzen". Das bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als die blutige Unterdrückung des unveräußerlichen demokratischen Rechts der kurdischen Nation auf Lostrennung, auf die Bildung eines eigenen Nationalstaats.



Dorfbewohner müssen mitansehen, wie ein Bauer von einem Schergen der türkischen Faschisten gefoltert wird.

Die Arbeiter und Bauern Kurdistans tragen ein doppeltes Joch auf ihren Schultern. Sie unterliegen nicht nur der barbarischen nationalen Unterdrückung wie die gesamte kurdische Nation, sondern werden von ihren türkischen und kurdischen Blutsaugern auch sozial brutal unterdrückt und wirtschaftlich maßlos ausgebeutet. Dabei bildet die nationale Unterdrückung Kurdistans einen wesentlichen Faktor, daß hier die Herrschaft der vom Imperialismus abhängigen Klassen der Kompradorenbourgeoisie und der Großgrundbesitzer in ganz besonderem Maße zur Konservierung feudalistischer Ausbeutungsmethoden und Abhängigkeitsverhältnisse geführt hat. Die herrschenden Klassen der Türkei, des Iraks und Irans haben für die werktätigen Massen Kurdistans nie etwas anderes übrig gehabt als Terror, Versklavung, Betrug und Massaker. Sie halten die Arbeiter und die breiten Massen der Bauern Kurdistans in unbeschreiblichem kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Elend, in mittelalterlicher Finsternis, um ihre grenzenlose Ausbeutung und Unterdrückung zu gewährleisten. Dabei stehen sie im

Irans am wirkungsvollsten niederhält. Eben dieser Banisadre, der sich heute in die Pose des "überzeugten Demokraten" wirft, hatte damals den Befehl zu den barbarischen Bombardements und zu den "Bestrafungsaktionen" gegen die kurdische Befreiungsbewegung im Iran wie auch gegen die nationale Befreiungsbewegung in Belutschistan gegeben.

Nicht anders verhält es sich mit den konterrevolutionären "KPÖ"-Revisionisten, die nicht nur im Dienste der österreichischen Bourgeoisie stehen, der sie die angebliche Fähigkeit zu einer fortschrittlichen "aktiven Neutralitätspolitik", einer Politik zum Wohle der unterdrückten Völker, bescheinigen. Vor allem tun und preisen diese Revisionisten auch alles, was den Interessen der russischen Sozialimperialisten dient. Wie verlogen selbst ihre wenigen Krokodilstränen über die faschistische Aggression in Kurdistan sind, zeigt schon ihre bedingungslose Verteidigung und Unterstützung der barbarischen Aggression der neuen Zaren in Afghanistan. Zugleich unterstützt die "KPÖ" im Iran die sozialfaschistische "Tudeh"-Partei, welche dem islamistischen Khomeini-Regime jede nur erdenkliche Hilfe bei der Unterdrükkung und Liquidierung der revolutionären Bewegung im Iran im allgemeinen und der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung im besonderen gab, bis sie von dem faschistischen Regime der Mullahs selbst einen Fußtritt bekam und damit das Schicksal nicht weniger anderer Verräter teilt.

Mit den chauvinistischen Regierungs-"Sozialisten", den KPÖ-Papageien der russischen Sozialimperialisten, den konterrevolutionären Euro-Revisionisten und Trotzkisten, welche allesamt den österreichischen Imperialismus in Schutz nehmen oder gar als Verbündeten der unterdrückten Völker anpreisen und den Völkern alle möglichen falschen "Alternativen" anbieten, um sie von der Revolution abzuhalten und sie in der einen oder anderen Form an das System des Weltimperialismus zu ketten, kann es und darf es im antiimperialistischen Kampf keine Einheit geben. Deshalb lehnen wir auch die Teilnahme an der prinzipienlosen Aktionseinheit "Stopp dem Massenmord an Kurden" entschieden ab ! ■

Eine berechtigte Kritik

Von einer Gruppe von "Spartakus"-Sympathisanten erhielten wir folgende Kritik:

"Genossen,

Wir haben Euer Flugblatt gelesen, das Ihr gegen das am 25.Mai 1983 von der faschistischen türkischen Armee im Einverständnis der herrschenden Klassen begonnene Massaker am kurdischen Volk im irakischen Kurdistan geschrieben habt.

In diesem Flugblatt geht Ihr auf die Massaker der faschistischen Regimes in der Türkei, im Irak und im Iran gegen Kurdistan ein. Was wir an diesem Flugblatt als Mangel ansehen, ist folgendes. Nicht nur die herrschenden Klassen der Türkei, Irans und des Irak veranstalten Pogrome gegen Kurdistan. Daneben gibt es Unterdrückung und Massaker gegen das kurdische Volk in Syrien von Seiten der syrischen herrschenden Klassen. Wir finden es falsch, daß Ihr dem in Eurem Flugblatt keinen Platz eingeräumt habt. Wir würden uns freuen, wenn Ihr den Grund dafür schreibt."

Wir stimmen dieser Kritik zu, weil tatsächlich auch in Syrien die Kurden national unterdrückt werden. Unser Flugblatt war anläßlich des jüngsten Massakers der herrschenden Klassen der Türkei, des Iraks und Irans geschrieben worden. Das rechtfertigt es jedoch nicht, außer acht gelassen zu haben, daß auch die herrschenden Klassen Syriens immer wieder Massaker gegen die Kurden verüben, auch wenn sie in diesem Fall nicht so aktiv in den Vordergrund traten. Das ist eindeutig ein Fehler in unserem Flugblatt, weil es darin keineswegs nur um den konkreten Anlaß geht und auch nicht nur darum gehen darf, sondern darüber hinaus grundlegende Umstände der nationalen Unterdrückung Kurdistans dargestellt werden. Dabei muß auch die Knechtung und Verfolgung der Kurden in Syrien aufgeführt werden.

Kurden leben im übrigen auch in der Sowjetunion, in der schon längst die Lenin-Stalinsche Nationalitätenpolitik infolge des revisionistischen Verrats in ihr Gegenteil verkehrt wurde.

ZWEI NOTWENDIGE ERGÄNZUNGEN

Unsere westdeutschen Genossen von GEGEN DIE STRÖMUNG haben in ihrem Flugblatt zu dem selben Anlaß zusätzliche Gesichtspunkte herausgestellt, die uns wesentlich erscheinen. Es handelt sich um zwei Aspekte, die wir hier wiedergeben und darüber hinaus gerade auch in selbstkritischem Sinne knapp erläutern:

1) In bezug auf die Lage und die Aufgaben in Kurdistan heißt es in ihrem Flugblatt:

※ "Die kurdischen Ausbeuterklassen
※ versuchen die nationale Unterdrükkung mit der Politik des kurdischen
※ Nationalismus für ihre eigenen Klasseninteressen auszunutzen. Deshalb
※ muß der Kampf der Arbeiter und Bauern Kurdistans gegen die nationale
※ Unterdrückung verbunden werden mit dem revolutionären Klassenkampf
※ auch gegen die kurdischen Ausbeuterklassen."

Dieser Verweis a u c h auf die Gefahr des kurdischen Nationalismus ist zentral für das Verständnis der Notwendigkeit der "zweifachen Erziehung" zum proletarischen Internationalismus: Während in einer unterdrückenden Nation das Feuer auf den herrschenden Großmachtchauvinismus gerichtet werden muß, müssen die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten einer unterdrückten Nation den Kampf auf den engen Nationalismus konzentrieren. Ohne eine solche "zweifache" internationalistische Erziehung werden die Marxisten-Leninisten, wie es im Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG heißt,

※ "unweigerlich im Sumpf des Chauvi-
※ nismus oder Nationalismus versinken,
※ je nachdem, ob sie zur unterdrücken-
※ den oder unterdrückten Nation gehören."

Hinsichtlich Kurdistans muß besonders auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, daß sich die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten dort durch die grausame nationale Unterdrückung, die Spaltung Kurdistans usw. von ihrer jeweiligen zentralen politischen Aufgabe ablenken lassen: der Zerschlagung des Staatsapparats der herrschenden Klassen der Türkei bzw. Iraks oder Irans oder Syriens usw. auf dem Wege der demokratischen Volksrevolution der bewaffneten Volksmassen, des Aufbaus wahrhaft marxistisch-leninistischer Parteien der Türkei, des Iraks, Irans usw., unter deren zentralisierter Führung (welche die volle Berücksichtigung der nationalen Momente im Parteiaufbau einschließt) allein der nötige internationalistische Zusammenschluß des Proletariats und der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, die freiwillige Vereinigung der Völker im jeweiligen Land gegen die dort herrschende Staatsmacht, die proletarisch-internationalistische Einheit mit dem Proletariat der imperialistischen Länder realisiert werden kann.

2) In bezug auf die Haltung zur Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen enthält das Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG die nachfolgende Passage, die auch für uns in Österreich Gültigkeit hat, wenn wir nur an die Stelle des westdeutschen Imperialismus den österreichischen Imperialismus setzen:

※ "Die Pflicht des proletarischen In-
※ ternationalismus, die revolutionäre
※ Bewegung aller Völker gegen den
※ Weltimperialismus, insbesondere ge-
※ gen den westdeutschen Imperialismus,
※ zu unterstützen, erwächst aus den
※ Aufgaben der proletarischen Weltre-
※ volution zur Zerschlagung des gesam-
※ ten Weltsystems des Imperialismus.

※ Daraus ergibt sich für die westdeut-
※ schen Marxisten-Leninisten, nur eine
※ solche Befreiungsbewegung und nur
※ eine solche Linie zu unterstützen,
※ die den Imperialismus wirklich be-
※ kämpft. Bewegungen, die sich prak-
※ tisch im Nachtrab des westdeutschen
※ Imperialismus befinden, sich nur ge-
※ gen den USA-Imperialismus oder den
※ russischen Sozialimperialismus rich-
※ ten, den westdeutschen Imperialismus
※ heute schon als das 'kleinere Übel'
※ propagieren und behandeln, seine
※ 'Entwicklungshilfe' in Anspruch neh-
※ men, seinen Kapitalexport fördern,
※ solche Bewegungen haben keine wirk-
※ lich revolutionäre Linie, die es zu
※ unterstützen gilt. Denn sie sind ob-
※ jektiv verlängerter Arm der Konkur-
※ renz der imperialistischen Großmäch-
※ te, Handlanger des westdeutschen
※ Imperialismus." ◆